

# SPARTAKIST

HERAUSGEGEBEN VON DER TROZKISTISCHEN LIGA DEUTSCHLANDS



Nr. 62

JUNI/JULI 1989

DM 1,-

## Für die Einheit Chinas unter Führung der Arbeiter!

# Massaker in Peking – China vor dem Bürgerkrieg



AP



Independent

**Pekings Tiananmen-Platz, 4. Juni:  
Gemetzel an rebellischen Studenten  
durch regierungsfreundliche Truppen**

6. JUNI – Der chinesische Stalinismus hat eine politische Revolution provoziert, die sehr wohl zum Untergang dieses bürokratischen, arbeiterfeindlichen Regimes führen kann. Das Massaker, das das verhaßte Deng-Regime unter Studenten und anderen Demonstranten angerichtet hat, hat China an den Rand des Bürgerkriegs gebracht. Das Blutvergießen, mit seinen vielleicht Tausenden von Opfern, konnte aber die Bevölkerung nicht einschüchtern. Die Rebellen marschierten herausfordernd und heldenhaft unter dem Gesang der sozialistischen Arbeiterhymne, der „Internationale“, vom Peking-Tiananmen-Platz. Gegen Panzer kämpften sie mit Steinen, Eisenrohren und Molo-

tow-Cocktails. Mit offensichtlichem Stolz sagte ein alter chinesischer Kommunist zum amerikanischen Fernsehen: „Diese gewaltige Massenbewegung beweist, daß das chinesische Volk noch immer denselben alten revolutionären Geist hat.“

In ganz Peking liegen ausgebrannte Busse und Militärfahrzeuge auf den Straßen. Während das Regime die Studenten als „Konterrevolutionäre“ brandmarkt, gibt es zahlrei-

che Berichte über Soldaten, die herbeigeschafft waren, um die Massen zu unterdrücken, aber in Tränen ausbrachen, als sie mit deren Zorn konfrontiert waren. Viele Soldaten ließen ihre Armee- und Panzerfahrzeuge liegen, manche verbrannten sie sogar. Es kam bereits zu Zusammenstößen zwischen Armee-Einheiten, die die protestierenden Jugendlichen unterstützen, und Einheiten auf Seiten des klapprigen Deng-Regimes. Ein

**Wütend über das Morden steckte  
die aufständische Bevölkerung  
gepanzerte Militärfahrzeuge in Brand**

Zug „Rote-Fahne“-Limousinen schaffte führende Gestalten der Partei aus dem Zhongnanhai-Komplex, dem Kreml Pekings, fort. Menschenmassen jubelten Truppen zu, die in Peking einzogen, um die Hauptstadt des chinesischen Staates von den Schlächtern des Tiananmen-Platzes zu befreien.

Das Patt, das vorher drei Wochen lang zwischen den protestierenden Studenten und dem Regime bestanden hatte, hatte teilweise den Charakter von politischem Theater und einer Politik, auf das Regime Druck auszuüben. Doch die Illusionen in eine friedliche Reform und darin, die Hardliner durch Softliner zu ersetzen, wurden auf dem Tianan-

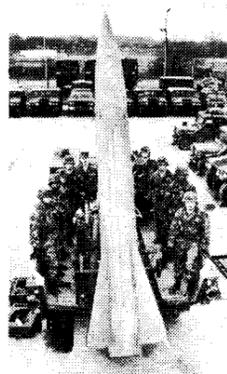
*Fortgesetzt auf Seite 4*

## Arbeiter- und Soldatenräte an die Macht!

**Internationale  
Kommunistische  
Liga  
gegründet**



Seite 2



**Aufsteigender deutscher  
Nationalismus  
vs. amerikanische  
Kalte Krieger**

**Hinter dem  
NATO-Streit**

Seite 5



**Dr. Theissen  
darf nicht  
hinter Gitter!**

– Interview mit  
Dr. Horst Theissen –

Seite 8

# Der Kampf für eine kommunistische Führung

# Internationale Kommunistische Liga gegründet

## Erklärung der Trotzkistischen Liga Deutschlands

Der Wiederaufstieg des deutschen Nationalismus, begleitet vom unausbleiblichen „Drang nach Osten“, bringt Faschismus und imperialistischen Krieg mit sich. Nur die sozialistische Weltrevolution kann die Menschheit vor einem neuen Holocaust bewahren; unverzichtbar dafür ist die Wiedergeburt von Trotzki's Vierter Internationale. Dieser Aufgabe verpflichtet, mit großem Stolz und der großen Verantwortung bewußt, erklärt die Trotzkistische Liga Deutschlands ihre Zugehörigkeit zur Internationalen Kommunistischen Liga (Vierte Internationalisten).

Gorbatschows Beschwichtigung des Imperialismus und der Kräfte der Konterrevolution innerhalb der Sowjetunion, nach Jahrzehnten stalinistischer Mißwirtschaft, bringt die sozialen Errungenschaften der Oktoberrevolution in tödliche Gefahr. In der Sowjetunion gibt es tiefe Besorgnis über deren Zukunft und eine tiefgehende Identifizierung mit der Oktoberrevolution sowie intensives Interesse an den Gründen ihrer bürokratischen Degeneration. Unsere Forderung: „Die sowjetischen Archive gehören den Sowjetvölkern!“, trifft einen empfindlichen Nerv. Das Massaker in Peking hat die Frage der proletarisch-politischen Revolution gegen die stalinistische Bürokratie direkt auf die Tagesordnung gestellt.

Die Verbindung zwischen der Verteidigung der Sowjetunion und der Befreiung unterdrückter Völker war ein Markenzeichen des Internationalismus der Komintern von Lenin und Trotzki. Unsere Verteidigung von eingewanderten Arbeitern und Flüchtlingen vor reaktionärem Terror, wie auch kürzlich unsere Kampagne, den Opfern unter der Bevölkerung Jalalabads gegen die CIA-gestützten Mörderbanden zu helfen, steht in dieser internationalistischen Tradition. Dieser Internationalismus fand Anerkennung in der ermutigenden Unterstützung dieser Kampagne durch Teile der arbeitenden Bevölkerung und der Linken, insbesondere aus Ländern, die vom Imperialismus unterdrückt werden.

Die IKL wurde gegründet nach einer Abstimmung im Internationalen Exekutivkomitee der internationalen Spartacist Tendenz am 13. Mai. Die Geschichte der TLD ist eng verbunden mit der Gründung der iST vor 15 Jahren. Die programmatische Grundlage für eine Interimskonferenz im Januar 1974, die zur Schaffung einer internationalen Spartacist Tendenz aufrief, war die Erklärung der Spartacist League/U.S. und der Österreichischen Bolschewiki-Leninisten zur gemeinsamen Arbeit in Deutschland. In der „Erklä-

rung für die Organisation einer internationalen trotzkistischen Tendenz“ von 1974, die die politische Basis für die Herauskristallisierung unserer Tendenz weiter bestimmte, schrieben wir: „In Deutschland werden für die Spartacist Tendenz erfahrene Genossen gewonnen aus der 1969 durchgeführten zentristischen und jetzt zerstückelten linken Abspaltung vom Vereinigten Sekretariat.“ Diese Genossen wurden insbesondere rekrutiert

über unsere proletarische Opposition zur Volksfront – durch die Erfahrung von Chile und nach dem Verrat an der potentiell revolutionären Situation in Portugal. Die Mitglieder der TLD arbeiteten eine Zeitlang in anderen Sektionen der iST und sahen so die deutsche Realität von außen. Die Sektion wurde 1987 rekonstituiert. Als zentrale Aufgabe wurde die Schaffung wirksamer revolutionärer marxistischer Propaganda als Basis für Rekrutierung und Umgruppierung bestimmt. Seit unserer Rekonstituierung haben wir im *Spartakist* hartnäckig unsere revolu-



Banner der neu gegründeten Internationalen Kommunistischen Liga (Vierte Internationalisten) auf dem jährlichen Fest von Lutte Ouvrière in Paris, Mai 1989

tionäre internationalistische Opposition gegen den wiederaufsteigenden deutschen Nationalismus propagiert, gegen den rechten und den „linken“.

Auf den bedrohlichen Wiederaufstieg des organisierten Faschismus hat die SPD-dominierte DGB-Bürokratie, zusammen mit der reformistischen DKP und SEW, reagiert mit der gefährlichen Forderung an den selbsternannten Nachfolgestaat des Dritten Reiches, die Nazis zu „verbieten“. Im Gegensatz dazu kämpft die TLD für unabhängige Massenmobilisierungen von Arbeitern/Immigranten, um die Braunhemden zu zerschlagen. Beispielhaft für diese Strategie war die erfolgreiche Massenmobilisierung gegen den Ku Klux Klan am 5. November in Philadelphia/USA, deren Aufruf eine Reihe von bedeutenden Unterstützern aus Westdeutschland und Westberlin hatte.

Im Kontext des aufsteigenden deutschen Nationalismus hat das zutiefst diskreditierte Kohl-Regime auf seiner rechten Flanke an die Faschisten Boden verloren. Dies eröffnet für SPD/Grüne die Möglichkeit, 1990 eine Regierung in Bonn zu stellen. Aber die SPD/DGB-Spitzen sind zunehmend offen als Bullen und Streikbrecher für die Bourgeoisie aufgetreten. Dies ist unverhüllt zu sehen bei den kämpferischen Streiks in Rheinhessen und an der NATO-freundlichen, immigrentenfeindlichen Volksfront in Westberlin.

Die TLD hat auch beachtlichen Respekt gewonnen als die Trotzkisten, die die Sowjetunion in solchen Brennpunkten des Kalten Krieges verteidigen wie Afghanistan und Polen, während die Pseudotrotzkisten hinter der antisowjetischen Sozialdemokratie hertragen. Der Stalinismus löst sich international in verschiedene Strömungen auf, die alle den Kommunismus und sogar den Klassenkampf zurückweisen. Diese Parteien in Westdeutschland und Westberlin, DKP und SEW, sind in Auflösung und finden es zunehmend schwierig, ihren drei Herren zu dienen, Bonn, Ostberlin und Moskau.

Die Stalinisten möchten die Teilung Deutschlands innerhalb der Grenzen einfrieren, die in Potsdam festgelegt wurden; so händigen sie die nationale Frage an die Faschisten aus. „Das Programm der deutschen Bourgeoisie ist ein neues ‚Großdeutsches Reich‘ für das deutsche ‚Herrenvolk‘, Rassismus gegen Juden und Türken und ‚Lebensraum‘ im Osten, d.h. die Auslöschung der Arbeiterstaaten“ („Der unheilvolle Wiederaufstieg des deutschen Nationalismus“, *Spartacist*, deutsche Ausgabe Nr. 11, Winter 1983/84). Gegen den Revanchismus der deutschen Bourgeoisie und ihrer „linken“ Diener stellen Trotzkisten ein kommunistisches Programm, das die aufständischen Ostberliner Arbeiter im Juni 1953 zum Sieg hätte führen können: Für die revolutionäre Wiedervereinigung Deutschlands durch soziale Revolution im Westen und proletarisch-politische Revolution im Osten als Teil der Sozialistischen Vereinigten Staaten von Europa.

Die deutschen Spartakisten erklärten sich 1918 zu Kommunisten, weil sie erkannten, daß das Schicksal der Russischen Revolution mit dem der deutschen unlösbar verbunden ist. Unsere Tendenz trägt das internationalistische Banner von Lenin, Luxemburg und Liebknecht vorwärts. Wir erklären, daß wir die deutsche Sektion der Internationalen Kommunistischen Liga sind, Leuchtfeuer für diejenigen, die den Weg zu einer kommunistischen Zukunft suchen. „Deutschland spielt eine führende Rolle für Europa – zum Sozialismus oder zur Barbarei“, erklärte die iST 1982. Die TLD ist entschlossen, die revolutionäre Führung zu schmieden, die die Arbeiter und die Unterdrückten zum Sieg der sozialistischen Revolution führen kann.

## Nach Workers Vanguard Nr. 479, 9. Juni

Vor 50 Jahren verkündete Leo Trotzki, Lenins Kampfgenosse und Gründer der Roten Armee, die Gründung einer neuen Internationale, die das authentisch leninistische Programm voranbringen sollte. Dieses wurde von der Kommunistischen Internationale unter der Vorherrschaft von J. W. Stalin und seiner antirevolutionären bürokratischen Clique preisgegeben und in den Dreck gezogen. Die IKL kämpft heute dafür, die Vierte Internationale wiederzuschmieden.

Als der herannahende zweite imperialistische Weltkrieg seine Schatten vorauswarf, warnte Trotzki immer dringender: die objektiven Voraussetzungen für die proletarische Weltrevolution sind überreif; doch um den verfallenden Kapitalismus im Weltmaßstab aus den Angeln zu heben und eine sozialistische Weltordnung zu errichten, fehlt eine wirkliche revolutionäre Führung an der Spitze der Arbeiterklasse. Die Ausbreitung der faschistischen Barbarei und der drohende Weltkrieg waren nicht die einzigen tödlichen Gefahren, denen die Arbeiter der ganzen Welt in diesem entscheidenden Augenblick gegenüberstanden. Es stellte sich auch direkt die Frage des Überlebens der Sowjetunion und der weiter bestehenden Errungenschaften des Oktober.

Heute stehen diejenigen, die gegen kapitalistische Unterdrückung und Ausbeutung in einer Periode kämpfen, die ohne Frage der Kriegsvorbereitung gehört, wieder vor derselben schmerzhaften Krise der Führung, aber in einer anderen Situation. Die Widersprüche der sowjetischen Gesellschaft und die Probleme des chinesischen revolutionären Kampfes, beide von Trotzki hervorragend analysiert, sind mit aufgestauter Wucht ausgebrochen. Die Arbeiterklasse in den kapitalistischen Ländern hat sicher nicht den Grad an sozialistischem Bewußtsein und Organisation, den sie in den 20er und 30er

Fortgesetzt auf Seite 12

## SPARTAKIST

herausgegeben von der  
TROTZKISTISCHEN LIGA DEUTSCHLANDS,  
Internationale  
Kommunistische Liga  
(Vierte Internationalisten)

REDAKTION: Werner Brasch, Marianne Clemens (herausgebende Redakteurin), Barbara Köhler, Renate Müller, Jan Norden, Mark Richard, Carola Rosen (Produktion), Max Schütz (Vorsitzender), Fred Zierenberg

VERTRIEB: Stephan Fröhlich

PRESSERECHTLICH VERANTWORTLICH:  
C. Rosen, 2000 Hamburg 74

Erscheint im Verlag Avantgarde GmbH,  
Postfach 11 02 31, 2000 Hamburg 11  
Abonnement (12 Ausgaben): DM 10,-  
Ausland Seepost DM 15,- Luftpost DM 30,-

Signierte Artikel entsprechen nicht unbedingt  
in allen Punkten der Auffassung der Redaktion.  
Gedruckt in einem gewerkschaftlich  
organisierten Betrieb.  
ISSN 0173 - 7430

# Afghanistan: Jalalabads Verteidiger durchbrechen Belagerung

Nach zwei Monaten erbitterter Kämpfe gelang es den afghanischen Streitkräften, den mörderischen Belagerungsring der konterrevolutionären „Heiligen Krieger“ (Mudschaheddin) um die Provinzhauptstadt Jalalabad zu sprengen. Schon am 16. April berichtete die Nachrichtenagentur der afghanischen Regierung, Bachtar, über die Wiedereröffnung der Fernstraße Kabul-Jalalabad, die die Guerillas vermint hatten. Die *New York Times* (19. April) meldete, ein Konvoi von 1000 Panzerfahrzeugen und 500 Lastwagen mit Versorgungsgütern sei aus der Sowjetunion in Kabul eingetroffen. Und am 17. Mai titelte die *Süddeutsche Zeitung* schlicht: „Rebellen gestehen Niederlage ein“.

Ein Sieg für die Mudschaheddin in Jalalabad hätte nicht nur den Weg freigemacht für eine Offensive auf Kabul und damit ein Blutbad bedeutet ein Tausenden in der afghanischen Hauptstadt. Er hätte das Abschlagen oder die Wiederversklavung all derjenigen in ganz Afghanistan bedeutet, die sich von den Ketten feudalistischer Reaktion befreit haben: Frauen, die den erstickenden Schleier abgelegt haben; Mädchen, die lesen und schreiben gelernt haben; junge Menschen, die ins 20. Jahrhundert eintreten wollen.

Aber die Gefahr ist bei weitem nicht vorbei. Die Moral der „Rebellen“ liegt zwar am Boden, aber ihre Zahlmeister wollen mehr Blut sehen. Washington und sein pakistanischer Verbündeter in Islamabad dachten, die Einnahme von Jalalabad werde ein Spaziergang sein. Ihre mörderischen Mudschaheddin wurden mit amerikanischen High-Tech-Waffen im Wert von Milliarden Dollar ausgerüstet und vom militärischen Geheimdienst Pakistans angeleitet. Doch Jalalabad hielt stand und alle „endgültigen“ Termine kippten.

Die *New York Times* (23. April) enthüllte in allen Einzelheiten, daß der Angriff auf Jalalabad „von der Regierung der Premierministerin Benasir Bhutto bei einem Treffen ziviler und militärischer Führer in Pakistan, in Anwesenheit des amerikanischen Botschafters, angeordnet wurde... Kein Afghane war bei dem Treffen anwesend.“ Berichten zufolge war der Chef des pakistanischen militärischen Geheimdienstes aus taktischen Gründen gegen den Angriff, mit dem Argument,

**Kämpferinnen der afghanischen Frauenmiliz. Frauen sind in der vordersten Front bei der Verteidigung ihrer sozialen Emanzipation**



Reuters/Bettman

daß die Guerillas nur zu einem Zermürbungskrieg fähig seien, mit bescheidenen Hinterhalten und mit Störaktionen. Pakistani, saudiarabische und amerikanische Beteiligung an der Belagerung Jalalabads ist ein offenes Geheimnis.

Nach dem sowjetischen Rückzug zogen die USA und ihre NATO-Verbündeten ihr Botschaftspersonal aus Kabul zurück, um Panik zu stiften und das DVPA-Regime international zu isolieren. Die Imperialisten hatten ihren eigenen antikommunistischen Geifer vom „Reich des Bösen“ geschluckt und dachten, in dem Augenblick, in dem die sowjetischen „Besatzungs“truppen abzögen, würden Millionen Afghanen zusammenströmen, um „befreit“ zu werden, und das Kabuler Regime würde zerbröckeln. Sie hofften auf die Errichtung einer „provisorischen Re-

gierung“ in Jalalabad, rechtzeitig für einen Sitz bei der Konferenz der islamischen Außenminister in Riad. Aber die Rebellen erlitten so schwere Verluste, daß ein Guerillaführer, Abdul Haq, klagte: „Jetzt wird es manchmal schwierig, unsere Leute davon zu überzeugen, warum wir zu einem solchen Preis weiterkämpfen sollten, wo doch die Russen abgezogen sind“ (*India Today*, 15. April).

Während die Guerillas auf dem Schlachtfeld mit ihrer Strategie keinen Erfolg gehabt haben, haben sie in einer Reihe von Massakern an wehrlosen Männern, Frauen und Kindern ihre wahren Absichten gezeigt. Bei Samarchel, östlich von Jalalabad, massakrierten die Mudschaheddin im März zwei Dutzend Regierungssoldaten, sogar nachdem diese sich ergaben. Und die *Süddeutsche*

*Zeitung* (18. April) gibt einen Augenzeugenbericht wieder über eine neuere Greueltat, die zuerst von TASS gemeldet worden war: „Dem Bericht zufolge sollte eine Kraftfahrzeugkolonne Dutzende Frauen, Kinder und alte Leute von Djalalabad nach Kabul bringen. Die Omnibusse und Lastwagen seien von einer ‚Bande afghanischer Extremisten‘ unter Anleitung saudiarabischer Ausbilder gestoppt worden. Die Fahrer seien am Straßenrand aufgegriffen und niedergeschossen worden. Kleine Kinder habe man an den Haaren hochgehalten, sie ins Gesicht geschossen und die Leichen in den Fluß Kabul geworfen. Hübsche Frauen aus dem Konvoi hätten die Aufständischen in die Berge verschleppt. Alle anderen Flüchtlinge seien an Ort und Stelle erschossen worden.“

„Land oder Sarg!“ heißt der Schlachtruf der Regierungstruppen, die Jalalabad verteidigen. Mit der Hilfe von in der Sowjetunion hergestellten Flugzeugen des Typs MiG-23, Kampfhubschraubern und Boden-Boden-Raketen Skud-B, die von Kabul aus eingesetzt werden, hat die afghanische Armee die Mudschaheddin immer wieder geschlagen. „Die Guerilla-Führer geben zu, daß die Afghanen, die die Kampfhubschrauber und Kampfbomber fliegen, größere Entschlossenheit gezeigt haben als die Russen, von denen sie ausgebildet wurden“, schreibt der Reporter Schechar Gupta in *India Today* (31. März).

Als Hilfskraft für die über 100 000 Soldaten des afghanischen Militärs und der Geheimpolizei hat die Regierung eine Volksmiliz von etwa 300 000 bewaffnet und mobilisiert. Und es ist nicht verwunderlich, daß diejenigen, die am meisten zu verlieren haben, wenn die Mudschaheddin gewinnen, zu den begeistertsten und mutigsten Kämpfern gehören. Ein Artikel in der *Londoner Times* (28. Februar) hatte die Überschrift: „Kabuler Frauen stehen Schlange, um sich zur Schlacht gegen die Rebellen zu melden“. Keine Woche nachdem die Regierung die Bildung einer freiwilligen Frauenmiliz angekündigt hatte, waren ihr mehr als 1000 Frauen beigetreten, „vereint in ihrem Haß gegen die Mudschaheddin“ und mit sichtbarer „Bereit-

Fortgesetzt auf Seite 10

## Eine erfolgreiche Kampagne für die Opfer in Jalalabad

Nein zum Schleier! Verteidigt afghanische Frauen! Jalalabad: Helft den Opfern der CIA-Mörderbanden! Eine weltweite Kampagne unter diesen Losungen fand große Resonanz – in Immigrantenvierteln, in Fabriken, an Universitäten, unter den Teilen der arbeitenden Bevölkerung, die dagegen sind, daß die Imperialisten die afghanischen Mudschaheddin-Reaktionäre bewaffnen und aushalten. Das Komitee für soziale Verteidigung (KfSv) und brüderlich verbundene Verteidigungsorganisationen in Australien, Britannien, Frankreich, Italien, Japan, Kanada und den USA verteilten über 100 000 Exemplare des Spendenaufrufs. Bis zum 2. Juni wurden umgerechnet DM 74 260,55 in speziellen Bankkonten gesammelt und DM 72 805,20 davon schon an die afghanische Regierung überwiesen als Hilfe für die Zivilopfer der blutigen Schlacht um Jalalabad.

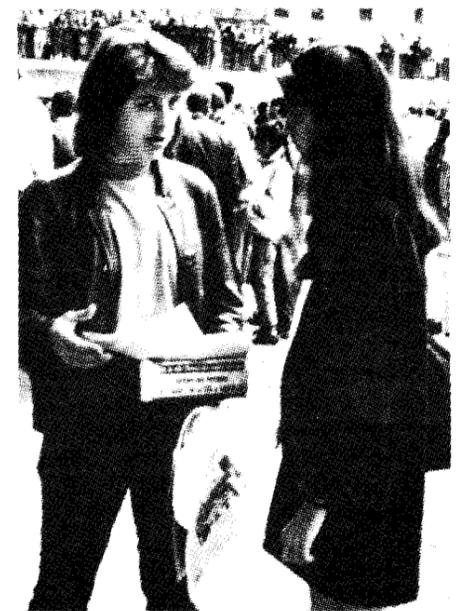
Der Hilfsfonds Jalalabad für die Opfer unter der Zivilbevölkerung wurde vom Partisan Defense Committee (PDC) in den USA ins Leben gerufen als Antwort auf einen Appell der afghanischen Regierung für eine breite Kampagne humanitärer Hilfeleistung.

Das PDC ist schon seit mehr als zehn Jahren aktiv. Die Jalalabad-Kampagne gab den Anstoß, ähnliche rechtliche und soziale Verteidigungsorganisationen auch in anderen Ländern zu schaffen, in Verbindung mit den Sektionen der Internationalen Kommunistischen Liga. In Westdeutschland und Westberlin wurde das KfSv gegründet. Das KfSv ist eine klassenkämpferische, nichtsektiererische Organisation zur rechtlichen und sozialen Verteidigung; dieser Zweck entspricht den politischen Ansichten der Trotzkiistischen Liga Deutschlands (TLD).

Die Studentinnen, Mütter und Großmütter in Kabul und Jalalabad, die im Kampf stehen gegen Washingtons mörderische „Rebellen“, sollen wissen, daß die Sache der afghanischen Frauen großen Widerhall findet. Die Kampagne startete am 9. April in Washington bei einer großen Demonstration für das Recht auf Abtreibung. Der Kampf für die Rechte der Frauen stand von Anfang an im Zentrum unserer Arbeit. Val Moghadam, Soziologin aus dem Nahen Osten, die ausführlich über den Iran und Afghanistan geschrieben und vorgetragen hat, kehrte vor kurzem aus Kabul in die USA zurück. Sie

schreibt: „Ich bin sehr beeindruckt und ermutigt durch das, was das PDC gemacht hat: die Zusammenarbeit USA-Pakistan-Mudschaheddin im Krieg gegen die afghanische Bevölkerung aufzudecken, den Zivilisten in Afghanistan finanzielle Unterstützung zu geben und die Rechte der afghanischen Frauen zu unterstützen. Was Ihr macht, ist sehr wichtig und einzigartig gut.“

Über eine Straßensammlung in Hamburg berichtet eine Unterstützerin: „sie stieß auf Zustimmung und Spendenfreudigkeit besonders unter Hausfrauen, die wollten, daß afghanische Frauen lesen und schreiben lernen“. Besonders ältere Frauen, die den Krieg erlebt haben und wissen, was Zerstörung heißt, haben Geld gegeben – und zwar 5-DM-Stücke. In Westberlin, bei einer Veranstaltung der GEW „gegen Rassismus, Antisemitismus und Ausländerfeindlichkeit“ spendeten mehrere junge türkische Frauen mit den Worten: „Wir wissen, was islamischer Terror bedeutet“. Bei Straßensammlungen in Toronto ostindischen Wohnvierteln steckten Frauen Geldscheine in die Sammelbüchsen des PDC. In Frankreich, wo das Comité de défense sociale die Kampagne



le Bolchevick

**Paris: Spendensammlung für die Zivilopfer in Jalalabad**

organisiert, spendete eine afghanische Frau, die mit ihrer Sozialhilfe eine fünfköpfige Familie ernähren muß, 100 Francs.

In London wurden im Lesbian and Gay Centre über 70 Pfund (über DM 200) gesammelt – nur zu klar ist es, wie es Homosexuellen in Afghanistan ergehen würde, falls die „Heiligen Krieger“ gewinnen.

Viele Immigranten haben die Kampagne unterstützt, darunter Iraner, die aus ihrer

Fortgesetzt auf Seite 11

# China...

Fortsetzung von Seite 1

men-Platz unter den Leichen begraben. „Unsere Regierung ist schon erledigt“, erklärte ein junger Arbeiter, der an diesem verhängnisvollen Blutsonntag mit einem Stein in der Hand den Soldaten gegenüberstand. Doch was für eine Regierung wird die korrupte und mörderische stalinistische Clique ersetzen? Nur eine Regierung, die sich wie in der bolschewistischen Russischen Revolution auf Sowjets der Arbeiter, Soldaten und armen Bauern stützt, kann China vor dem Untergang in Anarchie, Kriegsherrentum und blutige kapitalistische Konterrevolution retten. *Für die Einheit Chinas unter Führung der Arbeiter!*

Während regierungstreue Streitkräfte noch das Zentrum von Peking besetzt halten, befindet sich die übrige Stadt in den Händen der aufständischen Arbeiter und Studenten: „Überall in Peking reagierten die Menschen auf das Morden, indem sie Fahrzeuge in Brand setzten und Barrikaden errichteten. Die Truppen hatten nur ein paar bedeutende Zufahrtsstraßen unter Kontrolle, sonst behielten die Einwohner die Kontrolle über die Straßen“ (*New York Times*, 5. Juni). In der großen Industriemetropole Schanghai haben studentische Aktivisten und kämpferische Arbeiter Barrikaden aus Bussen, Lastwagen und Autos errichtet. Ein De-facto-Generalstreik hat das Wirtschaftsleben zum Stillstand gebracht. In der zentralchinesischen Industriestadt Wuhan halten Arbeiter und Studenten die Brücke über den Jangtsekiang besetzt, ein wesentliches Verbindungsglied zwischen Nord- und Südchina.

Die Massen riefen immer wieder: „Die Volksbefreiungsarmee darf nicht auf das Volk schießen!“, und viele Soldaten glauben das auch. Die Volksbefreiungsarmee (VBA) ist jetzt *politisch gespalten*. Das Massaker wurde von einer bestimmten Einheit durchgeführt, der 27. Armee, die erst kürzlich aus der Inneren Mongolei in die Hauptstadt geholt worden war. Die 27. Armee hat weit zurückreichende Verbindungen zur Clique um Deng. Ihr Kommandeur ist ein Verwandter des chinesischen Präsidenten Yang Shangkun, dem Stellvertreter Dengs und dem Hauptinitiator der Unterdrückung der Studentenproteste. Es ist bezeichnend, daß sich die 27. Armee seit dem Blutbad nicht wie eine erobernde Armee verhalten hat, sondern wie eine *eingekesselte* Streitmacht. Der amerikanische Sender CBS berichtete in den Nachrichten vom 5. Juni:

„Die Panzer sind in einer besonderen Formation aufgestellt, bei der sie in alle Richtungen zielen. Weiter unten, auf der Zufahrtsstraße, unterhalb der Überführung, befinden sich viele Lastwagen voller Soldaten. Dies ist ganz klar eine Verteidigungsstellung, die man bezieht, wenn man keinen Angriff durch unbewaffnete Zivilisten erwartet, sondern durch andere Militär-Einheiten.“

Die wichtigste Truppeneinheit, die gegen sie vorrückt, ist die 38. Armee. Es handelt sich um die normalerweise in Peking stationierte Armee-Einheit; sie hat vielfache Verbindungen zur Zivilbevölkerung, besonders zu den Studenten. Berichten zufolge verbrin-



Tausende von Studenten sammelten sich auf dem Tiananmen-Platz. Sie sangen die „Internationale“ und forderten demokratische Rechte und das Ende bürokratischer Korruption

gen die Studenten, die zur Armeereserve gehören, die Sommermonate mit Übungen bei der 38. Armee. Es war diese 38. Armee, die sich zweieinhalb Wochen lang gewweigert hat, das von Deng und seinem Premierminister Li Peng (der den Hardlinern zugerechnet wird) verhängte Kriegsrecht durchzusetzen. Viele Soldaten der 38. Armee haben sehr wahrscheinlich Verwandte, die beim Gemetzel vom 4. Juni getötet wurden.

Während sich China im Eiltempo auf Bürgerkrieg zubewegt, ist die Regierung untergetaucht. In den letzten Tagen wurde niemand aus der Führungsspitze öffentlich gesehen. Es gibt reichlich Gerüchte, daß Deng tot sei oder krebskrank im Sterben liege und daß Li Peng durch einen Soldaten angeschossen und verwundet worden sei, dessen Verwandte beim Massaker umgebracht wurden. Nirgendwo kann man das KP-Organ *Volkszeitung* vom 5. Juni bekommen – möglicherweise ist es nie erschienen. Ein asiatischer Diplomat in Peking faßte es zusammen: „Soweit wir sehen können, hat niemand das Heft in der Hand.“

## Für proletarische politische Revolution!

Für die Arbeiterklasse sind die Bedingungen außergewöhnlich günstig, in China die Sache in die Hand zu nehmen. In den Hauptkampfschauplätzen Peking und Schanghai sowie Wuhan und Kanton hat die Industriearbeiterschaft enormes soziales Gewicht. Die Hunderttausende arbeitender Menschen, die auf die Straße strömten, haben den Versuch

des Regimes vereitelt, das Kriegsrecht zu verhängen. Arbeiterkommandos auf Motorrädern berichteten über die Truppenverteilung um Peking. Und die Masse der Soldaten identifiziert sich mit den arbeitenden Massen. Auch sie werden von der Inflation hart getroffen, die aus Dengs marktorientierter Politik resultiert. Ein Ergebnis der Regierungsmaßnahmen zur Kostensenkung ist es, daß sogar Militäreinheiten in Geschäftemacherei eingestiegen sind:

„Als Konsequenz haben einige Einheiten ihre LKWs dazu benutzt, Transportunternehmen aufzumachen; ihre Reparaturdepots dienen als kommerzielle Werkstätten, und in ihren Krankenhäusern werden zahlende Privatpatienten aufgenommen.“

Es ist sogar schon vorgekommen, daß kranke Soldaten abgewiesen wurden, um Patienten zu versorgen, die zahlen können... Dies hat zu weitverbreiteter Demoralisierung geführt.“ (*New York Times*, 6. Juni)

Auf dem Lande sind die ärmeren Bauern über ihre wohlhabenden Nachbarn aufgebracht, die neue Klasse chinesischer Kulaken, die von Dengs Wirtschaftsreformen des „freien Marktes“ herangezüchtet wurde. Um die Inflation zu bekämpfen, bezahlt die Regierung Bauern jetzt für Getreide, Schweine und andere Erzeugnisse mit wertlosen Bezugsscheinen statt Bargeld. Die Studenten legen nicht wenig kleinbürgerliches elitäres Verhalten an den Tag; die Bildung von Sowjets der Arbeiter, Soldaten und armen Bauern würde jedoch die Studentebewe-

gung *polarisieren* und solche Aktivisten anziehen, die durch einen genuinen sozialen Idealismus motiviert sind.

Es gibt jedoch in China mächtige Kräfte, die zu militärischem Bonapartismus führen könnten, zu Kriegsherrentum und zur Auflösung des geeinten Staates. Nach dem Sturz der Mandschu-Dynastie im Jahre 1912 teilten miteinander rivalisierende Militaristen China in einzelne „Fürstentümer“ auf. In einem gewissen Sinne setzte das maostalinistische Regime dieses Muster dadurch fort, daß verschiedene Einheiten der VBA mit rivalisierenden Fraktionen und Cliquen verbunden waren. Außerdem brachte Dengs marktorientierte Wirtschaftspolitik enorme regionale und auch soziale Unterschiede hervor. Die Provinzen an der Ostküste profitierten von der Konzentration der industriellen Investitionen und des ausländischen Kapitals, während das bäuerliche Hinterland immer weiter zurückfiel.

Nur die Arbeiterklasse kann unter der Führung einer wirklich kommunistischen Avantgardepartei China durch die Entwicklung einer gerechten, egalitären und wohlhabenden Gesellschaft vereinen. Um mit dem Ausgleich der gewaltigen regionalen Unterschiede anzufangen, ist es notwendig, die zentralisierte Wirtschaftsplanung unter einer Arbeiter- und Bauernregierung wiederherzustellen. Eine chinesische Sowjetregierung würde gleichzeitig die nationalen Rechte der Minderheiten, die nicht zur Han-Nationalität gehören, genauestens respektieren und der Inneren Mongolei, Tibet sowie den turksprachigen Völkern von Sinkiang Autonomie gewähren.

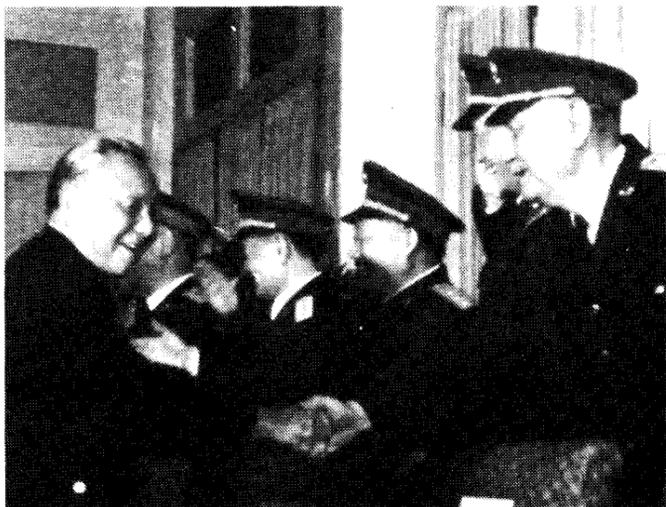
Innere Einheit und Wohlstand in China zu erzielen erfordert eine revolutionäre *internationalistische* Perspektive. Deng ist jetzt in China fast ausschließlich wegen seiner Verbrechen am chinesischen Volk verhaßt. Doch eines seiner größten Verbrechen war es, China mit dem US-Imperialismus gegen die Sowjetunion zu verbünden, eine Allianz, die mit Blut besiegelt wurde. Deng führte 1978 die chinesische Armee gegen das heroische Vietnam, nachdem er gerade von seiner triumphalen Tour durch die USA zurückgekehrt war. An diesem Bündnis arbeitete Bonn auch schon lange mit: 1975 flog Franz Josef Strauß, Bonns überzeugendster Vertreter in der Tradition des Anti-Kominternpakts, nach Peking zum Empfang bei Mao. Und 1979 plauschten in Bonn Strauß und Hua Guofeng (von Deng vorgeschickt) alles gemächlich durch: westdeutsche „Nachrüstung“ und die Stationierung der auf die Sowjetunion gerichteten Mittelstreckenraketen in Westeuropa. Im letzten Jahrzehnt war Peking ein bedeutender Waffenlieferant sowohl für den wahnsinnigen Völkermörder Pol Pot in Kampuchea als auch für die Mudschaheddin-Mörderbanden des CIA in Afghanistan. Doch die Bewegung „für Demokratie“ hat diese Verbrechen nicht angeprangert.

Ein wahrhaft kommunistisches China würde dazu beitragen, die Einheit der Arbeiterklasse und der unterdrückten arbeitenden Massen in aller Welt gegen den Imperialismus zu schmieden. Ein erster und grundlegender Schritt hierzu besteht in großzügiger Hilfe für den Wiederaufbau des verarmten Vietnams, dessen jahrzehntelanger Kampf dem US-Imperialismus die bisher größte Niederlage zugefügt hatte. Und die chinesischen Arbeiter müssen sich auch mit der mächtigen sowjetischen Arbeiterklasse verbünden, deren Widerstand gegen die marktorientierte Perestroika Gorbatschows den Weg zur proletarischen politischen Revolution in der UdSSR freischlagen kann. Eine revolutionäre internationalistische Regierung in Peking wäre auch ein gewaltiger Anstoß für die sozialistische Revolution in Japan, dem industriellen Machtzentrum Asiens. Für den Aufbau einer leninistisch-trozkistischen kommunistischen Partei in China ist es notwendig, Arbeiter und radikale Studenten von liberalen Illusionen und stalinistisch-nationalistischen Vorurteilen zu brechen.

## Weder „reine Demokratie“ noch Maoismus – Für Lenins Kommunismus!

Ein paar Tage vor dem Massaker hatte Dengs Kumpan Yang Shangkun erklärt: „Wenn wir die Macht verlieren, wird die chi-

Fortgesetzt auf Seite 7



Chinesischer Führer Deng Xiaoping mit seinen obersten Generalen. Truppen, die ursprünglich mobilisiert worden waren, um das Kriegsrecht durchzusetzen, schreckten vor der Unterdrückung der Massenproteste zurück



Hires/Gamma-Liaison

# Aufsteigender deutscher Nationalismus vs. amerikanische Kalte Krieger

## Hinter dem NATO-Streit

Ein britischer Journalist fragt Margaret Thatcher ganz im Ernst, ob Westdeutschland in der NATO bleiben wird. Führende Bonner Politiker verurteilen die „angelsächsischen“ Mächte. NATO-Kriegsspiele werden gestört, nicht von aktiven Atomkriegsgegnern, sondern von gewöhnlichen deutschen Bürgern. Nach einer öffentlichen Meinungsumfrage hätten über 70 Prozent der Westdeutschen gern eine Außenpolitik, die „gleichen Abstand“ zur USA und zur Sowjetunion hält. Wenn Sowjetführer Michail Gorbatschow Ende dieses Monats Westdeutschland besucht, erwartet man eine stürmische Begrüßung für ihn. Und zur gleichen Zeit, wo Neonazi-Parteien in den letzten Kommunalwahlen deutliche Erfolge erzielt haben, wird viel davon geredet, daß 1990 eine „rot-grüne“ Koalition aus SPD und ökopazifistischen Grünen die westdeutsche Regierung übernimmt.

Jahrzehntlang ist die Bundesrepublik Deutschland der Stützpfiler der NATO und der feste Kern der kapitalistischen Ordnung in Westeuropa gewesen. Doch die Feier zum 40. Jahrestag der antisowjetischen imperialistischen Allianz Ende Mai drohte eine heftige Auseinandersetzung zu werden zwischen ihren zwei mächtigsten Mitgliedern. Am Vorabend des NATO-Gipfels hielt Präsident Richard von Weizsäcker eine Rede zum 40jährigen Jubiläum der Bundesrepublik, in der er darauf pochte, daß Westdeutschland nicht „ein Spielball anderer“ sei. Auf dem Brüsseler Gipfel wurden die Differenzen zwischen Washington und Bonn überkleistert durch einen kunstvollen Kompromiß über die „Modernisierung“ der Kurzstreckenrakete Lance. Aber schon kommt Kanzler Helmut Kohl im Bundestag unter Beschuß, weil er ausverkauft habe.

Die Lance ist keine „Mini-Rakete“; sie trägt einen Sprengkopf, der *sechsmal* so viel Sprengkraft hat wie die Atombombe, die Hiroshima in Schutt und Asche legte. Jetzt will das Pentagon sie durch eine punktzielgenaue Rakete ersetzen und ihre Reichweite von 130 auf 450 Kilometer erhöhen. Diese „verbesserte“ Waffe soll so die Mittel- und „Kurzstreckenraketen ersetzen, deren Beseitigung die NATO im INF-Abkommen von 1984 vorgeblich zugestimmt hatte. Die „modernisierte“ Lance, ganz und gar keine defensive Gefechtsfeldwaffe, könnte Ziele treffen, die weit hinter den sowjetischen und ostdeutschen Frontstreitkräften liegen. Für Kalte-Kriegs-Generale wie den ehemaligen NATO-Kommandierenden Bernard Rogers und seinen Nachfolger John Galvin soll das eine „kriegführende“ Waffe sein, ein Schlüssel für ihre Erstschlagsstrategie *Airland Battle 2000*.

Kein Wunder, daß Deutsche die Lance und ähnliche Waffen „Deutschstrecken“- und „antideutsche“ Raketen nennen. Der Spruch: „Je kürzer die Reichweite, umso mehr tote Deutsche“ – vor ein paar Jahren geprägt vom CDU-„Verteidigungs“experten Volker Rühle – hat in der Bundesrepublik nahezu allgemeine Anerkennung gefunden. Wie Außenminister Hans-Dietrich Genscher mit kaum verborgener Bitterkeit bemerkte: Kurzstreckenraketen „haben nicht die Reichweite, um die meisten unserer Partner zu erreichen“ (Londoner *Independent*, 29. April). Daher will das Bonner Regime die Einführung der neuen und verbesserten Lance verschieben, bis zu Verhandlungen mit dem allzeit entgegenkommenden Gorbatschow über die Reduzierung sowjetischer Kurzstreckenraketen.

### Achse Washington-Bonn bröckelt

In Brüssel wollte Bush der Frage von Kurzstreckenraketen ausweichen, mit einer „kühnen Initiative“ für massive Reduzierungen



Downing/Newsweek

konventioneller Truppen ... der Streitkräfte des Warschauer Pakts. Er schlug vor, für jeden amerikanischen Soldaten *zehn* russische abziehen. Der sowjetische Außenminister Schewardnadse nannte den Vorschlag „einen Schritt in die richtige Richtung“.

Doch sowjetische Konzessionen haben die Imperialisten nur noch dreister gemacht, und angesichts des wirtschaftlichen Zusammenbruchs in Polen und der wachsenden nationalistischen Konflikte in der UdSSR und in ganz Osteuropa haben die in Brüssel versammelten Geier Blut gerochen.

Zwei Tage nach dem Brüsseler Treffen fuhr Bush, begleitet von Kohl, nach Mainz, um eine Rede aus der Rubrik „Rollback des Kommunismus“ zu halten – die Berliner Mauer niederreißen, „Selbstbestimmung für ganz Deutschland und alle Länder Osteuropas“ in einem kapitalistischen Europa, in dem Bonn und Washington „Partner in einer Führungsrolle“ sind. Vor 50 Jahren im August versuchte Stalin vergeblich, einen „Frieden“ mit Hitler zu erkaufen. Weil es nach dem Zweiten Weltkrieg keine Arbeiterrevolution im Westen gab, haben die Imperialisten die letzten 40 Jahre zur Vorbereitung auf das nächste Unternehmen Barbarossa genutzt. Egal, was für Rivalitäten sie haben, ihr Feind Nr. 1 ist und bleibt das Land der Oktoberrevolution.

Wir haben oft darauf hingewiesen, daß in Westdeutschland die Unterstützung für Abrüstung und Entspannung nicht bloß eine verständliche Sehnsucht ausdrückt, Krieg zu verhindern. Sie drückt auch den wiederaufsteigenden deutschen Nationalismus aus, der sowohl gegen die USA als auch gegen die Sowjetunion gerichtet ist. Und nichts vereint Deutsche aller politischen Überzeugungen besser als die Angst vor einem „begrenzten“ Atomkrieg – das heißt begrenzt auf deutsches Territorium. Trotzdem war Kohls Regime bis letzten Monat bereit, dem Plan des Pentagons zur Modernisierung der Lance zuzustimmen. Aber die letzten Wahlen in Westberlin und Frankfurt waren ein Desaster für die CDU und ihren Koalitionspartner FDP. In beiden Städten gewannen die Neonazis genug Stimmen (ungefähr 7 Prozent), um der SPD und den Grünen eine Mehrheit zu geben.

Die Wahlergebnisse waren nicht nur ein Symptom für die wachsende nationalistische Stimmung, eine Ablehnung der NATO-Treue („Atlantizismus“) des Kohlregimes. Westdeutschlands vielgepriesenes Wirtschaftswunder ist in der letzten Periode durch hohe Arbeitslosigkeit, höhere Verbrauchssteuern und Kürzungen im staatlichen Gesundheitswesen abgelöst worden. Außerdem befürchten die arbeitenden Menschen, daß die geplante „volle Integration“ der EG 1992 dazu führen wird, daß die west-

**Bush will neue Lance-Raketen für NATO-Erstschlagsstrategie. Aber Westdeutschland, Stützpfiler der NATO (rechts: Bundeswehr-Panzer) hat seine eigenen Pläne für Mittel- und Osteuropa**



Der Spiegel

deutschen Löhne und Sozialleistungen auf irgendein gemeinsames (niedrigeres) europäisches Niveau *nach unten angeglichen* werden.

Diese wirtschaftliche Unzufriedenheit und Angst haben die Aussichten der reformistischen SPD bei Wahlen verbessert. Doch sie sind auch von den Faschisten effektiv ausgeschlachtet worden, um immigrierte Arbeiter (Türken, Süd- und Osteuropäer, Nordafrikaner), die die schlecht bezahlten, schmutzigen Arbeiten für den deutschen Kapitalismus verrichten, zu Sündenböcken zu machen. Die Verteidigung der Rechte von Immigranten und der Kampf für eine kürzere Arbeitswoche, um die Arbeitslosigkeit zu bekämpfen, sind der Schlüssel dafür, die erneute faschistische Gefahr in Deutschland zu zerschlagen. Genauso wichtig ist es, die nationalistische Demagogie zu bekämpfen, die heute das westdeutsche politische Leben durchdringt, von den Christdemokraten über die Sozialdemokraten und Grünen bis zu der sogenannten radikalen Linken.

In Resonanz zur nationalistischen Stimmung haben die Bonner Politiker eine Trotzhaltung gegenüber den Briten und Amerikanern eingenommen. Westdeutschland hat auch seine dominierende Rolle auf dem westeuropäischen Kontinent demonstriert und die kleineren NATO-Länder (Spanien, Italien, Dänemark) im Lance-Streit auf seine Linie gebracht. „Da sind eher die Angelsachsen isoliert“, prahlt Theo Sommer in der linksliberalen *Zeit* (28. April).

Warum das ganze Geschrei über einen Krach, der leicht geschlichtet werden könnte? Schließlich hat Bonn in den letzten 20 Jahren gegenüber den Russen generell eine weiche Linie als Washington bevorzugt. Anfang der 70er Jahre befürchtete die Nixon-Gang, daß Willy Brandts Ostpolitik ein Schritt hin zu einem separaten Kuhhandel mit Moskau sein könnte. Henry Kissinger schrieb in seinen Memoiren: „Von Bismarck bis Rapallo war es das Wesen der nationalistischen Außenpolitik Deutschlands gewesen, zwischen Ost und West zu manövrieren“ (*Memoiren 1968–1973*, 1979).

Aber jetzt scheint sich die ganze westdeutsche herrschende Klasse in diese Richtung zu bewegen. Viel von der Aufregung in Washington und London kommt daher, daß sie sich verraten fühlen von Kohl, den sie als einen zuverlässigen NATO-Loyalisten ansahen, als ihren Mann in Bonn. Der schnoddrige konservative *Economist* aus London nennt den westdeutschen Kanzler „Kohl in Gelee“, in Anspielung auf seinen Mangel an Rückgrat. Gewiß könnte niemand Helmut Kohl je vorwerfen, er hätte politisches Rückgrat. Aber auf seine tölpelhafte, breiige Art vertritt Kohl die Interessen des *deutschen* Imperialismus, die sich immer weiter von denen des

amerikanischen Imperialismus entfernen.

Darin liegt die Bedeutung der Grünen. Die sind nicht einfach ein Sammelsurium von Umweltaktivisten, Anti-Atom-Pazifisten und alternativen Radikalen. Die Grünen sind eine Partei von Yuppies, die Avantgarde des erneuerten deutschen Nationalismus unter der jüngeren Generation der gebildeten Elite. Selbst als sie den Austritt Westdeutschlands aus der NATO forderten, drückten die Grünen ebenso nationalistische wie pazifistische Gefühle aus. Heute beginnen die jüngeren Elemente der regierenden Christdemokraten, d. h. die Kinder der deutschen Bourgeoisie, die gleiche Sprache wie die Grünen zu sprechen. Ein CDU-Aktivist sagte zum *Wall Street Journal* (13. März): „Wir sind nicht anti-amerikanisch, aber wir geben den Amerikanern nicht so leicht automatisch unser Vertrauen wie unsere Eltern früher. Wir müssen mehr Souveränität erlangen.“

Zu einem Streit gehören immer zwei. In ihrem Umgang mit der westdeutschen Regierung erinnert die Bush-Administration an verzweifelte Eltern, die bei einem aufässigen Teenager hart durchgreifen. Nachdem Bush aber geschworen hatte, in der Lance-Affäre nicht nachzugeben, haben ihn einflußreiche Teile der amerikanischen herrschenden Klasse unter Beschuß genommen, weil er zwischen die USA und ihren wichtigsten europäischen Verbündeten unnötigerweise einen Keil getrieben und Gorbatschows Beschwichtigungspolitik nicht ausgeschlachtet habe. Sam Nunn, der Chef des Senatskomitees für die Streitkräfte, Admiral William Crowe, der Vorsitzende des Vereinigten Generalstabs, und William Colby, der ehemalige CIA-Chef, wollen wenigstens den Anschein erwecken, als ob sie mit den Russen verhandeln. Paul Nitze, einer der ursprünglichen Architekten des Kalten Krieges, nannte Bushs Position „verrückt“ vom Standpunkt der meisten Europäer.

### Drang nach Osten: neuer Anlauf?

Eines der überzeugendsten Argumente für Washington, im Lance-Streit von seiner Position abzurücken, kam vom rechten Fanatiker Pat Buchanan: „Die Krise der NATO ist keine Krise der militärischen Bereitschaft; es ist eine *politische* Krise, die zu einem Desaster wird, wenn wir Deutschland eine Atomwaffe aufzwingen, die schließlich für Deutschlands Verteidigung bestimmt ist“ (*Boston Herald*, 22. Februar). Buchanan, dafür berüchtigt, daß er Nazi-Kriegsverbrecher verteidigt, wäre glücklich, einen mächtigen wiedervereinigten deutschen Imperialismus zu sehen. Aber der Großteil der amerikanischen herrschenden Klasse, erst recht die französische und britische, teilen nicht Buchanans Sympa-

Fortgesetzt auf Seite 6

# Schluß mit der Verfolgung jüdischer Aussiedler!

Die Bonner Regierung hat Millionen ausgegeben, um „deutschstämmige“ Aussiedler aus Osteuropa zu rekrutieren. Für die Bankiers und Bosse Westdeutschlands sind das billige Arbeitskräfte und staatstreue, anti-kommunistische Kanonenfutter für die 90er Jahre. „Natürlich“ ist die Regel dieses chauvinistischen, revanchistischen Schemas: „Nur für Arier“. Jetzt ermittelt die Staatsanwaltschaft in Komplizenschaft mit dem Auswärtigen Amt gegen etwa 100 jüdische Aussiedler aus der Sowjetunion, die beschuldigt werden, bei ihrem Anerkennungsverfahren als Deutsche „betrogen“ zu haben. „Betrug“? Diese Juden hatten einfach die Kühnheit zu behaupten, daß sie Deutsche seien – das ist ihr Verbrechen. Etwas mehr als 40 Jahre nach dem Holocaust scheint der selbsternannte Nachfolgestaat des Dritten Reiches entschlossen, die berüchtigten Nürnberger Gesetze von 1936 anzuwenden, verfaßt von einem gewissen Hans Globke, der später Adenauer als Staatssekretär dienen sollte. Oder, wie es der Völkerrechtler Axel Azzola ausdrückte, in diesem Staat gilt: „Der jüdische Religionsbegriff ist ein Volksbegriff“ (*Frankfurter Rundschau*, 20. April).

Bernt Engelmann sagt in seinem Buch *Deutschland ohne Juden*:

„Es kann kein Zweifel daran bestehen, daß die deutschen Juden und mit ihnen die einst aus Deutschland vertriebenen jüdischen Massen Ost- und Südosteuropas ganz überwiegend die Nachkommen jener Bürger deutscher Städte des Mittelalters waren, die sich ihrerseits nur in zweierlei Hinsicht von den meisten übr-

gen Bewohnern des Reiches unterschieden hatten: in ihrer Weigerung, von ihrer herkömmlichen Form der Gottesverehrung abzugehen, und in ihrer höheren Zivilisation, Kultur und Bildung.“

In diesem Fall geht es um Juden, die im späten 18. Jahrhundert aus Schwaben nach Kasachstan emigrierten.

Jedoch, nach der kafkaesken Logik des Paragraphen 6 des „Bundesvertriebenen- und Flüchtlingsgesetzes“ ist nur Deutscher, wer innerhalb deutscher Kolonien (oder in einem Gesangsverein!) „bekannt“ war. Leonhard Freiberg, ein rumänischer Jude, der letztes Jahr an einem Herzinfarkt starb, nachdem ihm seine Papiere verweigert worden waren, wurde groteskerweise aufgefordert, zu beweisen, wie er sich 1933–1945 zu „seinem Deutschtum“ „bekannt“ habe. Freiberg verbrachte die Jahre 1941–1944 in einem Konzentrationslager und wurde erst von der Roten Armee befreit!

Henryk M. Broder berichtet, daß Leonhard Freiberg nicht der einzige war, der nach den Schikanen der Einwanderungsbehörden buchstäblich an gebrochenem Herzen starb. In seinem Buch *Fremd im eigenen Land* schreibt Broder über die Entscheidungen des Offenbacher Flüchtlingsdienstes:

„Aus der Tatsache, daß ein Antragsteller in einer Straße wohnte, die überwiegend von Juden bewohnt war, wurde geschlossen, daß der Antragsteller sich zum jüdischen Volke bekannte und deshalb kein Volksdeutscher gewesen sein konnte. Ein arischer Zeuge wurde in einem Gutachten einer Heimatauskunftsstelle deshalb als

unglaublich bezeichnet, weil er mit einer Jüdin verheiratet war.“

Auch hier wurden die Flüchtlinge wie Kriminelle behandelt und von der Polizei erke- nungsdienstlich behandelt. In Frankfurt im April 1976 starb nach einer gestapo-artigen Durchsuchung eines Männerwohnheims nach „Beweisen“ das Opfer an einem Herzinfarkt.

Jüdische Aussiedler werden aufgefordert, Beweise ihres „Deutschtums“ zu beschaffen aus den nazifizierten deutschen Kolonien auf dem Baltikum oder in Rumänien während der 30er und 40er (!) Jahre; im Gegensatz dazu werden diejenigen, die mit Hilfe des Berlin Document Centers beweisen können, daß sie oder ihre Eltern Mitglieder der NSDAP, der Wehrmacht oder der SS waren, mit offenen Armen willkommen geheißen. Aussiedler-Familien aus dem polnischen Kepno bekamen in ihre Pässe gar den Stempel „Wartheland“ – ein unter der Nazibesatzung aus Polen herausgetrenntes Gebiet. Inzwischen scheint es, als habe der gestürzte Diktator Paraguays, Stroessner, Anspruch auf einen deutschen Paß ...

Während der westdeutsche Staat so unverfroren seine revanchistische, antisemitische Kontinuität mit dem Dritten Reich unterstreicht, hat der aufsteigende deutsche Nationalismus eine neue Zielscheibe gefunden – die faschistischen Republikaner machen sogar die Aussiedler zum Sündenbock für den Mangel an Arbeitsplätzen und Wohnungen (obwohl deutsche Flüchtlinge aus Osteuropa, als „Vertriebene“ organisiert, traditionell ein Bollwerk antikommunistischer Reaktion

waren). Aber um die Idee, Juden aus Westdeutschland zu verbannen, können sich alle Reaktionäre und Faschisten vereinen!

Und was die Sozialpatrioten der SPD betrifft, so empfahl eines ihrer Fraktionsmitglieder in Gießen dem Vorsitzenden der Jüdischen Gemeinde, im Fall von Leonhard Freiberg nicht so sehr nachzubohren, sonst gäbe es eine antisemitische „Gegenreaktion“. Ein anderer fügte hinzu, es könnte sein, daß dann die geplante Synagoge nicht gebaut werden würde.

Heinz Galinski sagt, er will dagegen protestieren, daß 100 sowjetische Juden vom westdeutschen Staat verfolgt werden. Aber wir erinnern uns daran, daß er den Einwanderungsstopp für Juden nach Westberlin unterstützte, den der Senat 1980 anordnete. Als deutscher jüdischer Bourgeois setzte Galinski die lange Gegnerschaft dieser Schicht gegen die „Ostjuden“ fort; und als Zionist wollte er diese sowjetischen Juden in Israel, wo sie „hingehören“. Nur die TLD protestierte damals gegen diesen abscheulichen Einwanderungsstopp. Wir schrieben (*Spartakist* Nr. 34, Dezember 1980):

„Einmal mehr greift ein deutscher Staat Juden an, und Galinski arbeitet Hand in Hand bei deren Zwangsausweisung mit. Es kann doch niemanden überraschen, daß Juden nicht in das Supergetto Israel transportiert werden wollen. Dieser Einwanderungsstopp spielt dem Antisemitismus und der Ausländerhetze in die Hände. Nieder mit dem Einwanderungsstopp für Juden! Volle Staatsbürgerrechte für alle ausländischen Arbeiter!“ ■

## NATO...

Fortsetzung von Seite 5

thien für „Deutschland über alles“.

Ganz im Gegenteil. *Newsweek* (15. Mai) drückte das Offensichtliche milde aus: „Der Gedanke an ein vereinigtes Deutschland, das wieder einmal Zentraleuropa beherrscht, macht den westlichen Nachbarn Angst, und Rußland genauso.“ Der französische Schriftsteller François Mauriac, ein liberaler Katholik, witzelte einmal, er liebe Deutschland so sehr, daß er sich darüber freut, daß es zwei davon gibt. Natürlich würde die amerikanische, britische und französische herrschende Klasse zwei, drei, viele kapitalistische Deutschlands vorziehen. Doch das läßt sich in der wirklichen Welt schwierig einrichten ... und wird immer schwieriger. Wie es der ehemalige CIA-Direktor Richard Helms sagte:

„Die Spaltung des Landes nach dem Zweiten Weltkrieg bedeutet, daß die Wiedervereinigung Deutschlands für Deutsche

die große Sache ist. Auch sonst ist überall der ständige Unterton: wie werden wir das Land vereinigen? Glasnost und Perestrojka haben diesen Ton getroffen, und jetzt hat man sehr viel Diskussion über diese Frage. Es wird für die NATO, für uns und für alle anderen absolut schrecklich sein.“ (*Washington Post*, 7. Mai)

Meinungsumfragen in Westdeutschland zeigen überwältigende Zustimmung für Michail Gorbatschow, in manchen Fällen über 80 Prozent. Gleichzeitig zeigte eine Umfrage des *Spiegel*, daß Adolf Hitlers Ansehen bei der heutigen westdeutschen Bevölkerung gestiegen ist: 25 Prozent sahen den Führer des Dritten Reichs positiv oder neutral an. Das ist überhaupt kein unerklärlicher Widerspruch. Nach Ansicht der deutschen Bourgeoisie wird Gorbatschows „neues Denken“ zum *Auseinanderbrechen* des sowjetischen Blocks führen und damit ihre Niederlage im Zweiten Weltkrieg *ungeschehen machen*. Wenn bürgerliche und sozialdemokratische Politiker im Bundestag über ein Ende des Kalten Krieges reden, über die „Entideologisierung“ der Ost-West-Beziehungen, dann meinen sie, daß die Zeit für ein wiedervereinigtes Deutschland gekommen ist, das seine Vorherrschaft in Mittel- und Osteuropa wieder geltend macht.

In seiner weit verbreiteten Rede zum Streit in der NATO unterstrich Genscher nachdrücklich Westdeutschlands Ansprüche auf die Gebiete östlich der Elbe: „Die Mitglieder der Bundesregierung haben einen Eid geschworen, ihre Kraft für das Wohl des deutschen Volkes einzusetzen. Die Verpflichtung, die aus diesem Eid erwächst, endet nicht an der Grenze, die durch Deutschland schneidet.“ Er sprach weiter über Deutschlands „besondere Verantwortung“ gegenüber Polen, der Tschechoslowakei und dem übrigen Osteuropa. In weniger hochtrabenden Worten erklärte ein höherer Bonner Beamter: Osteuropa „ist unser historisches Einflußgebiet“.

Das westdeutsche Kapital will erneut versuchen, seinen Drang nach Osten zu verwirklichen, durch die massive wirtschaftliche Durchdringung der bürokratisch deformierten Arbeiterstaaten des Sowjetblocks. Sein Handel mit Osteuropa und seine Investitionen dort sind größer als die aller anderen westlichen imperialistischen Mächte zusammen. Zum Beispiel sind gegenwärtig über 200 westdeutsche Firmen in Ungarn tätig, verglichen mit weniger als 20 amerikanischen Multis. Trotzdem glaubt auch der ame-

rikanische Imperialismus, daß die Zeit reif ist (oder schnell heranreift), Osteuropa für den Kapitalismus der „freien Welt“ zurückzuerobern. Die rivalisierenden Kalte-Kriegs-Ideologen Henry Kissinger und Zbigniew Brzezinski haben beide ihre großartigen Strategien veröffentlicht, wie man den Sowjetblock auseinandernimmt. Die gegenwärtige Spaltung in der NATO geht also der Teilung Osteuropas zwischen deutschem und amerikanischem Imperialismus voraus.

Aber es gibt ein altes russisches Sprich-

er besonders in Westdeutschland von Massenprotesten gegen amerikanischen Militarismus und Kriegstreiberei empfangen. In einem Extrablatt: „Der Hauptfeind steht im eigenen Land!“ (*Spartakist* Nr. 44, Juni 1982), erklärte die internationale Spartacist Tendenz:

„Heute wie in den zwanziger Jahren ist Deutschland der Schlüssel für Europa. Die Teilung Deutschlands in zwei Staaten mit entgegengesetztem Klassencharakter symbolisiert die untrennbar miteinander



Friedensbewegung: linke Flanke für deutschen Nationalismus

wort: versuch nicht, das Fell eines Bären aufzuteilen, bevor du ihn erlegt hast! Der sowjetische Arbeiterstaat, aus der bolschewistischen Revolution hervorgegangen, ist weiterhin mächtig, trotz Jahrzehnten stalinistischer Degeneration und trotz Gorbatschows Politik, im Kalten Krieg eine Stellung nach der anderen zu räumen. Kapitalistische Restauration in Osteuropa wird nicht durch „friedliche“ wirtschaftliche Methoden erreicht. Der Boden wird jetzt bereitet für einen blutigen Bürgerkrieg und für die militärische Intervention des westlichen Imperialismus. Die „Friedens“politik von Genscher, Sozialdemokraten und Grünen führt in Wirklichkeit zu Krieg und Konterrevolution in Mittel- und Osteuropa.

Als Reagan 1982 Europa besuchte, wurde

verbundenen Aufgaben, denen das europäische Proletariat gegenübersteht. ... Für die revolutionäre Wiedervereinigung Deutschlands durch sozialistische Revolution in Westeuropa und politische Revolution in Osteuropa! ...

Nur die Proletarier aller Länder, die in den Worten von Karl Marx ‚kein Vaterland haben‘, können eine gerechte und harmonische Arbeitsteilung schaffen, basierend auf der Vergesellschaftung der Produktionsmittel. Die Alternativen sind entweder nukleare Barbarei oder die revolutionäre Wiedervereinigung Deutschlands im Kampf für die Vereinigten Sozialistischen Staaten von Europa.“

Übersetzt aus Workers Vanguard Nr. 479, 9. Juni

**WORKERS VANGUARD** 234

Oust the Bureaucrats—For Lenin's Communism!  
Workers and Soldiers Soviets Must Rule!

**Upheaval in China**

**U.S. Get Out of Panama!**

**Abonniert!**

24 Ausgaben, einschließlich  
**Spartacist** (englische Ausgabe)

Luftpost DM 50,-/Seepost DM 15,-

Zu beziehen über: Verlag Avantgarde  
Postfach 11 02 31, 2000 Hamburg 11  
Postgirokonto Frankfurt 119 88-601

# China...

Fortsetzung von Seite 4

nesische Volksrepublik zusammenbrechen. Dann wird es eine kapitalistische Restauration geben“ (Londoner *Guardian*, 29. Mai). Welch Heuchelei! Hier sprechen die Männer, deren erklärte Politik es ist, „den Sozialismus mit kapitalistischen Methoden aufzubauen“. Es sind diejenigen, die die zentrale Planwirtschaft demontiert und die kollektivierte Landwirtschaft beseitigt haben und damit die „eiserne Reisschüssel“ für die Arbeiter (die garantierte lebenslange Beschäftigung) zerschlagen und eine neue Klasse von reichen Bauern gefördert haben. Es sind diejenigen, die für westliche und japanische Investoren „besondere Wirtschaftszonen“ eingerichtet haben zur Ausbeutung chinesischer Arbeiter, die nicht einmal minimalen gewerkschaftlichen Schutz haben. Es sind diejenigen, die in China wieder die Prostitution und die Kinderarbeit eingeführt haben.

Jahrelang haben die westlichen Kapitalisten Dongs China als ein Modell für die wirtschaftliche Reform eines kommunistischen Landes hingestellt. Die *Frankfurter Rundschau* schrieb am 3. Mai: „Für die chinesische Reformpolitik kann es keinen Weg zurück geben.“ Die Kapitalisten in Bonn äußern sich besorgt über die Zukunft von Chinas „Öffnungspolitik“, d. h. über die Zukunft von Bonns jährlichem Handel mit China (der 1988 9,3 Milliarden Mark betrug) und der ca. 40 lukrativen Joint ventures. Daimler-Benz, Volkswagen und Audi beispielsweise steigern gegenwärtig die Produktion von LKWs und PKWs in verschiedenen chinesischen Städten beträchtlich. Sogar nach dem Massaker pries die Londoner *Financial Times* (5. Juni) Dongs Bilanz „der wirtschaftlichen Reform und der offenen Politik gegenüber dem ausländischen Kapital“. So schrieb auch das *Wall Street Journal* (5. Juni), Deng habe „die Nation von der maoistischen Ära des erbitterten Klassenkampfes weggeführt... Stattdessen fing China damit an, wirtschaftliche Anreize westlichen Stils und rechtsstaatliche Verhältnisse auszuprobieren.“

Gleichzeitig haben die westlichen bürgerlichen Medien die Studentenbewegung „für Demokratie“ heroisiert und versucht, sie als eine Opposition zur kommunistischen Herrschaft hinzustellen. Sicher haben die Studenten starke Illusionen in irgendeine reine, klassenlose Demokratie, die viele von ihnen anscheinend mit Amerika identifizieren. So errichteten sie eine große Statue einer „Göttin der Demokratie“, die der amerikanischen Freiheitsstatue nachgebildet war, und stellten sie provokativ gegenüber dem gewaltigen Mao-Porträt auf dem Tiananmen-Platz auf. Einige studentische Aktivisten haben an die Regierung des amerikanischen Präsidenten Bush appelliert, er solle auf das Deng-Regime Druck ausüben, China zu „demokratisieren“.

Seit dem Massaker haben sich viele Unterstützer der Bewegung „für Demokratie“ im Ausland dafür stark gemacht, der US-Imperialismus und andere imperialistische Mächte sollten einen diplomatischen und wirtschaftlichen Krieg gegen China führen. Eine Gruppe chinesischer Austauschstudenten in den USA schrieb einen offenen Brief an Bush, in dem sie erklärten, die chinesische Kommunistische Partei habe sich in eine „böse faschistische Diktatur“ verwandelt (*New York Times*, 5. Juni). Ein Mitglied dieser Gruppe behauptete sogar: „Tschiang Kajschek war nicht so schlecht.“ Tschiang Kajscheks Kuomintang bildete eine blutige Militärdiktatur, die die chinesischen Arbeiter und Bauern im Dienst von Wall Street grausam unterdrückte. Der Kult einer „reinen Demokratie“ könnte sich so zu einer ideologischen Grundlage für kapitalistische Konterrevolution und Unterwerfung unter den Imperialismus entwickeln.

In den Köpfen der chinesischen Studenten und mehr noch der Arbeiter geht der Wunsch nach Demokratie einher mit glühendem Patriotismus für die Volksrepublik China. Der naive Glaube, die VBA würde niemals auf das Volk schießen, zeugte an sich von der tiefstehenden Unterstützung für die Revolution von 1949. Erstmals in der 4000jährigen Geschichte des chinesischen Staates hatten die arbeitenden Massen Chinas die Armee nicht als ein Instrument brutaler Unterdrückung

und Ausbeutung betrachtet.

Westliche Journalisten fanden *keinen* Demonstranten, der die Revolution von 1949 verurteilt, Mao diffamiert oder Tschiang Kajschek gepriesen hätte. Als ein paar Halbstarke Maos Porträt auf dem Tiananmen-Platz mit Farbe bespritzten, kam es zu einer allgemeinen Entrüstung, und jeder war überzeugt, dies sei das Werk von Li Pengs angeheuerten Provokateuren. Sofort wurde neben dem verunstalteten Bild ein Banner aufgehängt: „Dies wurde nicht von Studenten oder dem Volk getan.“

Noch überraschender und bezeichnender, eine Anzahl von Arbeitern trug auf Protestmärschen Bilder von Mao, kein Freund von Demokratie und Freiheit. Der Gründer von „Volks-China“ wurde aber der korrupten und zynischen Deng-Clique als Symbol für spartanische Tugend und kommunistische Ideale entgegengehalten. Der Londoner *Independent* (24. Mai) beobachtete: „Obwohl nur wenige eine Rückkehr zum dogmatischen Maoismus begrüßen würden, bietet die Vergangenheit doch für viele Chinesen eine ansprechende, wenn auch stark romantisierte Vision: die Preise waren stabil, die Kriminalität niedrig und Arbeitslosigkeit unbekannt.“

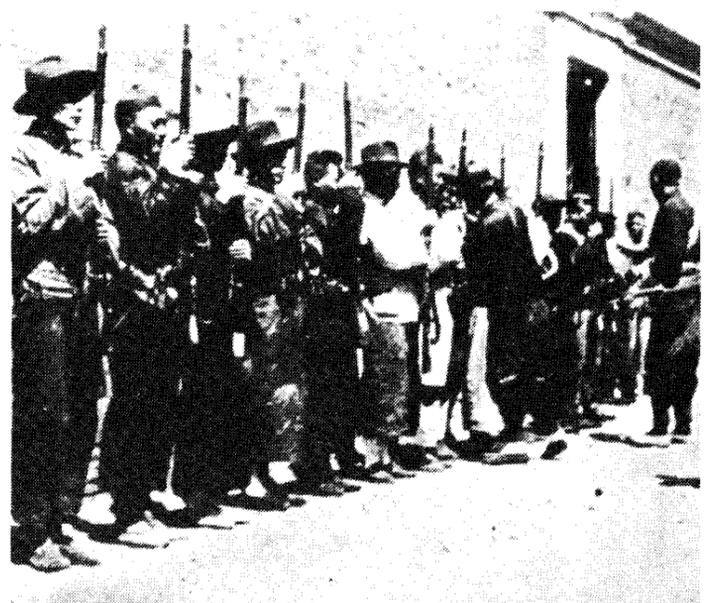
Zwar ist die Idealisierung der Mao-Ära bei manchen jungen Arbeitern sicherlich verständlich, doch ist dies bezeichnend für ihre traurige Unwissenheit über die eigene Geschichte. Maos „Großer Sprung nach vorn“ Ende der 50er Jahre war ein wahnsinniges wirtschaftliches Abenteuer – Hochöfen im Hinterhof – und endete mit völligem Zusammenbruch und weitverbreiteter Hungersnot. Die destruktive Raserei der Kulturrevolution – ein Jahrzehnt lang tobten Fraktionskämpfe innerhalb der Bürokratie – forderten ein Vielfaches an Todesopfern im Vergleich zum Massaker vom Tiananmen-Platz. Als Deng 1976 die maoistische „Viererbande“ hinauswarf, wurde er von der chinesischen Gesellschaft begrüßt, ganz besonders von den Intellektuellen. Studenten zeigten ihre Zuneigung, indem sie ihn mit seinem Vornamen grüßten: „Hallo, Xiaoping!“

Sowohl in China als auch im Westen werden Mao und Deng als politisch entgegengesetzte Pole betrachtet, doch sie repräsentieren nur *verschiedene Flügel* des chinesischen Stalinismus, zwei Seiten derselben Medaille. Die Verbrechen von Mao wie von Deng haben dieselbe Ursache, den *bürokratisch deformierten* Charakter der sozialen Revolution, die 1949 in China triumphierte. Diejenigen jedoch, deren Sicht auf die engstirnige Perspektive der stalinistischen Bürokratie beschränkt ist, betrachten die gegenwärtigen Erschütterungen in China und können nur eine „Konterrevolution“ entdecken. Die von der „Erneuerung“ erschütterte DKP ist jetzt völlig verstrickt in ihren aussichtslosen Versuch, Moskau, Ostberlin und Bonn gleichzeitig zu dienen. So kann u. a. Jürgen Polikeit in der *uz* nur noch beten, es möge den Pekinger Bürokraten gelingen, sich „auf den Weg des politischen Dialogs“ zu begeben (6. Juni). Wie andere nicht gerade unabhängige Journalisten auch, ringt er die Hände



Demonstranten in Schanghai, 19. Mai. Schanghaier Industrieproletariat ist entscheidend für Perspektive der politischen Revolution der Arbeiter

**Bewaffnete Arbeiter ergriffen 1927 die Macht in Schanghai. Stalin sagte den revolutionären Arbeitern, sie sollten ihre Schußwaffen an Tschiang Kajschek ausliefern. Dies führte zum blutigen Massaker**



A. Mondadori

über „aufrichtige Reformpolitik“ einerseits und die Gefahr der „Zerstörung der sozialistischen Gesellschaft“ andererseits.

### Für eine trotzkistische Partei in China!

Die imperialistischen Bourgeoisien verfolgen lüstern die jüngsten Entwicklungen im Sowjetblock. Manche, wie die westdeutsche Bourgeoisie, wollen die deformierten und degenerierten Arbeiterstaaten wirtschaftlich unterminieren. Andere, wie die Kalten Krieger in Washington, glauben anscheinend, Osteuropa würde ihnen in den Schoß fallen. Präsident Bush erklärte auf einer Pressekonferenz: „Die kommunistischen Bürokraten in Polen sollen sich in acht nehmen.“ (Über China äußert sich das Pack von Pentagon, CIA und Weißem Haus vorsichtiger: sie fürchten, sie könnten die „unschätzbaren“ Horchposten an der sowjetischen Grenze verlieren, die ihnen Peking bietet.) Die Rabiatoren in dieser Meute, wie der früher in Nixons Regierungstab tätige William Safire, verkünden die „Konterrevolution – der Bürgerkrieg – ist in vollem Gang“, von China bis zur Sowjetunion und darüber hinaus (*New York Times*, 5. Juni).

Der Bürgerkrieg bricht tatsächlich aus, aber die Entwicklung geht keineswegs nur in Richtung Konterrevolution. Washington handelte sich ein blaues Auge ein, als es nach dem sowjetischen Rückzug aus Afghanistan versuchte, Jalalabad einzunehmen. Bush erklärte dann dem mickrigsten aller Winkeldespoten der Welt, Panamas Noriega, den Krieg – und kam nicht vom Fleck. Ständig verliert er den „Friedens“krieg mit Gorbatschow und schaffte es gerade eben so, den NATO-Gipfel ohne eine Spaltung mit den Deutschen zu überstehen, die den nuklearen Holocaust lieber woanders hätten. Bushs einzige Verbündete, die man kennt, sind Maggie Thatcher und der mexikanische Präsident (der dafür bezahlt mit massiver politischer Ablehnung und mit wachsender sozialer Unzufriedenheit in Mexiko). Und jetzt muß-

te er auch noch die Lieferungen von Militärgütern an seine chinesischen Verbündeten einstellen.

Zwar gibt es zahlreiche prokapitalistische Elemente in China mit engen Verbindungen zu chinesischem Kapital in Hongkong, Taiwan und Singapur, doch die gegenwärtigen Proteste sind nicht auf eine Konterrevolution ausgerichtet, sondern sie zielen in die *entgegengesetzte* Richtung, denn sie nähren sich von der Unzufriedenheit über die prokapitalistische Wirtschaftspolitik des Deng-Regimes. Diese versprach Konsumgüter und lieferte sie auch... doch nur an die privilegierten kleinbürgerlichen Schichten. Sie haben Wind gesät, jetzt ernten sie den Wirbelsturm der politischen Revolution. Am Tiananmen-Platz begann eine Pekinger Kommune Gestalt anzunehmen. Außerdem ist es eine politische Revolution ohne die Anwesenheit sowjetischer Truppen und ohne die Komplikationen einer fühlbaren nationalen Unterdrückung – anders als Ostberlin 1953, der ungarische Arbeiteraufstand 1956 oder der Prager Frühling 1968.

Die zentrale Schwäche des ungarischen Aufstandes bestand darin, daß es keine leninistische kommunistische Partei gab, die ihn geführt hätte. Wie wir in unserem Artikel „Political Revolution in Hungary – Ten Years After“ (Die politische Revolution in Ungarn – zehn Jahre danach, *Spartacist*, englische Ausgabe Nr. 8, November/Dezember 1966) schrieben: „Eine revolutionäre Partei in Ungarn hätte nicht nur die Aufgabe wahrgenommen, die ungarische Arbeiterklasse zur Eroberung der Staatsmacht zu führen, sondern sie hätte als Sektion einer disziplinierten *internationalen* Partei auch zu der lebenswichtigen Aufgabe beigetragen, die Aufstände in anderen europäischen Ländern vorzubereiten und zu führen.“ Und in einem weiteren Artikel in der gleichen Ausgabe stellten wir über Maos „Kulturrevolution“ fest:

„Die Zerstörung des Maoismus in China durch das Proletariat wird den ausgebeuteten Massen Asiens das Tor zum Sieg aufstoßen und den revolutionären Kampf in Vietnam, Indien und Japan beschleunigen. Arbeiterregierungen in diesen Ländern, besonders im industriell fortgeschrittenen Japan, können wiederum China dabei helfen, den gegenwärtigen Kreislauf seiner Wirtschaftsentwicklung mit dessen brutal einengenden Grenzen zu durchbrechen.“

Die bolschewistische Russische Revolution von 1917 stützte sich im wesentlichen auf das städtische, klassenbewußte Industrieproletariat, das von einer kommunistischen Avantgardepartei geführt wurde, die fortgeschrittene Arbeiter mit marxistischen Intellektuellen vereinte. Die Chinesische Revolution stützte sich auf eine Bauernarmee (d. h. auf eine kleinbürgerliche Armee), die von deklassierten Intellektuellen wie Mao und Deng geführt wurde. Von seiner Entstehung an hatte das maoistische Regime einen kleinbürgerlichen *bonapartistischen* Charakter; es versucht, über allen Klassen der chinesischen Gesellschaft einen Balanceakt zu vollführen. Damit die Arbeiterklasse die *politische Macht* erobern kann, braucht sie also eine weitere Revolution. Diese Revolution hat jetzt begonnen.

Nach Workers Vanguard Nr. 479, 9. Juni

## Kämpfer für Recht auf Abtreibung und menschliche Würde

# Dr. Theissen darf nicht hinter Gitter!

Am 5. Mai wurde der Gynäkologe Dr. Horst Theissen vom Memminger Landgericht wegen Verstoßes gegen die Paragraphen 218a und 219 zu zweieinhalb Jahren Gefängnis und drei Jahren Berufsverbot verurteilt. Dieser monströse Abtreibungsprozeß ist beispiellos in Westdeutschland. Dr. Theissen – aber auch die Staatsanwaltschaft – hat Revision gegen das Urteil eingelegt. Der Angriff auf Dr. Theissen muß zurückgeschlagen werden!

Der sieben Monate währende Prozeß und das Urteil haben in ganz Westdeutschland heftigen Protest ausgelöst. Der Paragraph 218 ist überall in der Bevölkerung tief verhaßt. Veranstaltungen mit Dr. Theissen in einer Reihe von Städten, die seit Mai laufen, Schlagzeilen, Berichte in Rundfunk und Fernsehen zeigen breite, leidenschaftliche Unterstützung für ihn und die Hunderte Memminger Frauen und Männer, die Opfer der staatlich angeleiteten Hexenjagd geworden sind.

Diese Hexenjagd wird als das angesehen, was sie auch ist: ein Angriff auf alle demokratischen Rechte. Doch um diesen Angriff zurückzuschlagen, ist es notwendig, die soziale Macht der organisierten Arbeiterbewegung zu entfesseln. In einer öffentlichen Veranstaltung in Hamburg mit Dr. Theissen am 23. Mai, von Hunderten besucht, war sogar die Rede von „Generalstreik“! In der Diskussion betonte eine Sprecherin der Troztkistischen Liga Deutschlands:

„Die Ernst Breits denken nicht im Traum daran. Aber wenn die Gewerkschaften auf die Straße gegangen wären, als dieses schändliche Urteil gegen Dr. Theissen gefällt wurde, würden wir heute über etwas ganz anderes reden. Das zeigt nur noch mehr, daß die Gewerkschaften durch andere Hände und Köpfe geführt werden müssen, die nicht Angst haben, die Interessen von Frauen und allen arbeitenden Menschen zu verteidigen...“

Und das zeigt nur noch mehr, wie sehr wir eine andere Art von Regierung brauchen, eine wirkliche Arbeiterregierung, die die Interessen von uns allen verteidigt.“

Im folgenden drucken wir ein Gespräch mit Dr. Theissen ab, das die Spartakist-Redaktion mit ihm am 24. Mai in Hamburg geführt hat.

### Interview mit Dr. Horst Theissen

**Spartakist:** Dr. Theissen, wie sind Sie zu dem geworden, was Sie sind?

**Dr. Theissen:** Im wesentlichen bin ich dazu gekommen, weil ich bemerkt habe, als ich in der Praxis war, daß das Instrumentarium, was wir an der Universität und in der Aus- und Weiterbildung später gelernt haben, daß das für den Praxisalltag ungeeignet ist. In der Praxis kriegen Sie Konflikte vorgesetzt, die man lösen können sollte und die man auch lösen müßte, wozu ich kein geeignetes Instrumentarium vorfand. Deshalb habe ich frühzeitig psychosomatische Kurse besucht, Balint-Gruppen und Selbsterfahrungsgruppen, damit man besser und vernünftiger Lösungen herbeiführt, als sich mit der Rolle einer „Feuerwehr“ zufrieden zu geben.

Ich habe dann auch gemerkt, daß das normale Management in der Geburtshilfe, in der Verhütung, in der Gynäkologie mich nicht befriedigte – weil ich eigentlich von der Geburtshilfe herkomme, so komisch das auch im Kontext klingen mag. Ich bin Gynäkologe geworden, weil ich im Krankenhaus ganz gern die Geburtshilfe gemacht habe.

Mit der Schulmedizin war ich sowieso schon unzufrieden, dann habe ich die Zusatzbezeichnungen für Naturheilverfahren und Homöopathie erworben. Ich mache auf dem Gebiet weiter. So kam diese bunte Palette zustande; aus dem Grund aber, weil ich mit dem tradierten Kanon unzufrieden war und weil ich mich selber und mein



Dr. Horst Theissen: Verurteilt wegen seiner Überzeugung, daß Frauen Menschenrechte haben

Selbstverständnis ernst nahm. Dann mußte ich Konsequenzen daraus ziehen und mich nicht immer in die Schmollecke zurückziehen. Das bringt nichts und für die Patientinnen erst recht nichts.

**Spartakist:** Wo haben Sie studiert?

**Dr. Theissen:** In Freiburg, dann war ich in Erlangen, in Essen, dann in Hamburg und Göttingen. Dort habe ich die Examen gemacht. Ich habe ein bißchen bei den Studentenaktionen mitgemacht in Freiburg – das war ja damals noch möglich, daß man das Studium mit anderen Aktivitäten verbunden hat. Im November 1974 hab ich mich niedergelassen, und war damals der einzige niedergelassene Gynäkologe in Memmingen.

**Spartakist:** Wie sah das aus mit der Frauenmedizin in Memmingen?

**Dr. Theissen:** Es gab zwei Krankenhäuser. Die Frauen waren gezwungen, ins Krankenhaus zu gehen. Da haben dann die Chefs die Ambulanz gemacht. Was ich nach wie vor nicht gut finde, weil die Chefs dazu da sind, sich um ihre Patientinnen im Krankenhaus zu kümmern. Chefärzte haben lukrative Praxen im Krankenhaus von der Größe normaler Praxen. Schwangerschaftsabbrüche werden da auch jetzt noch nicht gemacht. Die Wohlsituationen haben noch nie Schwierigkeiten gehabt, einen Abbruch zu erhalten.

Ich habe halt ganz gewöhnliche gynäkologische Pionierarbeit leisten müssen. Die Leute waren nicht gewohnt, daß sie zu einem niedergelassenen Gynäkologen gehen könnten. Sie wußten nur: wenn man gynäkologisch krank ist, geht man ins Krankenhaus zu einem Chefarzt. Alles andere hat sich praktisch von selbst ergeben: ob das nun Abtreibungen oder Hausgeburten oder Naturheilmittel war. Weil ich ein sehr gutes Verhältnis zu den Patientinnen hatte, haben sie mir zum Teil gesagt, dies oder jenes finden sie nicht gut.

**Spartakist:** Die Leute haben Sie langsam akzeptiert.

**Dr. Theissen:** Das hatten sie. Ich akzeptierte sie auch. Ich habe eine lockere Praxisatmosphäre geschaffen, und dann hatten die Leute auch Zutrauen, mit mir ganz offen zu reden. Das kann man nicht erzwingen.

So kam es auch zu der Abtreibungsfrage. Weil ich gesagt habe: es ist einfach zu wenig hilfreich, die Leute immer wegzuschicken. Und ich habe die Abbrüche anfangs auch offiziell machen dürfen. Die kassenärztliche Vereinigung hatte mir sogar eine offizielle Genehmigung erteilt.

Wir hatten das alles schriftlich und bekamen 1980 die Mitteilung, daß Abbrüche in

der Praxis nicht mehr erlaubt seien. Es war ein neues Gesetz erlassen worden. Dann war natürlich für mich die Frage, soll ich mich dem beugen, oder soll ich nicht dasselbe weitermachen, was vorher alles korrekt und einwandfrei war; bin ich nicht sogar verpflichtet, das weiter zu machen?

In den Krankenhäusern wird die Kürette angewendet; in der Praxis die Absaugmethode. Sie ist sehr viel schonender, das ist eigentlich allgemein bekannt. Aber wenn die Leute nach München in die Kliniken gingen, dann wurde eben ausgeschabt. Das war mit vier bis fünf Tagen Krankenhausaufenthalt verbunden.

Ich habe mir gesagt: wenn das vorher normal und rechtens war und medizinisch einwandfrei, warum soll ich mich jetzt anders verhalten, auch wenn es juristisch eine neue Situation gibt? Und zweitens hab ich gesagt, warum soll den Bayerinnen ein Eingriff verwehrt werden, der in Hamburg, Bremen, Nordrhein-Westfalen und Hessen gestattet ist, aufgrund des Föderalismus in Deutschland? Und zum dritten hab ich gesagt: die Methode ist eindeutig für die Patientin unschädlicher, auch braucht keine Vollnarkose gemacht zu werden. Ich bin dazu da, den Leuten die schonendsten Verfahren anzubieten, die es in der Medizin gibt, also, wie der Bundeskanzler sagt, „Schaden vom Volk abzuwenden“. Sonst hätte ich ja vor meinem ärztlichen Selbstverständnis die Patientinnen zu Patientinnen erster und zweiter Klasse gestempelt, weil ja speziell in Bayern und Baden-Württemberg der ambulante Abbruch nicht gestattet ist. Aus diesen ganzen Überlegungen heraus habe ich mir gesagt: dann mache ich halt weiter. Das mußte ich alleine entscheiden.

**Spartakist:** Als dann die anonyme Denunzierung kam, wie lief das ab?

**Dr. Theissen:** Die Steuerfahndung kam in die Praxis und gleichzeitig nach Hause. Und zwar kam sie nicht direkt in der Praxiszeit; sie haben gedacht, gegen 12 muß der Praxisbetrieb langsam zu Ende sein. Aber dem war nicht so, ich arbeitete noch voll. Es waren noch Patientinnen da. Und da war natürlich eine wahnsinnige Aufregung. Da war eine Krebspatientin da, mit der ich sprechen mußte. Das paßte den Herren von der Fahndung natürlich gar nicht. Sie waren ungehalten; sie wollten sofort die Durchsuchung vornehmen.

**Spartakist:** Diese erste Beschlagnahmung, wann war das?

**Dr. Theissen:** Das war im September 1986.

Und da hat man diese spezielle Kartei ganz mitgenommen. Es waren über tausend Karten. Und dann kamen sie im Frühjahr 1987 nochmals, ins Wohnhaus und in die Praxis. Und dann suchten sie wieder im Wohnhaus und in der Praxis alles durch.

Was eigentlich noch viel schlimmer war und skandalöser ist, daß sie dann ein drittes Mal kamen. Das war wahrscheinlich ein abgekartetes Spiel. Ich kam freitags in U-Haft. Ich war überfordert mit dieser Situation; meine Frau und die Kinder waren in Urlaub, und am Montag darauf sitzt die Kriminalpolizei in der Praxis, in den Räumen verteilt, und ging jetzt die gesamte laufende Kartei, die in der Anmeldung lag, nochmals einzeln durch, jedes Blatt. Sobald man feststellte, da war eine Eintragung über eine Beratung, ein beratendes Gespräch oder psychologische Beratung, wurde geargwöhnt: aha, das ist ein beratendes Gespräch vor einem Abbruch, die Karte nehmen wir mit – auch Karten von 50jährigen Frauen, bei denen man ja annehmen muß, daß sie bestimmt nicht mehr schwanger sind. Die Leute saßen drei oder vier Tage da. Immer ein ganzer Stab, in allen Räumen verteilt. Es war unmöglich, Praxis zu machen.

Warum das gemacht wurde? Weil ich nach der ersten Durchsuchung noch Abbrüche gemacht habe. Und wie es der Zufall so will, wurde eine junge Patientin, bei der nach der ersten Durchsuchung ein Abbruch gemacht wurde, wegen anderer Verstrickungen verhört, wobei dann auch ihr Schwangerschaftsabbruch herauskam – ein totaler Zufall. Das kommt vielleicht alle 15 Jahre einmal vor, aber es kam just da vor. Und darum sind sie massiert nochmals angerückt, weil sie gedacht haben, der hat das in großem Stil weitergemacht.

**Spartakist:** Und die haben Sie mitgenommen und eingesperrt?

**Dr. Theissen:** Das war die Folge des juristischen Vorgehens meines damaligen Rechtsanwalts.

**Spartakist:** Sie haben noch andere Anwälte am Anfang gehabt. Stimmt es, daß in dieser Rechtsanwaltskanzlei auch der ehemalige Innenminister Zimmermann gewesen ist?

**Dr. Theissen:** Ja, ja, er ist jetzt auch noch da. Aber der firmiert nur als Name und ist offiziell Sozialis, aber macht nicht mit.

**Spartakist:** Und wann haben Sie gewechselt?

**Dr. Theissen:** Kurz nach der U-Haft. Ich habe gemerkt: das ist keine anwaltliche Vertretung, wie ich sie mir vorstelle. Das ist wie mit den Ärzten: wann weiß ich, daß das nicht der richtige ist? Ist das der Arzt meines Vertrauens? Wie kann man das entscheiden? Ich hatte jedenfalls das Gefühl, daß dieser Anwalt nicht der richtige war.

**Spartakist:** Besonders, als Sie schon saßen.

Einzelpreis DM 2,-

**Women and Revolution**

International Women's Day 1986

**Labor Must Defend Abortion Rights!**

WOMEN'S LIBERATION SOCIALIST REVOLUTION!

**Abonniert!**

Interview with Bill Baird  
Fighter for Women's Right to Abortion...

West Germany: Hundreds Picketed in Anti-Abortion Walkout!  
Night Watchers: Soviet Women Combat Pious Fights Near Germany  
Smash Islamic Reaction: Say to the Veil: Battle for Abortion  
Black Freedom, Women's Rights and the Civil War...18

Zeitschrift der Frauenkommission der Spartacist League/U.S.

3 Nummern: DM 10,- (Luftpost)  
DM 7,- (Seepost)

Zu beziehen über: Verlag Avantgarde  
Postfach 11 02 31, 2000 Hamburg 11  
Postgirokonto Frankfurt 119 88-601

**Dr. Theissen:** Da hatte ich viel Zeit zu überlegen.

Wenn ich einen Anwalt gehabt hätte, der mich anders beraten hätte, dann wär das schon gleich anders gelaufen, erst recht die ganzen Verhandlungen danach.

Die Frauen sind auch falsch beraten worden. Die Frauen haben Angst. Die Frauen fürchten sich. Wie ich gesagt habe, sie fürchten mehr das Gerücht als das Gericht. Sie sind erledigt, sie sind gedemütigt, sie sind geächtet, wenn so was rauskommt. Und darüber soll man sich Gedanken machen, über dieses gesellschaftliche Problem.

**Spartakist:** Mehrere in Memmingen waren gefährdet, Immigrantinnen, die mit Abschiebung bedroht wurden.

**Dr. Theissen:** Ja, das war natürlich die dilettantische Memminger Administration im Rathaus – die sich auch mal zu was melden wollten und zeigen, daß sie da sind. Wie immer in Deutschland, wenn Beamte mit Dingen konfrontiert werden, mit denen sie überfordert sind. Nachher, als dann alle Welt sagte, das ist doch unverhältnismäßig, warum habt ihr so heftig reagiert, dann macht man wieder große Ausflüchte. Aber das hätten sie sich natürlich vorher überlegen müssen. Die haben die Frauen angeschrieben, die Strafanzeigen hatten, daß das für sie negativ sein kann, daß sie möglicherweise mit Ausweisung rechnen müßten, wenn noch einmal eine Straftat dazukommt.

**Spartakist:** Wir haben von Leuten in Memmingen immer wieder gehört, daß sehr viele von den Zeuginnen, die vorgeladen wurden, ausländische Frauen sind, und daß sie schlecht oder überhaupt nicht beraten und wegen ihrer Unkenntnis ausgenutzt wurden.

**Dr. Theissen:** Ja, sie wurden halt zumindest länger verhört als die anderen. Mit den Ausländerinnen haben sie angefangen, und speziell Türkinnen. Wir haben daraus geschlossen, daß die sich, eh sie mit den deutschen Zeuginnen anfangen, erst mal an den Ausländerinnen versuchen.

**Spartakist:** Wie weit sie gehen konnten?

**Dr. Theissen:** Ja. Und die haben sie besonders peinlich und ausführlichst befragt nach allem möglichen. Aus welchem Ort und nach Verwandten und nach den Eltern, und – weil wir das moniert hatten – mit dem Hinweis immer: ja, sie müßten erst das Umfeld ausleuchten, um das Ganze zu erhellen. Das ist alles eine Schnüffelei gewesen. Denn was nützt es, festzustellen, ob der Mann aus einem Ort mit 70 000 Einwohnern kommt, bei der Erforschung der Gründe für einen Abbruch?

Sie haben alles dann noch eingeteilt in die einzelnen Anbauzonen in der Türkei – in die Haselnußzone und in die Tabakzone. Und das war ihnen dann alles geläufig. Man hätte fast darüber lachen können, wenn sich die Richter hervortaten und sagten: ach so, das Gebiet gehört zur Haselnußzone, und dieses Gebiet gehört zur Tabakzone. Dann war ja auch ein Dolmetscher da, der noch übersetzen mußte, wenn die Frauen Schwierigkeiten hatten, der auch eingehend zu den ethnischen Problemen gehört wurde – gewisse Verhaltensmodalitäten der Patientinnen, die für uns teilweise fremd waren.

Zum Beispiel für eine Frau in der türkischen Gesellschaft: was es bedeutet für eine Frau, aus einer dörflichen Gegend zu sein und jetzt in Deutschland zu leben, und auch die Beziehung zur Familie; die Türkinnen werden eingebunden in die Familie. Diese ganze Problematik hat dieser Dolmetscher beleuchtet, um das Ganze zu besprechen.

**Spartakist:** Und das wurde alles vorm Gericht besprochen?

**Dr. Theissen:** Ja. Ich habe auch die „Verhörzeit“ gestoppt, weil mir das alles so lächerlich vorkam. Ich hab immer wieder die Uhr gestoppt und geschaut: 30 Minuten, in denen nur über die Heimatgegend gesprochen wurde. Immer nur über diese Probleme. Es nahm und nahm kein Ende. Es fing immer an mit der völkischen Herkunft, mit den Verdiensten, mit den PKWs, mit den Schulden usw. – zuerst die finanzielle Situation, immer. Ich fand das falsch. In der Medizin, wenn Sie mit einem perforierten Blinddarm in die Klinik kommen, dann fragen sie auch nicht: welche Kasse Sie haben und wo wohnen Sie, wo sind Sie versichert usw. Man muß operieren.

**Spartakist:** Die Medizin kommt zuletzt.

**Dr. Theissen:** Wenn sie vorher auf die Konfliktsituation eingegangen wären, dann hätten sich diese endlosen Befragungen in den

meisten Fällen erübrigt. Zum Beispiel: eine Patientin hatte ein außereheliches Verhältnis mit Schwangerschaft, und der Mann wußte nichts davon. Da wurde endlos gefragt: was verdient er, was verdienen Sie und was haben Sie für ein Haus und alles mögliche, und das ist doch Quatsch. Immer nach denselben Stereotypen wurde da vorgegangen. Man braucht nur ein bißchen Einfühlungsvermögen, und da hätte man feststellen können, daß das eine sehr eindeutige Indikation ist.

**Spartakist:** Der Vergleich drängt sich auf – die große Lüge. Wenn man es oft genug erzählt, dann sind Sie schon als „Staatsfeind“ abgestempelt.

**Dr. Theissen:** Das sind Menschen, die wollen Schablonen aufsetzen. Dann sind sie von vornherein von einem Fanatismus beseelt. Sie wollen eine bestimmte Vorgabe erfüllen. Das ist auch praktisch das Feindbild, das man von mir gemalt hat. Viele in Memmingen wissen, daß das Blödsinn ist, daß ich nicht so bin. Die Richter – entweder leben sie in einer anderen Welt, haben keinen Bezug zur Realität und zur Bevölkerung, oder sie sind Ignoranten und desinformiert, oder, was in diesem Fall doch wahrscheinlicher ist, sie wollten einfach bzw. mußten verurteilen.

**Spartakist:** Es wurde viel darüber berichtet, daß das bayerische Justizministerium im Hintergrund stand.

**Dr. Theissen:** Da will ich mich nicht beteiligen an den Spekulationen, das ist müßig, aber die ganze Aufmachung des Prozesses war offensichtlich darauf angelegt, ein politisches Exempel zu statuieren und auch mich zu vernichten.

**Spartakist:** Sie haben die Hälfte der Fälle dann vorläufig eingestellt.

**Dr. Theissen:** Ja, das ist natürlich ein guter Gag, eine gute publizistische Geschichte.

**Spartakist:** Und das waren nicht Fälle, die verjährt sind?

**Dr. Theissen:** Alle haben spekuliert, nach welchem „Strickmuster“ sie vorgegangen sind, warum gerade diese 156 Fälle genommen wurden. Ich bin immer viel zu sehr dazu geneigt, denen zu unterstellen, daß eine gewisse Logik dahinter steckt. Sicher haben sie vordergründig gedacht: aha, damit können sie die Anklage besonders gut rechtfertigen.

**Spartakist:** Ihnen ist ja der Paß eingezogen worden.

**Dr. Theissen:** Ich war sieben Wochen in U-



**Memmingen, 10. September 1988: TLD-Sprecherin (rechts) sagt auf Demonstration zur Verteidigung von Theissen und anderen: „Am liebsten wären wir hergefahren mit ein paar hunderttausend IG-Metallern und ÖTVlern. Denn die organisierte Arbeiterbewegung ist die einzige Kraft, die mit dieser Hexenjagd aufräumen kann... Es gibt einen Weg, um mit dieser Hetze aufzuräumen. Und das ist durch Klassenkampf, daß die ganze Arbeiterbewegung dagegen kämpft.“**



Spartakist

stisch, weil es jeglicher juristischen Praxis widerspricht. Aber es hört sich gut an, wenn von der Staatsanwaltschaft dann dreieinhalb Jahre Haft gefordert werden, so daß jeder denkt, ach, so hoch ist die Bestrafung ja nicht.

**Spartakist:** Die sind vielleicht nicht so zufrieden wegen der ganzen Unterstützung, die Sie reichlich bekommen haben.

**Dr. Theissen:** Ja, doch. Bei dieser Thematik glaube ich nicht, daß man einen größeren Zuspruch kriegen kann. Die Konstellation ist so, daß viele Leute sagen: das ganze Drum und Dran ist so unmöglich und eines Rechts-, Kultur- und zivilisierten Staates unwürdig. Die Leute sagen: wo leben wir eigentlich?

Das ist unverkennbar und auch eindeutig nachgewiesen und von allen anerkannt, von Zeugen auch von der Staatsanwaltschaft, daß ich menschlich einwandfrei gehandelt habe und medizinisch korrekt vorgegangen bin, nur daß ich eben diese Formfehler begangen

möchte etwas tun für die medizinischen Laien, daß die nicht immer die Leidtragenden sind, die immer über den Tisch gezogen werden. Vielleicht in der Gesellschaft eine Bewegung – wenn das nicht so eine negative Assoziation hätte – gründen, für die Patienten, daß die eine kräftigere und leistungsfähigere Interessenvertretung haben, gegen die Ärzte, die Pharmaindustrie, die Krankenhausgesellschaft und die Apotheker. Das sind die vier großen Interessenvertretungen, die eigentlich am Medizinalbetrieb beteiligt sind. Die Patienten natürlich auch, aber die haben keinen Sprecher, keine Lobby, niemand, der für sie spricht. Und das finde ich ganz schlimm. Es ist immer so, daß derjenige, der die geringste Interessenvertretung hat, der Leidtragende ist. Der muß zahlen, über den fallen sie her, der ist es, der über den Tisch gezogen wird, und das sollte man ändern.

Ich glaube auch, wenn die Sache mit dem Paragraphen 218 nicht professionell gemacht wird, dann schläft das wieder ein. Die artikulieren dann tausendfach ihren Unmut, und drei Tage später ist alles wieder vergessen. Da muß einfach – wie die Trude Unruh von den Grauen Pantheren – jemand da sein, der sagt, hier, Herr Blüm, so geht das nicht. Hier, Herr Engelhard, so geht das nicht. Ich spreche für zwei Millionen, drei, vier oder mehr, ich spreche für eine größere Basis.

Diese Blumenkinder-Idylle – die Akademiker mit den Idealen, die sind zwar voll Begeisterung, aber sie machen es dilettantisch. Das wird dann niedergeschmettert; so clever und so professionell sind die Politiker immer noch – so dilettantisch sind sie auch wieder nicht –, daß sie zumindest den Widerstand bekämpfen können. Jetzt sind viele, die eigentlich nicht so direkt involviert sind oder die nicht so direkt mit dem Paragraphen 218 zu tun haben, auch motiviert, motivierbar und mobilisierbar. Und wenn jetzt nichts passiert, da muß man sich wirklich Vorwürfe gefallen lassen: warum habt ihr nichts getan?

**Spartakist:** Es ist interessant, weil: auf der einen Seite sieht es aus, als ob die Zeiten reaktionärer werden – mit den Republikanern usw. –, aber es gibt Leute, die dagegen was machen.

**Dr. Theissen:** So ist es! Das eine schließt das andere nicht aus. Die Verhaltensweisen der einen Seite ziehen Reaktionen der anderen Seite nach sich. Da vergessen sie sofort alle Prinzipien, wenn eine rechnerische Mehrheit zwischen Republikanern und C-Parteien sich ergibt. Dann kann Kohl zehnmal gesagt haben: mit den Republikanern nicht. Wenn sich eine Mehrheit ergibt, dann praktizieren sie sie auch.

**Spartakist:** Sie haben in der Talkshow in Bremen angesichts der ganzen Heuchelei das Wort Ausschwitz fallenlassen. Was haben Sie damit gemeint?

**Dr. Theissen:** Jasenovac. Es ist das jugoslawische Auschwitz. Weil die Frau Waschbüsch (Mitglied des Zentralkomitees der Katholiken – d. Red.) sich da gerühmt hat,

Fortgesetzt auf Seite 14

**Opfer des „Orthopäden“ Rupprecht Bernbeck, dem Dr. Mengele von Barmbek. 255 Patienten haben Anträge auf Schadenersatz gestellt. Aber es kostete acht Jahre, dieses Monster vor Gericht zu bringen, und am 8. Mai kam er mit einer Geldstrafe von DM 7000 davon. Wütende Patienten und ihre Angehörigen vergleichen dies mit dem harten Urteil gegen Dr. Theissen, der gerade deshalb verfolgt wurde, weil er ein Arzt ist, der sich um das Wohlergehen seiner Patientinnen kümmert**

Haft und wurde unter der Voraussetzung entlassen, daß ich gewisse Auflagen erfülle, die da heißen, daß ich mich jeden Mittwoch melden muß, bis 18 Uhr, 300 000 Mark Kaution hinterlegen und meine Ausweispapiere abgeben muß.

**Spartakist:** Und das haben sie gemacht seit 1987.

**Dr. Theissen:** Ja. Und das ist jetzt als dritter Punkt des Urteils nochmals bestätigt worden. Das finde ich eigentlich das Niederträchtigste an dem ganzen Urteil, weil das einfach nicht nötig gewesen wäre und weil man damit einfach nochmal hat zeigen wollen, was eine Harke ist. Diese Auflagen waren seinerzeit so begründet worden, daß ein hartes Urteil zu erwarten sei, und wir haben kein hartes Urteil im juristischen Sinne.

**Spartakist:** Nur von diesen Fällen, die verhandelt wurden, hat die Staatsanwaltschaft 53 Jahre Haft zusammengezählt.

**Dr. Theissen:** Ja, ja. Das ist aber unreali-

hab. Aber gerade die hat man nicht für das Urteil herangezogen. Im Grunde ist es grotesk. Denn selbst wenn ich das vorgeschriebene Prozedere eingehalten hätte, dann hätten sie genauso ermittelt, dann hätten die sagen können, die Indikationen sind auch ungültig. Die drehen und wenden die Argumente, wie es ihnen in den Kram paßt.

**Spartakist:** Und wie geht es weiter? Sie haben gestern gesagt, daß Sie gegen den Paragraphen 218 weiter vorgehen, daß er gestrichen werden muß.

**Dr. Theissen:** Ja, ja, das sowieso. Aber ich möchte das im Rahmen einer globaleren Strategie machen. Ich möchte grundsätzlich etwas für die Patienten tun. Ich muß mein Feld, was mich betrifft, bestellen. Ich möchte etwas für die Patienten tun, daß es denen eben nicht mehr so ergeht, wie da bei Professor Bernbeck. Auch in der Juristerei ist es mindestens so arg wie in der Medizin, obwohl die Medizin schon chaotisch ist. Ich

## Nein zum Schleier! Verteidigt afghanische Frauen!

# Jalalabad: Helft den Opfern der CIA-Mörderbanden!

Was würde passieren, wenn die „Heiligen Krieger“, finanziert und organisiert von den USA und assistiert von Westdeutschland, den Krieg um Afghanistan gewinnen? Frauen würden unter dem Schleier verklärt, Schullehrer erschossen. „Ehebrecher“ gesteinigt. „Gotteslästerer“ hingeworfen. Politische Flüchtlinge aus dem Ausland ermordet. Einfache Regierungsangestellte verurteilt. Schaut nur, was in Chomeinis Iran geschieht! Wir appellieren dringend an alle, die Frauenrechte verteidigen, an alle Verfechter von gesellschaftlichem Fortschritt, den Opfern des blutigen Kreuzzugs der Imperialisten materiell zu helfen. Euer Beitrag wird denen, die auf Leben und Tod gegen die CIA-Mörderbanden zu kämpfen bereit sind, eine Botschaft internationaler Solidarität sein.

Heute steht Jalalabad im Mittelpunkt der Schlacht. Die USA und ihre antikommunistischen Verbündeten sind in Stellung gegangen für den tödlichen Schlag. Ihre „Freiheitskämpfer“ bombardieren mit Tausenden von amerikanischen Raketen diese strategische Stadt; sollte sie fallen, wäre der Weg nach Kabul frei. Der amerikanische Präsident Bush hat schon einen Abgesandten an die „Regierung“ der Rebellen ernannt, und die pakistanische Präsidentin rief zu einer Föderation von Afghanistan und Pakistan auf, mit Pakistan als dominierendem Staat. Aber die afghanische Armee und die Bevölkerung von Jalalabad schlagen heroisch zurück. Sie haben den Ansturm zurückgeworfen; die Schlacht tobt weiter.

Die Mudschaheddin, die durch die USA schwer bewaffnet, durch Pakistan organisiert und durch saudiarabische und andere ausländische Streitkräfte verstärkt werden, fügen der Bevölkerung schreckliches Leid zu. Am 30. März trafen Raketen einen Sikh-Tempel in Jalalabad, in dem sich mehrere

hundert Sikhs und Hindus versammelt hatten; 22 Menschen, größtenteils Frauen und Kinder, wurden getötet.

Vor kurzem hat die afghanische Regierung einen Appell veröffentlicht:

„Um den Opfern dieser Angriffe zu helfen, ist von den besorgten Parteien und den Behörden der Republik Afghanistan eine breit angelegte Kampagne für humanitäre Hilfe auf nationaler und internationaler Ebene gestartet worden.“

Als Antwort auf diesen Appell hat das Partisan Defense Committee/USA eine Kampagne gestartet, um Mittel zu sammeln für die Opfer unter der Zivilbevölkerung Jalalabads. In Westdeutschland und Westberlin wird diese Kampagne aufgegriffen vom Komitee für soziale Verteidigung (KfSV). Wir rufen alle Arbeiter, unterdrückte Minderheiten und alle, die demokratische Rechte verteidigen, dazu auf, dieses Projekt zu unterstützen. Das KfSV ist eine klassenkämpferische, nichtsektiererische Organisation für rechtliche und soziale Verteidigung; dieser Zweck entspricht den politischen Ansichten der Trotzkiistischen Liga Deutschlands, Sektion der internationalen Spartacist Tendenz.

In den letzten neun Jahren haben Washington und seine Verbündeten Milliarden in die Unterstützung der afghanischen Konterrevolutionäre gepumpt, und jetzt werfen feudale, imperialistisch gestützte Staaten in der Region ihre eigenen Soldaten in den Bürgerkrieg. Die westlichen Medien haben die Mudschaheddin verherrlicht, als sie russische Soldaten umbrachten. Aber jetzt, nachdem die sowjetischen Truppen abgezogen sind, häufen sich Berichte in der gesamten bürgerlichen Presse über das Grauen, das die afghanischen Frauen in den pakistanischen Flüchtlingslagern erwarten: ihre Ehemänner, mit ihren reaktionären

sozialen Werten, lassen sie lieber sterben, als sie von einem Gynäkologen untersuchen zu lassen. Sogar in westlichen Ministerien wird Rebellen-Führer Hekmatyar ein „Faschist“ genannt. Seine Schläger haben früher auf der Kabuler Universität Säure auf Gesicht und Beine von Frauen geschüttet, die sich weigerten, den erstickenden, von Kopf bis Fuß reichenden Tschador zu tragen.

Bei einer Kundgebung in Kabul zum Internationalen Frauentag in diesem Jahr erklärte die 25jährige Fatima, Leutnantin in der afghanischen Armee: „Diese fanatischen Eiferer, die nur ihre Dollars von den USA wollen und die Freiheit, je ein halbes Dutzend Frauen zu besitzen, haben von uns nichts als den Tod zu erwarten.“

Dieser Krieg fing an, als die modernisierenden Nationalisten der Demokratischen Volkspartei Afghanistans im April 1978 in einem Land die Macht übernahmen, in dem die Arbeiterklasse kein soziales Gewicht hat. Sie wollten elementare demokratische Maßnahmen durchführen – den Brautpreis senken, Mädchen genauso wie Jungen das Lesen beibringen, Landreform. Als Reaktion darauf starteten die islamischen Mullahs, Stammesoberhäupter und Großgrundbesitzer einen blutigen Bürgerkrieg. 1979 wurde die Sowjetunion gerufen, massiv zu intervenieren, um Afghanistan, den südlichen Nachbarn, davor zu bewahren, an die US-gestützten Mudschaheddin zu fallen. Die internationale Spartacist Tendenz begrüßte die sowjetische Militärintervention, weil sie die Möglichkeit einer sozialen Revolution in diesem entsetzlich rückständigen Land eröffnete. Unter Gorbatschow jedoch sind die sowjetischen Streitkräfte zurückgezogen worden, um die amerikanischen kapitalistischen Herrscher zu beschwichtigen.

Trotz mehrerer und ernster Differenzen

mit der DVPA befinden wir uns unweigerlich auf derselben Seite, indem wir den militärischen Triumph der Reaktion ablehnen, eine Position, die unserer gesamten revolutionären Verteidigungspolitik zugrunde liegt. Vor zwei Monaten bot das Partisan Defense Committee/USA der afghanischen Regierung schriftlich an, „eine internationale Brigade zu organisieren, um bis auf den Tod ... zu kämpfen“, um den elementaren sozialen Fortschritt zu verteidigen, der in großer Gefahr ist. Die Kabuler Regierung hielt dieses Angebot für gegenwärtig nicht notwendig, aber sie hat jetzt das Partisan Defense Committee und andere gebeten, sich an einer internationalen Kampagne für humanitäre Hilfe zu beteiligen. Wir haben mit ganzem Herzen dieses Projekt in Angriff genommen und fordern Euch eindringlich auf, Eure Unterstützung großzügig zu geben. Jeder Pfennig, jede Mark, die gesammelt werden, werden nach Kabul in Afghanistan geschickt; alle Unkosten werden vom KfSV getragen.

Steht zu den Kämpfern und der Bevölkerung von Jalalabad: es geht um ihr Leben. Gebt direkte materielle Hilfe an die verwundeten und verkrüppelten Einwohner dort. Dieser Kampf ist im Gesamtinteresse der arbeitenden Massen.

Komitee für soziale Verteidigung  
10. April 1989

### Hilfsfonds Jalalabad für die Opfer unter der Zivilbevölkerung

Schecks an das KfSV, c/o B. Fiedler,  
Postfach 11 17 48, 2000 Hamburg 11  
Stichwort Hilfsfonds Jalalabad

Überweisungen auf das Konto:  
Werner Brand, Hilfsfonds Jalalabad,  
Hamburger Sparkasse,  
BLZ 200 505 50, Konto 1082 775 097

## Afghanistan ...

Fortsetzung von Seite 3

schaft, für ihre Sache zu sterben“.

Eine Frau sagte: „Wir wissen, daß Gulbuddin Hekmatyar (einer der sieben Hauptkommandeure der Mudschaheddin) Frauen wieder hinter dem Tschador versteckt haben will, aber wir werden töten, um zu verhindern, daß das geschieht.“ Weitere Mitglieder der Frauenmiliz, im Alter von 16 bis 50, schilderten, wie ihre Söhne und Männer von den Reaktionären ermordet worden waren. „Jetzt habe ich endlich einen Weg gefunden, wie ich Rache nehmen kann“, erklärte eine 36jährige Freiwillige, Ramia. Bei einer öffentlichen Feier in Kabul am 8. März, dem Internationalen Frauentag, wurde die Frauenmiliz, in der viele stolz ihre Kampfanzüge trugen, vorgestellt. Zu ihren Waffen gehörten Raketen, Mörser, Maschinengewehre und automatische Kalaschnikow-Sturmgewehre.

Die Kämpfe in Afghanistan sind weiterhin heftig. Die afghanischen Menschen haben bereits unermeßliche Opfer erlitten, und sie werden weiter leiden. Doch sie dürfen in ihrem Kampf nicht allein stehen. Das Partisan Defense Committee in den USA hat eine

dringliche internationale Kampagne gestartet (die in Westdeutschland vom Komitee für soziale Verteidigung aufgegriffen wurde, siehe Artikel in dieser Ausgabe): Helft den Opfern unter der Zivilbevölkerung in Jalalabad gegen die CIA-Mörderbanden! Die Schlacht um Afghanistan ist eine Schlacht für die Werktätigen und Unterdrückten überall auf der Welt. Ihr Ergebnis betrifft jeden Kämpfer für gesellschaftlichen Fortschritt, jeden Verteidiger von Frauenrechten.

Als die Rote Armee 1979 in Afghanistan intervenierte, hätten Sozialisten in der ganzen Welt keine Schwierigkeit damit haben sollen, in dem Bürgerkrieg eine Seite zu beziehen. Auf der einen Seite waren die Streitkräfte eines Arbeiterstaates, der trotz seiner bürokratischen Degeneration unter der stalinistischen Herrschaft die historischen proletarischen Errungenschaften der vergesellschafteten Industrie und Planwirtschaft verkörpert. Auf der anderen Seite waren die Kräfte mittelalterlicher Theokratie und feudaler Unterdrückung, die für die Verteidigung der Herrschaft der Landbesitzer, des Brautpreises und des Analphabetentums kämpften. Die internationale Spartacist Tendenz (Vorläuferin der Internationalen Kommunistischen Liga) begrüßte die sowjetische Intervention: „Hoch die Rote Armee!“ Wir sagten, daß der sowjetische Eintritt in den Bürgerkrieg den Weg zur Befreiung der afghanischen Völker freimachte, und warnen, daß ein Rückzug der Moskauer Stalinisten ein abscheulicher Verrat wäre.

Doch als der demokratische US-Präsident Jimmy Carter als Antwort auf die sowjetische Aktion den zweiten Kalten Krieg startete, stellten sich überall Pseudolinken hinter ihre „eigene“ imperialistische herrschende Klasse. Solche Reformisten verbrachten neun Jahre damit, zu schreiben, die Sowjets sollten abziehen und die blutrünstigen Mullahs an die Macht kommen lassen, im Namen der „Selbstbestimmung“. Nun, sie haben den Rückzug gekriegt, den sie haben wollten. Jetzt finden sie sich in einem Bett wieder mit Gulbuddin Hekmatyar und seinesgleichen. Eine Machtergreifung durch die afghani-



Porträt eines imperialistischen Zahlmeisters und seiner „Heiligen Krieger“: CDU-Bundestagsabgeordneter Jürgen Todenhöfer im Kreise der Mudschaheddin-Mörderbande

schen Mudschaheddin wäre bei weitem blutiger als der Sieg des reaktionären Chomeini in Iran, der ebenfalls von den verschiedensten Pseudosozialisten unterstützt worden war.

Najibullahs DVPA-Regime legt die begrenzten bisher erreichten Gesellschaftsreformen auf den Verhandlungstisch, im Austausch für „nationale Versöhnung“. Doch die Hauptverantwortung für die Beschwichtigung barbarischer Mullahs, Khane und Großgrundbesitzer in Afghanistan liegt nicht bei dem belagerten linksnationalistischen Regime in Kabul, sondern bei der stalinistischen Bürokratie in Moskau. Trotz der Opfer der sowjetischen Soldaten, die ihre internationalistische Pflicht erfüllten, hat die Kremlbürokratie nie um den entscheidenden militärischen Sieg gekämpft. Noch weniger wollten sie eine befreiende soziale Revolution durchführen, wie sie in den 20er Jahren mit Waffengewalt nach Sowjetzentrasien getragen wurde. Die Kremlführer hielten sich die Option offen, sich aus Afghanistan zurückzuziehen, um sich „verbesserte Bezie-

hungen“ zum westlichen Imperialismus zu sichern. Und jetzt hat Gorbatschow genau das getan.

Mit ihrem Rückzug aus Afghanistan haben die Moskauer Stalinisten nicht nur die afghanischen Massen verraten, sondern die sowjetischen Völker selbst. Gorbatschows Abzug wird unvermeidlich zu verstärkten imperialistischen Machenschaften an der Südgrenze der UdSSR führen, ob Najibullahs Regierung überlebt oder nicht. Die Verteidigung der UdSSR erfordert eine proletarische politische Revolution, die eine leninistisch-internationalistische Führung des Sowjetstaates wiederherstellt, und einen Kampf um sozialistische Revolution in den imperialistischen und den rückständigen kapitalistischen Ländern. Ein solches Programm der Weltrevolution kann nur unter der Führung einer trotzkistischen Partei erfolgreich sein, einer Partei, die das Heimatland der Oktoberrevolution bedingungslos gegen Imperialismus und Konterrevolution verteidigt. Dies ist die Partei, für deren Aufbau die Internationale Kommunistische Liga arbeitet. ■

## Kontaktadressen

### Hamburg:

Spartakist  
Verlag Avantgarde  
Postfach 11 02 31  
2000 Hamburg 11  
Tel.: (0 40) 33 17 94

### Westberlin:

Postfach 21 07 50  
1000 Berlin 21  
Tel.: (0 30) 8 82 39 64

# Hilfsfonds Jalalabad für die Opfer unter der Zivilbevölkerung

Wir listen hier die Spenden auf, die vom 9. April bis zum 2. Juni beim Hilfsfonds Jalalabad für die Opfer unter der Zivilbevölkerung eingegangen sind. Dieser Hilfsfonds wurde vom Partisan Defense Committee in den USA ins Leben gerufen und von Schwesterorganisationen zur rechtlichen und sozialen Verteidigung in Australien, Britannien, Frankreich, Italien, Kanada und Westdeutschland aufgegriffen. In jedem Land wurde ein spezielles Konto für die Spenden errichtet. Alle Spendengelder werden, sobald sie auf dem Konto eingehen, sicher an das Konto „Opfer in Jalalabad“ weitergeleitet, das die Botschaft Afghanistans in Paris eingerichtet hat. Alle anfallenden Kosten und alle Kosten, die entstehen, um die Kampagne für den Hilfsfonds Jalalabad in der Öffentlichkeit bekanntzumachen, trägt die rechtliche und soziale Verteidigungsorganisation im jeweiligen Land. Alle Spender erhalten eine nummerierte Quittung, und die Kassenbücher des Spendenfonds können von jeder wirklichen Organisation der Arbeiterbewegung eingesehen werden. Aufgelistet sind die Beträge, die auf das Konto der afghanischen Botschaft überwiesen wurden, die Beträge, die noch auf den Konten des Hilfsfonds Jalalabad stehen sowie die Summe dieser beiden Beträge, die der Gesamtsumme der Spenden entspricht, die in jedem Land gesammelt wurden. Die Summen werden in der Währung des jeweiligen Landes angegeben sowie in D-Mark (in Klammern, entsprechend den Wechselkursen am 1. Juni 1989).

	überwiesene Spenden	+ eingegangene Spenden (noch nicht überwiesen)	= Summe Spenden
<b>Australien</b>			
Partisan Defence Committee Quittungen Nr. 1-30	<b>A\$ 3.568,71</b> (DM 5.308,46)	<b>A\$ 0,00</b> (DM 0,00)	<b>A\$ 3.568,71</b> (DM 5.308,46)
<b>Britannien</b>			
Partisan Defence Committee Quittungen Nr. 1-100 & 2/1-2/84	<b>£ 3.712,57</b> (DM 11.583,22)	<b>£ 55,95</b> (DM 174,56)	<b>£ 3.768,52</b> (DM 11.757,78)
<b>Frankreich</b>			
Comité de défense sociale Quittungen Nr. 1/1-1/50 & 2/1-2/18	<b>FF 31.501,10</b> (DM 9.264,47)	<b>FF 0,00</b> (DM 0,00)	<b>FF 31.501,10</b> (DM 9.264,47)
<b>Italien</b>			
Comitato di difesa sociale e proletaria Quittungen Nr. 1-110	<b>L. 2.644.565</b> (DM 3.636,28)	<b>L. 0</b> (DM 0,00)	<b>L. 2.644.565</b> (DM 3.636,28)
<b>Kanada</b>			
Partisan Defense Committee Quittungen Nr. 95401-95479	<b>C\$ 3.531,33</b> (DM 5.798,44)	<b>C\$ 294,73</b> (DM 483,95)	<b>C\$ 3.826,06</b> (DM 6.282,39)
<b>USA</b>			
Partisan Defense Committee Quittungen Nr. 5001-5174	<b>US\$ 14.779,27</b> (DM 29.350,15)	<b>US\$ 401,25</b> (DM 796,84)	<b>US\$ 15.180,52</b> (DM 30.146,99)
<b>Westdeutschland</b>			
Komitee für soziale Verteidigung Quittungen Nr. 1-79	<b>DM 7.864,18</b>	<b>DM 0,00</b>	<b>DM 7.864,18</b>
<b>Summe international (in DM)</b>	<b>DM 72.805,20</b>	<b>DM 1.455,35</b>	<b>DM 74.260,55</b>

## Kampagne...

Fortsetzung von Seite 3

eigenen Erfahrung das Regime von Terror und Mord kennen, das ein Sieg der afghanischen Konterrevolutionäre mit sich bringen würde. An der Hamburger Universität malte ein Unterstützer der iranischen Gruppe Rahe Kargar ein Plakat mit den zentralen Losungen der Kampagne in Farsi, und er unterstützte uns, als uns ein Anhänger der afghanischen Mudschaheddin angreifen wollte. In Westberlin malten Unterstützer Plakate in Farsi und Türkisch. Bei einer Sammelaktion an der Mensa der Technischen Universität, wo viele Immigranten studieren, gaben besonders iranische Studenten gerne Geld „gegen die Mullahs“.

Asian Times, die führende englischsprachige asiatische Wochenzeitschrift in Britannien, druckte in ihrer Ausgabe vom 28. April einen Titelartikel über die Kampagne mit der Überschrift „Aufruf zur Hilfe für afghanische Zivilopfer“. Viele der Spenden, die das Partisan Defense Committee in Australien bekam, waren von Postarbeitern, unter denen es sehr viele verschiedene ethnische Gruppen gibt, einschließlich Türken, Griechen, Italiener, Araber und Slawen.

An der Universität von Wisconsin in Madison/USA legte ein älterer jüdischer Mann, der einen Stand zur Wehrdienstverweigerung hatte, Aufrufe des PDC aus. Als ein Student ihn bestürzt fragte, ob er denn die sowjetische Intervention in Afghanistan unterstütze, antwortete er wie aus der Pistole geschossen, die Sowjetunion sei wahrlich das einzige Land gewesen, das nicht „seine Juden den Nazis zum Fraß vorwarf“.

Viele Leute sahen in der Kampagne die Gelegenheit, sich gegen die blutigen Pläne ihrer „eigenen“ Herrscher zu stellen. CDU-Todenhöfer, der sich im Kreise seiner mörderischen Kumpane der Mullah-Möchtegern-Regierung ablichten ließ, wirbt für „humanitäre Hilfe“ für Afghanistan. Doch jeder weiß, daß das Geld, z. B. über den „Verein für Afghanische Flüchtlingshilfe“, entweder direkt an die blutrünstigen „Heiligen Krieger“ geht oder aber an die von ihnen und Pakistan kontrollierten Flüchtlingslager, in denen Frauen unmenschlichsten Bedingungen unterworfen sind, wie Ärzte, die dort gearbeitet haben, bezeugen. Angesichts dessen kein Wunder, daß bei allen Gelegenheiten, wo Geld für Jalalabad gesammelt wurde, viele Menschen sich wiederholt bestätigen ließen, daß das Geld „nicht zu den Mullahs“ geht.

Wir sammelten bei antifaschistischen Demonstrationen – etwa am 19. und 20. April in Hamburg-Horn und in Wilhelmsburg, wo sich viele Immigranten beteiligten – ebenso wie bei einer Veranstaltung zum Hungerstreik der RAF-Gefangenen, bei der DM 260 gespendet wurden. Die Trotzistische Liga Deutschlands hielt am 6. Mai in

Westberlin eine Veranstaltung unter den Parolen der Spendenkampagne ab. Redner war Genosse Fred Zierenberg, der 1980 an der Frankfurter Universität bei einem von afghanischen Reaktionären verübten Mordanschlag nur knapp dem Tod entging. Als bei der Mai-Demonstration in Westberlin diese Reaktionäre auftauchten, wurden sie auf Initiative der TLD-Genossen erfolgreich durch Gewerkschafter vom Platz getrieben.

Eine Genossin berichtete über eine Demonstration der ÖTV in Hamburg zur kata-

strophalen Situation im Gesundheitswesen, an der hauptsächlich Krankenschwestern und -pfleger teilnahmen: „Die Kampagne war sehr populär. Die meisten ... wurden schnell und leicht überzeugt, daß ein Sieg gegen die Reaktion in Afghanistan auch ein Sieg gegen die Reaktion in Westdeutschland ist – und, ‚Nein zum Schleier!‘ Diese arbeitenden, schlecht bezahlten Frauen haben gegeben, was sie konnten.“ In London spendeten Hafnarbeiter, die vor einer Auseinandersetzung mit der Thatcher-Regierung stehen. Ostindische Arbeiter in der New Yorker U-Bahn – deren Management etwa die gleichen Sicherheitsstandards anwendet wie Union Carbid in Bhopal – organisierten selbst eine Geldsammlung. Bei einer Arbeitseinstellungsstelle der Gewerkschaft der Seeleute in Melbourne gab jeder einzelne Seemann Geld – einer mit der Bemerkung, wenn der CIA hinter den Mullahs steht, dann ist er „gegen sie“. Es spendeten Gewerkschafter auf einem schottischen Kongreß in Aberdeen ebenso wie die Teilnehmer am Gründungskongreß der IG Medien in Hamburg. In Frankreich berichtete ein Organisator der Gewerkschaft der Eisenbahner, dessen Vater ein Führer der algerischen FLN war, er habe 570 Francs unter Freunden und Verwandten gesammelt.



Büchertisch der TLD am 1. Mai in Westberlin

Die Demonstrationen zum 1. Mai in der ganzen Welt boten eine großartige Gelegen-

heit, Unterstützung für die Kampagne zu mobilisieren. In Hamburg und Westberlin wurden dabei mehr als DM 1100 gesammelt. Ein Philips-Arbeiter, der gegen die Schließung seines Betriebs kämpft, gab mit den Worten: „Ich hab schon immer gesagt, daß das keine Freiheitskämpfer, sondern Banditen sind.“ In London wurden bei der Mai-Demonstration mit hauptsächlich türkischen Teilnehmern über 119 Pfund und bei einer Veranstaltung anlässlich der „Zweiten Internationalen Tamilischen Konferenz“

tut, haben für Jalalabad gespendet. Bei einer Demonstration in Rom für das Recht auf Abtreibung sammelte das Comitato di difesa sociale e proletaria umgerechnet ca. DM 600 für Jalalabad. Ein ehemaliger Führer der Jugendorganisation der italienischen KP nahm unser Megaphon und rief Leute auf, zu spenden. Und die Kommunistische Partei Britanniens (CPB – die Gruppe um die Zeitung Morning Star, die Gorbatschows Rückzug sklavisch unterstützt) beschloß bei zwei Veranstaltungen auf der Stelle, ihre eigene Sammlung für Afghanistan durchzuführen, nachdem Unterstützer der Spartacist League/Britain die Kampagne des PDC für Jalalabad angekündigt hatten.

Bei unserer Kampagne sind wir auf Neugier, Sympathie und Unterstützung in vielen Schichten der Arbeiterklasse und unter Minderheiten gestoßen, dagegen verhielt sich die westdeutsche antisowjetische „Linke“, deren Schlachtruf jahrelang „Russen raus aus Afghanistan“ war, im allgemeinen passiv und betont desinteressiert. Eine Korrespondenz, die das KfV erhielt, bemerkt in diesem Zusammenhang ironisch-treffend: „ich bin überrascht und erfreut, daß der Kampf gegen das ‚Reich des Bösen‘ in Afghanistan irgendwo in dieser Republik noch einen linken Verstand übriggelassen hat.“ Einige „Linke“ gaben explizit aus schlechtem Gewissen nach dem Motto: ich war ja immer gegen den Einmarsch, aber so schlimm, wie es heute ohne die Sowjets steht ... (Einige gaben eine Art „indirekter“ Unterstützung, indem sie bei der Zählung der Spendengelder halfen.)

Wir fordern euch auf, großzügig zu spenden, um den Opfern unter der Zivilbevölkerung zu helfen gegen die „Freiheitskämpfer“ Bushs und Kohls. Jeder Pfennig, jede Mark (und jeder Dollar, jede Lira, jeder Franc, Yen und Peso) wird nach Afghanistan geschickt. Dieser Kampf ist im Interesse aller arbeitenden Menschen! ■

über 40 Pfund gesammelt. Auch bei der Mai-Demonstration in Tokio wurden die Aufrufe verteilt und Spenden gesammelt. Aus Mexico City berichtet ein Unterstützer: wir „hielten kleine Reden, bevor wir sammelten, denen Hunderte Arbeiter zuhörten... Die Summe war nicht so groß, aber es ist ein armes Land und Leute gaben Münzen in der Größenordnung von einem Nickel“ (ca. 10 Pfennig). Von einer der Mai-Demonstrationen in Barcelona: Hilfe für die Opfer der Mudschaheddin in Afghanistan ist „populär in Spanien, einem Land, das einige Erfahrung mit proletarischem Internationalismus in verschiedenen Formen hatte, nicht zuletzt ruft die Idee von internationalen Brigaden Erinnerungen hervor. Auf der Demo am 1. Mai kam die enthusiastischste Reaktion von der stalinistischen Jugend“.

Die sowjetische Intervention in Afghanistan hat innerhalb der europäischen KPen scharfe Trennungslinien gezogen. Unter den oppositionellen „Hardlinern“, die bitter sind darüber, daß Gorbatschow die sowjetischen Truppen zurückgezogen hat – Teil seines globalen Programms, den Imperialismus zu beschwichtigen –, hat unsere Kampagne Wirkung gezeigt. Unterstützer der französischen KP in der unter stalinistischer Führung stehenden Gewerkschaft CGT, die verbittert darüber sind, daß ihre eigene Partei nichts

**Abonniert!**

**SPARTAKIST**  
einschließlich Spartacist

12 Ausgaben

Inland **DM 10,-**  
Ausland Seepost **DM 15,-**  
Luftpost **DM 30,-**

Zu beziehen über: Verlag Avantgarde,  
Postfach 11 02 31, 2000 Hamburg 11  
Postgirokonto Ffm 1 19 88-601

## IKL...

Fortsetzung von Seite 2

Jahren besaß. Dies sind die Früchte von Stalins Terrorherrschaft in der Sowjetunion, dem wiederholten Verrat an entscheidenden revolutionären Gelegenheiten und dem Maskeraden an prokommunistischen Kämpfern von China bis Spanien, Griechenland, Chile und Iran. Der Stalinismus hat Millionen von Antikommunisten produziert, und menschlicher Fortschritt wird mit der Idee des Kommunismus allgemein in relativ geringem Maße identifiziert. Doch die Funktionsweise des kapitalistischen Imperialismus bringt auf der ganzen Welt Millionen von subjektiven Kommunisten hervor – viele sind sich schmerzhaft darüber bewußt, daß eine authentisch kommunistische Führung fehlt, und das Programm des Leninschen Internationalismus kann große Wirkung erzielen.

### Das Land des Oktober ist in großer Gefahr – Alle Macht an Arbeiter-sowjets!

Wir sehen unter Gorbatschow den Versuch, die sowjetische Wirtschaft dahingehend „umzustrukturieren“, daß mächtige Kräfte zur kapitalistischen Restauration ermutigt werden, und das Ganze wird kombiniert mit einer „Diplomatie“ der anscheinend grenzenlosen Beschwichtigung gegenüber dem Imperialismus. Sie fordert in Afghanistan einen blutigen Preis (obwohl die Belagerung von Jalalabad durch die Mudschaheddin offensichtlich zurückgeschlagen wurde, sehr zur Bestürzung der amerikanischen Politstrategen und der pakistanischen Annexionisten), und sie droht verheerende Auswirkungen zu haben auch auf die arbeitenden Menschen von Nicaragua über das südliche Afrika bis Indochina. Jetzt drohen die nationalen Gegensätze in der UdSSR das Land der Oktoberrevolution auseinanderzureißen – dies wird durch die jüngsten „Reformen“ angespornt, „Marktsozialismus“ genannt, die die reicheren Republiken dazu ermutigen, größere Autonomie von ihren ärmeren Nachbarn anzustreben; aber sie wurden auch durch Jahrzehnte von großbrusischem Chauvinismus der Bürokratie genährt. Vor diesem Hintergrund können die Losung „freie Wahlen“ und Agitation für „nationale Unabhängigkeit“, besonders in den baltischen Republiken, nur ein durchsichtiger Deckmantel sein für das Programm der kapitalistischen Restauration. Besonders bedrohlich wäre die Ausbreitung der nationalistischen Unruhen auf die Ukraine. Die Antisemiten der einheimisch russischen Faschisten von „Pamjat“ sind bedrohlich gewachsen unter dem Schutz von Elementen der Bürokratie. Heute stellt die weitere Existenz der bürokratischen Kaste, Stalins Erben, eine unmittelbare und direktere Bedrohung für die Errungenschaften des Oktober dar als je zuvor: Es geht um nichts Geringeres als Bürgerkrieg. Nur dadurch, daß die arbeitenden Menschen ihren Staat zurückbekommen, d. h. durch die Herrschaft von Sowjets (Arbeiter- und Soldatenräten), kann das egalitäre Bewußtsein (der Gedanke, daß niemand von der Ausbeutung fremder Arbeitskraft leben soll), das in Teilen der sowjetischen arbeitenden Massen weiterhin tief verwurzelt ist, mobilisiert werden im entscheidenden Kampf, die Oktobererrungenschaften zu verteidigen.

Die Auswirkungen des sogenannten „Marktsozialismus“ zeigen sich deutlich in Osteuropa. In Polen eröffneten krasse Mißwirtschaft und plumpe Repression durch die stalinistische Bürokratie den Weg dafür, daß die Beschwerden der Arbeiter in eine reaktionär-klerikalistische gelbe Gewerkschaft kanalisiert wurden, im Interesse des für „freie Gewerkschaften“ tätigen CIA sowie der westlichen Bankiers und des Vatikan. Jeder Führer von Solidarność ist und war seit 1981 ein Verräter an der Arbeiterklasse im Interesse des NATO-Imperialismus. Das polnische Regime und Solidarność verkaufen heute das Land an den IWF und sind bereit zuzulassen, daß die historischen Zentren der Arbeiterklasse – die Arbeiter der Lenin-Werft, die Bergarbeiter in Katowice – zerstückelt werden. Die Saat des stalinistischen Schemas von „nationaler Autarkie“ ist jetzt aufgegangen – Nieder mit den stalinistischen

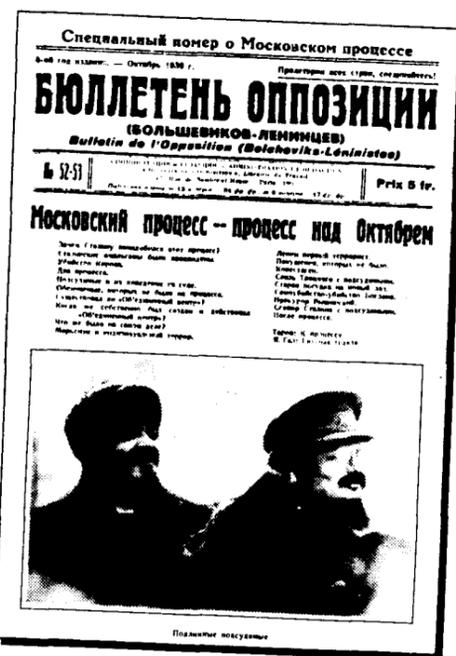
Nationalisten in Moskau und Ostberlin, die dem imperialistischen Weltmarkt gestatten, die Handelsbedingungen zwischen „brüderlichen sozialistischen“ Handelspartnern zu regeln! Schmiedet erneut die historische Bindung zwischen deutschem und polnischem Proletariat durch proletarisch-politische Revolution!

In China hat eine richtiggehende politische Revolution begonnen. Was als Studentenaufstand um vage Forderungen für mehr Demokratie anfing, griffen die arbeitenden Menschen Pekings auf: sie gingen auf die Straße, um durch ihre enorme Anzahl den Einsatz von Truppen gegen die Demonstranten abzublocken. Einige Einheiten verbrüderten sich mit den Massen; andere Einheiten wurden hingeschickt, um das Volk niederzuschießen. Ungeheurer Groll hat sich bei den Gehaltsempfängern aufgestaut gegen die Nutznießer vom „Aufbau des Sozialismus mit kapitalistischen Methoden“ – eine ausgewachsene NEP. Die einzig progressive Lösung liegt in der Einheit Chinas unter proletarischer Führung. Und dies zeigt unmittelbar die direkte Notwendigkeit für eine revolutionäre, leninistisch-trotzkistische Partei.

Stalin und Mao und all die Mini-Stalins und -Maos haben alles getan, was sie konnten, um „Kommunismus“ zu einem Schimpfwort zu machen, wenn es darum geht, das eigene Volk zu ermorden und kleine Konzessionen vom Imperialismus dadurch ergattern zu wollen, daß man seinen Handlager spielt, wie die Chinesen gegen Vietnam Amerikas militärischer Agent gewesen sind. Die Illusionen der chinesischen Studenten in „westliche Demokratie“ kommen teilweise daher, daß sie fälschlicherweise militanten Kommunismus mit Maoismus identifizieren – mit wirtschaftlichem Primitivismus und „Kasernensozialismus“, mit dem Großen Sprung nach vorn und der Kulturrevolution. Gleichzeitig singen die demonstrierenden Studenten die *Internationale*.

### Verfallender Imperialismus hat eine Verschnaufpause bekommen

Die kapitalistische Welt ist heute weiterhin durch die Zersetzung des kurzlebigen „amerikanischen Jahrhunderts“ geprägt: Aus der Verwüstung Europas und Japans im Zweiten Weltkrieg ging Washington als vorherrschende kapitalistische Macht hervor, seine „neue Weltordnung“ bröckelte aber schnell wieder ab. Das fing an mit der Chinesischen



### Der Kampf für die Kontinuität des Kommunismus von Lenin und Trotzki: Das Bulletin der Linken Opposition (Bolschewiki-Leninisten)

Revolution und Amerikas darauffolgendem Schulterschuß mit seinem früheren Feind Japan, nun das Bollwerk gegen die Ausweitung der Revolution in Asien. Es setzte sich fort mit der Kubanischen Revolution und wurde unterstrichen von dem schmutzigen, zum Scheitern verurteilten Krieg, den Washington gegen die Bauern und Arbeiter von Vietnam führte. Der amerikanische Kapitalismus, bedrängt durch scharfe Handelsrivalität mit Japan und das Verlangen des wieder aufsteigenden deutschen Imperialismus, seinen „rechtmäßigen“ Platz als der Führer

des kapitalistischen Europas einzunehmen, ist jetzt zur größten Schuldnernation der Welt geworden. Seine lebensnotwendigen Industrieanlagen verrotten und seine Exporte konzentrieren sich zunehmend auf Rohstoffe und Agrarprodukte. Gleichzeitig hält dieser verwundete kapitalistische Koloß an seinem Bestreben fest, von Lateinamerika bis zum Persischen Golf der Weltgendarm zu sein, und er besitzt ein Atomarsenal, das die Welt hundertmal zerstören könnte.

Der wiedererstarke bürgerliche Antisowjetismus der 80er Jahre, eingeleitet durch Jimmy Carters heuchlerischen Kreuzzug für „Menschenrechte“ und hochgepeitscht unter den unverhohlenen Kalten Kriegern Reagan/Bush/Thatcher, warf ein Schlaglicht auf die Ängstlichkeit und Demoralisierung der „Linken“. Der Nationalismus der westdeutschen „Linken“ drückte sich in Antiamerikanismus und Antisowjetismus aus und deckte sich mit den Appetiten ihrer „eigenen“ Bourgeoisie.

Das westdeutsche Kapital will die bürokratisch deformierten Arbeiterstaaten des Sowjetblocks durch massive wirtschaftliche Durchdringung unterminieren. Aber kapitalistische Restauration kann letztlich nicht „friedlich“ erreicht werden; die „Entspannungspolitik“ von deutscher Bourgeoisie, Sozialdemokratie und Grünen führt in Wirklichkeit zu blutiger Konterrevolution und imperialistischer Intervention in Mittel- und Osteuropa.

Heute sind die Kommunisten, deren Ziel die Eroberung der Staatsmacht durch das Proletariat und der Wiederaufbau der Gesellschaft auf einer neuen Grundlage ist, gleichzeitig die konsequentesten Verteidiger der Ideale der Aufklärung und der Errungenschaften der bürgerlichen Revolution: für das Recht, Waffen zu tragen; für die Trennung von Kirche und Staat gegen das Aufzwingen von religiösem Fundamentalismus als einem politischen Programm; gegen Zensur, ob durch „Schöpfungs“anhänger, die den Unterricht über Evolution verbieten wollen, oder durch „Antipornographie“-Feministen, oder durch die Verbrennung von Salman Rushdies „gotestlästerlichem“ Roman; gegen die rassistische Todesstrafe; für die Befreiung der Frau. In Britannien, wo die bürgerliche Revolution früh stattfand und unvollständig war, sagen wir: Nieder mit der Monarchie, der Aristokratie, den Staatskirchen – Für einen freiwilligen Verband von Arbeiterrepubliken auf den Britischen Inseln! In Japan, wo die bürgerliche Revolution spät stattfand und von oben kam, fordern wir die Abschaffung des Kaisertums – Für eine japanische Arbeiterrepublik!

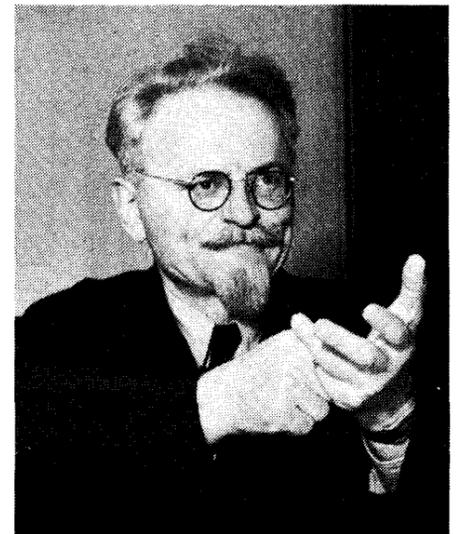
In einem Land, das nie eine erfolgreiche bürgerlich-demokratische Volksrevolution erlebte, besitzt der westdeutsche kapitalistische Staat eine Kontinuität, die über das Dritte Reich bis zurück zur Wilhelminischen Monarchie reicht. Der Wiederaufstieg des deutschen Nationalismus hat in Verbindung mit Bonns Abschiebe- und Austeritäts-Politik das Wachstum der faschistischen Kräfte angeheizt. Westdeutschlands gutorganisierte Arbeiterbewegung, mit ihrem strategischen Bestandteil an Immigranten, hat die Macht, die Faschisten zu zerschlagen. Um diese Macht zu entfesseln gegen die Sabotage der sozialdemokratischen Irreführer, ist es notwendig, eine internationalistische Arbeiterpartei zu schmieden, die mit dem trotzkistischen Programm bewaffnet ist.

### Krieg und Revolution

In seiner Schrift über den Imperialismus als Epoche des kapitalistischen Niedergangs zeigte Lenin, daß das System von Klassenbeziehungen jetzt (wie Marx analysiert hatte) zur Barriere für die Entwicklung der Produktivkräfte geworden war, die zu Rivalität und Krieg zwischen den imperialistischen Mächten führt, um die Beute der Welt neu unter sich aufzuteilen. Der erste imperialistische Weltkrieg brachte den arbeitenden Menschen noch nie dagewesenes Leid und Massenabschlachten, und er enthüllte die meisten Sozialisten der Zweiten Internationale als feige chauvinistische Anhänger der imperialistischen Ambitionen ihrer „eigenen“ herrschenden Klassen. Aber die Niederlage im Krieg kann die Mutter der Revolution sein, und Lenin und die Bolschewiki, die eine harte revolutionäre Partei aufgebaut und mit den Sozialpatrioten schroff gebrochen hat-

ten, konnten die Unzulänglichkeit ihrer eigenen theoretischen Formeln überwinden (die die Möglichkeit der Arbeiterrevolution im rückständigen Rußland geleugnet hatten) und so auf der Basis eines internationalistischen Programms die kleine, aber kämpferische russische Arbeiterklasse zur Eroberung der Staatsmacht führen. Diese historische Errungenschaft im Interesse der Arbeiter der ganzen Welt führte direkt zur Gründung der Dritten (Kommunistischen) Internationale. Ihr gelang es, die „sozialistischen“ Ansprüche der respektablen Herrschaften der Zweiten Internationale zu entlarven und auf jedem Kontinent die Loyalität der fortgeschrittenen Arbeiter und subjektiv revolutionären Kämpfer zu gewinnen.

Doch die internationale revolutionäre Welle, die die arbeitenden Massen von Deutschland bis Bulgarien mitgerissen hatte, ebte ab und wurde zurückgeworfen; dadurch, daß die Russische Revolution nicht ausgeweitet wurde und insbesondere die Revolution in Deutschland mit seiner mächtigen Arbeiterklasse eine Niederlage erlitt, blieb der junge sowjetische Arbeiterstaat isoliert. Welche Ursachen und künftigen Aus-



Leo Trotzki, zusammen mit Lenin Führer der Oktoberrevolution, Gründer der Roten Armee, Kämpfer gegen die stalinistische Usurpation der Revolution

wirkungen das Ende von diesem Zyklus revolutionären Kampfes hatte, faßte Trotzki in seinen *Lehren des Oktober* zusammen.

In der UdSSR war unter Bedingungen äußerster Armut und Demoralisierung, bei einer Arbeiterklasse, die durch den Bürgerkrieg dezimiert und erschöpft war, der Weg frei für die Entstehung einer konservativen Bürokratie als parasitäres Geschwür auf der Arbeiterklasse. Bis 1924 hatte sich diese bürokratische Kaste Selbstbewußtsein und ein Programm angeeignet: das in sich widersprüchliche Dogma vom „Sozialismus in einem Land“ – die Antithese der leninistischen Perspektive des Internationalismus, der die Revolution belebt hatte. Dieses Programm – aufgebaut auf der Illusion, daß es für einen isolierten Arbeiterstaat über eine längere Periode möglich wäre, zu überleben und mit dem kapitalistischen Imperialismus zu koexistieren – bedeutete in Stalins Händen die Zerstörung der Kommunistischen Internationale als ein Instrument der Revolution und führte schließlich direkt zum Mord an allen Führern der Bolschewistischen Partei. An die Stelle von Sowjetdemokratie wurde ein monströser Apparat bürokratischer Kontrolle gesetzt: zuerst durch die stalinisierte Partei, dann durch die Stalin-Fraktion und schließlich durch Stalin mit Unterstützung von einer Handvoll Kumpanen, die nach den Säuberungsprozessen die ganze bolschewistische Alte Garde auslöschten.

Angefangen mit Chruschtschows „Geheimrede“ 1956 und mit neuem Schwung vorangetrieben unter Gorbatschows Glasnost sind Stalins Erben im Kreml immer mehr gezwungen gewesen, Stalins Verbrechen zuzugeben: die Brutalität der Zwangskollektivierung, die Deportationen und Hinrichtungen Oppositioneller, die Säuberung der Roten Armee am Vorabend des Zweiten Weltkriegs. Gorbatschows Glasnost widerspiegelt zum Teil das Heranwachsen einer neuen Generation sowjetischer Führer ohne persönliche Verantwortung für Stalins Untaten sowie das Wachstum einer neuen Schicht sowjetischer Akademiker und Büro-

kraten, denen die offensichtliche Verlogenheit der offiziellen sowjetischen Geschichtsschreibung peinlich ist: Glasnost ist in erster Linie eine Antwort auf die hartnäckigen Probleme der sowjetischen Wirtschaft. Der Ruf nach „Offenheit“ in der politischen Diskussion soll im wesentlichen Hilfsmittel für Perestroika sein, die „Umstrukturierung“ der Wirtschaft im Einklang mit marktwirtschaftlichen Kräften. Vielfach und nicht sehr geheim steht das Thema zur Debatte, die Reputation von Nikolai Bucharin und das wirtschaftliche Programm der Rechten Opposition aufzupolieren.

Doch die Gorbatschow-Anhänger haben nicht verhindern können, daß in den Diskussionen der „weiße Fleck“ par excellence aufgeworfen wird: die Gestalt Leo Trotzki. Selbst wo Stalins Erben ihre diskreditierten Lügen durch neue und andere Entstellungen ersetzen wollen, ist die Frage von Trotzki potentiell explosiv. Denn Trotzki – anders als Bucharin, der bis 1929 Stalins Blockpartner war – führte einen Kampf gegen Stalin und die Epigonen, mit dem Ziel, die von Sowjetrußland verfolgte Politik im Inneren und international wieder auf Lenins Kurs zu bringen.



1917 in Moskau: Rote Soldaten demonstrieren für den Kommunismus

Nowosti

gen. Die Politik, für die Trotzki von 1923 bis zu seiner Ermordung durch einen Schergen Stalins kämpfte, war die leninistische Alternative zu Stalin, dem „Totengräber der Revolution“. Heute ist der Weg Trotzki das einzige Mittel für das Überleben der Sowjetunion.

Seit 1923 versuchten Trotzki und seine Unterstützer der Linken Opposition, gegen die Probleme der verwüsteten sowjetischen Wirtschaft anzugehen. Ihre Politik hatte zum Ziel, wieder ein Industrieproletariat herzustellen und die Gegensätze zwischen Stadt und Land durch ein Programm des industriellen Wachstums zu überwinden. Sie sagten voraus, daß Bucharins Programm des „Sozialismus im Schneckenempo“, das von Stalin umgesetzt wurde, die Kräfte in Richtung kapitalistische Restauration enorm stärken würde und daß die herrschende Clique schließlich gezwungen wäre, Maßnahmen zu ergreifen, die von der Linken vorgeschlagen waren. Genau das trat ein. Aber anders als die Politik der Linken (freiwillige Kollektivierung mit dem Anreiz, die Landwirtschaft zu mechanisieren) war Stalins Version die jetzt berüchtigte brutale Zwangskollektivierung.

Fraglos machte die sowjetische Planwirtschaft selbst unter bürokratischer Führung einen ungeheuren Fortschritt, und ein modernes Land wurde im ehemals rückständigen Rußland geschmiedet. Trotzdem ist sogar nach 50 Jahren Trotzki's hervorragende Analyse der sowjetischen Wirtschaft und Gesellschaft, *Die Verrätene Revolution* (1936), weiterhin der Prüfstein für ein Verständnis des heutigen Rußlands. Nur die trotzkistische Perspektive, durch eine proletarisch-politische Revolution die politische Entgeignung der Arbeiterklasse durch die privilegierte bürokratische Kaste rückgängig zu machen, kann die schöpferische und produktive Kraft der arbeitenden Massen der Sowjetunion freisetzen. Nur diese Perspektive kann die Probleme (z. B. Investitionen in Schwer- kontra Konsumgüterindustrie, Egalitarismus kontra „materielle Anreize“, zentrale Planung kontra lokale Kontrolle, das Problem der Qualität) lösen, die die sowjetische Wirtschaft immer wieder heimgesucht haben und die heute in verschärfter Form

auftauchen.

Die Linksoptionellen lehnten das selbstmörderische Dogma vom „Sozialismus in einem Land“ ab und kämpften in den 20er Jahren dafür, die Perspektive der internationalen Ausweitung der Revolution durchzusetzen als die einzig wirksame Antwort auf Isolierung und kapitalistische Einkreisung des ersten Arbeiterstaats. Die Ereignisse in China, wo Stalins opportunistische Unterordnung der Kommunisten unter die verräterische bürgerlich-nationalistische Kuomintang von Tschiang Kai-schek zur Enthauptung eines machtvollen revolutionären Kampfes führte, bestätigten Trotzki's Warnungen. Manche von Trotzki's Genossen glaubten zwar, daß diese Bestätigung zu Erfolgen für die Linke Opposition führen würde, doch Trotzki bemerkte: Eine erfolgreiche chinesische Revolution hätte das Klassenbewußtsein und Selbstvertrauen des russischen und internationalen Proletariats gestärkt, aber der Rückschlag im revolutionären Kampf würde Stalins Stellung nur festigen.

Die Internationale Linke Opposition, die sich 1930 nach Trotzki's Ausweisung aus der

Internationale hatte sich ein mächtiger anti-revolutionärer Apparat konsolidiert als ein neues Hindernis für die Revolution, disziplinierter und effektiver als die alte Sozialdemokratie. Die falsche Gleichsetzung von Stalinismus und Bolschewismus lieferte Stalin in der ganzen Welt disziplinierte politische Agenten; nur Stalin und vielleicht ein halbes Dutzend Kumpane (diese wurden im Laufe der Zeit ausgewechselt) wußten, warum es ging. Millionen, die loyal seine Diktate ausführten, einschließlich Mord an Trotzki'sten, glaubten die ganze Zeit, daß sie für Sozialismus kämpften.

1933 konstituierten sich die Trotzki'sten zur Internationalen Kommunistischen Liga (Bolschewiki-Leninisten), in Anerkennung der absoluten Notwendigkeit für eine neue, authentisch kommunistische Internationale, die Vierte Internationale. Trotzki sah korrekt voraus, daß die Gefahr des deutschen Faschismus geradlinig zum Krieg gegen die Sowjetunion führte. Als die innerimperialistischen Rivalitäten und Bündnisse Form annahmen, kämpften die Trotzki'sten gegen die Zeit, um die fortgeschrittenen Arbeiter dem Würgegriff der Stalinisten zu entreißen. Die Vierte Internationale wurde 1938 gegründet auf der Basis des Dokuments „Der Todeskampf des Kapitalismus und die Aufgaben der Vierten Internationale“ (das „Übergangsprogramm“) sowie der in „Krieg und die Vierte Internationale“ (1934) aufgezeigten Perspektive – kompromißloser revolutionärer Defätismus gegen alle kriegführenden, auch die mit der UdSSR verbündeten, Imperialisten, verbunden mit der revolutionären Verteidigung des sowjetischen degenerierten Arbeiterstaats.

Die Gründung der Vierten Internationale wurde von manchen abgelehnt, wie von Isaac Deutscher, der sie für verfrüht hielt. Trotzki bestand im Gegenteil darauf, daß der zweite imperialistische Weltkrieg, wie der erste, gesellschaftliche Erschütterungen in der ganzen kapitalistischen Welt und eine neue Welle internationaler revolutionärer Kämpfe auslösen würde. Er sagte auch voraus, daß das zerbrechliche System der stalinistischen Herrschaft in der UdSSR – das entstand, als man sich damit abfand, daß die imperialistische Weltordnung durch das Scheitern der revolutionären Welle nach dem Ersten Weltkrieg eine Verschnaufpause erhielt – unter der Wucht des neuen Weltkriegs oder bald darauf zusammenbrechen würde.

Die Stichhaltigkeit von Trotzki's Vorausagen wurde tatsächlich bestätigt durch den anfänglichen Zusammenbruch der Roten Armee bei Hitlers Invasion sowie durch die stürmischen gesellschaftlichen Verhältnisse in Westeuropa bei Kriegsende. In Italien und Griechenland war nackter Verrat der Stalinisten notwendig, um die linken Widerstandskräfte militärisch und politisch zu entwaffnen und die Macht wieder an die kapitalistische Klasse auszuhändigen (Titos Partisanen in Jugoslawien weigerten sich jedoch, Selbstmord zu begehen – sie führten eine eigenständige, auf die Bauernschaft gestützte Revolution zum Sieg und errichteten einen bürokratisch deformierten Arbeiterstaat). In Frankreich unterstützten die Stalinisten den

„nationalen Wiederaufbau“, um ein stabiles bürgerliches Regime wiederherzustellen. Die Notwendigkeit einer revolutionären Führung, die Trotzki unablässig betonte, wurde auf tragische Weise durch das bestätigt, was ohne diese Führung eintrat: die Stalinisten, die in Italien und Frankreich aufgrund ihres Widerstandes gegen die Nazis stärker wurden als je zuvor, wiegelten den revolutionären Kampf erfolgreich ab.

Für diesen Ausgang war es entscheidend, daß Stalin erfolgreich die Lüge verkaufte, der Zweite Weltkrieg sei für die alliierten imperialistischen Länder ein Befreiungskampf – er sei eine große Schlacht gegen Faschismus und für eine bessere Welt. Abscheu vor dem Faschismus war massenhaft verbreitet, aber Stalins Volksfrontpolitik – das Bündnis mit dem „demokratischen“ Imperialismus – verhinderte, daß die wachsende Stimmung gegen den Krieg vergleichbar war mit der massiven Radikalisierung des Ersten Weltkriegs. Die Lüge hatte Erfolg. Ein Krieg, der geführt wurde, damit der US-Imperialismus aus ihm als die vorherrschende imperialistische Macht hervorgehen konnte, als der kapitalistische „Weltpolizist“, der nach Dien Bien Phu zwei Jahrzehnte lang auf Vietnam den Tod niederregnen ließ – dieser Krieg wurde in der Bevölkerung akzeptiert als ein Krieg des Volkes gegen den Faschismus.

Trotzdem war der Sieg des anglo-amerikanischen imperialistischen Blocks ein bedingter Sieg. Die Rote Armee war es gewesen, die Hitlers Wehrmacht zerschlug; außerdem waren Hitlers osteuropäische Marionetten alle wie wild zum nächsten amerikanischen Hauptquartier gestürzt und hatten ein Machtvakuum zurückgelassen, das die vorstoßende sowjetische Armee rasch füllte. Die siegreichen Imperialisten mußten Europa mit Stalin teilen.

Der Krieg vernichtete die geringen Kräfte der Vierten Internationale – nachdem sie sich auf den Kampf gegen Faschismus und Krieg eingestellt hatten, wurden sie im Endeffekt militärisch besiegt. Die physische Vernichtung der Linken Opposition in der UdSSR wurde vervollständigt durch Trotzki's Ermordung 1940 in Mexiko durch einen stalinistischen Agenten. Eine große Anzahl von trotzkistischen Kadern in Europa und Asien wurde durch faschistischen Terror ausgelöscht. Daß die vielversprechendsten der jungen trotzkistischen Führer dezimiert wurden, war ein Faktor bei der Entstehung einer revisionistischen Strömung innerhalb der Vierten Internationale Anfang der 50er Jahre. Ebenso ein Faktor war die Passivität der amerikanischen Socialist Workers Party, eine relativ starke Partei, die von der engen Zusammenarbeit mit Trotzki profitiert hatte und die sich in einem Land befand, das vom wirklichen Gemetzel des Weltkriegs abgeschirmt war.

Die revisionistische Strömung, unter der Führung des impressionistischen Michel Pablo, gab die Perspektive der Arbeiterrevolution auf, um für eine Weile zu Entristen in den KPen und zu deren politischen Anhängseln zu werden. In Anbetung der vollendeten Tatsache, daß der Stalinismus weiterhin existiert,

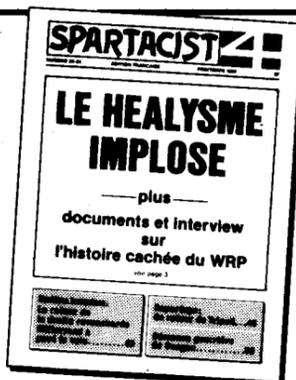
Fortgesetzt auf Seite 14

## SPARTACIST Organ des revolutionären Marxismus

Spartacist ist die theoretische und dokumentarische Quellensammlung der Internationalen Kommunistischen Liga (Vierte Internationalisten). Unter der Leitung des Internationalen Exekutivkomitees in Englisch, Französisch, Deutsch und Spanisch veröffentlicht, verkörpert Spartacist die Verpflichtung der IKL auf den leninistischen Internationalismus



English edition No. 41-42 (64 pages) US \$1



Edition française n° 23-24 (56 pages) 8F



Deutsche Ausgabe Nr. 13 (48 Seiten) DM 2,—



Edición en español No. 22 (16 páginas) US \$0,25

Vorhergehende Ausgaben erhältlich. Zu beziehen über: Verlag Avantgarde, Postfach 11 02 31, 2000 Hamburg 11, Postgirokonto Frankfurt 11988-601

## Freiheit für Ingrid Strobl!

8. JUNI – Das Oberlandesgericht Düsseldorf verurteilt Ingrid Strobl zu fünf Jahren Knast nach einem skandalösen Indizienprozeß unter dem berühmten „Anti-Terrorismus“-Paragrafen 129a. Die Bundesanwaltschaft hatte sogar sieben Jahre Haft mit anschließender Sicherungsverwahrung gefordert. Das Verfahren ist reine Willkür der Klassenjustiz: Ingrid Strobl kaufte einen Wecker, der *theoretisch* zum Bau von Brandstätten verwendet werden könnte.

Aufrecht und ungebrochen erklärte Ingrid in ihrem Schlußwort gegenüber der mehrstündigen Urteilsbegründung des Senatsvorsitzenden Arend, „die kalte Amnestie für NS-Verbrecher und deren tragende Rolle bei der Etablierung des Staates Bundesrepublik nicht hinnehmen zu können“. Während am gleichen Tag der Bundesgerichtshof den Freispruch für SS-Verbrecher Otto, verantwortlich für die Ermordung Ernst Thälmanns, bestätigte, soll die couragierte Journalistin Ingrid Strobl mit diesem Gesinnungsurteil hinter Gittern mundtot gemacht werden. *Nieder mit dem Paragraphen 129a! Sofortige Freilassung von Ingrid!*

## IKL...

Fortsetzung von Seite 13

stierte, hatten sie entschieden, daß er vielleicht „Jahrhunderte“ lang bestehen würde. So beschlossen sie, daß eine „neue Weltrealität“ ihn dazu zwingen würde, eine „im großen und ganzen revolutionäre“ Rolle zu spielen, und damit die Notwendigkeit trotzkistischer Parteien hinaufziehen würde. Wenige Jahre später zerschlugen russische Panzer die Ungarische Revolution von 1956. Heute ist es ganz klar, daß die KPen keine solche revolutionäre Rolle in der Welt spielen, wo die bürokratische Kaste von Stalin und seinen Erben die Sowjetunion selbst an den Rand eines Bürgerkriegs gebracht hat und in China eine politische Revolution begonnen hat. Trotzki's Erwartung einer tödlichen Krise des Stalinismus ist so lebendig wie die Schlagzeilen von heute.

Die Vertreter der revisionistischen pabloistischen Strömung gingen durch eine Periode guerillaistischer/prostalinistischer Begeisterung aus der Entfernung; wobei sie das Massaker an den vietnamesischen Trotzkisten begrüßten. Dann führten sie auf „Eurokommunismus“ und sowjetische Dissidenten ab, und erst recht auf die Verehrer Marschall Pilsudskis (er war der bonapartistische Gründer des modernen kapitalistischen Polens) in Solidarność. Heute sind diese Revisionisten in der Lage, einigen Schaden anzurichten als lautstarke Apologeten derjenigen, die für die baltischen Republiken „nationale Befreiung“ fordern. In ihrem Mund wird „Trotzkismus“ zu irgendeiner Art moderner linker Sozialdemokratie gemacht.

Die Bourgeoisie feiert schon im voraus das „Ende des Kommunismus“. In der Tat haben die stalinistischen Bürokratien den Punkt der tödlichen Krise erreicht. Doch ihre Krise kommt daher, daß sie gegen alles sind, was

der Kommunismus bedeutet. Die nationalen Antagonismen in der Sowjetunion und der Aufstand in China entstehen als Reaktion auf die „marktsozialistische“ Politik, die der zentralisierten sozialistischen Planung entgegengesetzt ist. Der bürokratische Würgegriff über das politische und kulturelle Leben, die Beschwichtigungspolitik, die den Imperialismus ermutigt hat – das ist nicht Kommunismus, sondern seine Antithese.

### Ein internationales Programm verlangt eine internationale Organisation

„Der Opportunismus ist dem Wesen nach national, da er sich auf lokale und zeitweilige Bedürfnisse des Proletariats stützt, nicht aber sich an dessen historischen Aufgaben orientiert. Opportunisten finden die internationale Kontrolle unerträglich; sie sind bestrebt, ihre internationalen Verbindungen möglichst auf harmlose Formalitäten zu beschränken... unter der Bedingung, daß die eine Gruppe die andere nicht hindert, ihre opportunistische Politik nach eigenem nationalen Geschmack weiterzuführen... Die internationale Einheit ist für uns keine Dekoration, sondern die Achse unserer Theorie und unserer Politik.“ (Leo Trotzki, „Die Verteidigung der Sowjetrepublik und die Opposition“, 7. September 1929)

Schon bei der Entstehung unserer Tendenz als linke Opposition in der amerikanischen Socialist Workers Party Anfang der 60er Jahre haben wir erkannt, daß nationale Isolierung jede subjektiv revolutionäre Gruppierung kurzerhand zerstören muß, besonders wenn sie dem Druck ausgesetzt ist, im Kernland des Weltimperialismus, in den USA, zu funktionieren. Wir sind stolz auf unsere 25jährige Tradition im Kampf für den authentischen Trotzkismus, und wir arbeiten daran, ihn durch Archivierung und historische Forschung zu dokumentieren. Im Januar 1974 fand in Deutschland eine Interimskonferenz statt, die sich auf die Arbeit und Perspektiven in Europa konzentrierte und an der Genossen aus sieben Ländern teilnahmen. Das Dokument, das die programmatische Basis für die Konferenz bildete, erkannte „den Kampf für die Schaffung einer demokratisch-zentralistischen internationalen Spartacist Tendenz in nächster Zeit als unsere Pflicht“.

Die „Erklärung für die Organisation einer internationalen trotzkistischen Tendenz“ erklärte die Bildung eines Kerns für die baldige Herauskristallisierung der internationalen Spartacist Tendenz, die geführt werden sollte nach dem Prinzip des internationalen demokratischen Zentralismus. Das Dokument griff scharf die föderalistischen Praktiken der konkurrierenden Organisationen an, die für sich den Mantel des Trotzkismus beanspruchten. Es bemerkte: Pablos politische Erben vom „Vereinigten Sekretariat“ sowie das healyistische „Internationale Komitee“ haben „ständig die Prinzipien des Internationalismus und des bolschewistischen demokratischen Zentralismus zu einer Farce gemacht, da ihre verschiedenen nationalen Gruppen oder nationalbasierten Fraktionen ihre eigenen Wege gegangen sind – beeinflusst letztlich vom Druck ihrer jeweiligen herrschenden Klasse.“

Insbesondere ging die „Erklärung für die Organisation einer internationalen trotzkistischen Tendenz“ auch auf das Voorhis-Gesetz ein, das 1940 von der US-Regierung verabschiedet wurde mit dem Ziel, Organisationen mit internationalen Verbindungen durch massive „Registrierungsmaßnahmen“ zu paralysieren: „Vom Voorhis-Act“ „hat die Regierung – wohl wegen seiner offensichtlich verfassungswidrigen und widersprüchlichen Bedingungen – niemals Gebrauch gemacht: nur Revisionisten haben ihn gehandhabt.“ Das Voorhis-Gesetz wurde von den Revisionisten immer als bequeme Ausrede für Antiinternationalismus benutzt. Schon 1953, als die SWP noch am „orthodoxen Trotzkismus“ festhielt, aber davor zurückschreckte, gegen Pablo einen aggressiven internationalen Kampf zu führen, wurde das Voorhis-Gesetz zitiert, um ihre Passivität auf der internationalen Arena zu rechtfertigen. Diese Passivität hatte den Aufstieg von ungeduldigen Impressionisten wie Pablo begünstigt.

Die erste Delegiertenkonferenz der internationalen Spartacist Tendenz fand 1979 in

Britannien statt. Während des folgenden Jahrzehnts haben sich die Sektionen besonders in Europa entwickelt, und ihre Führungen haben sich gefestigt. Dies ist bei der Herausbildung der internationalen Tendenz ein Faktor von zunehmender Bedeutung geworden. Wenn wir heute darauf zurückblicken, wie sehr ein Jahrzehnt von bürgerlicher Reagan-Reaktion unsere amerikanische Organisation unter Druck gesetzt hat, müssen wir annehmen, daß die SL/U.S. eine schrullige und zerfallende amerikanische Sekte geworden wäre, wenn unserer Tendenz keine bedeutende internationale Ausweitung gelungen wäre.

Heute steht für unsere geringen Kräfte sehr viel auf dem Spiel. Was die internationale Spartacist Tendenz, jetzt die IKL, erreicht hat, ist bescheiden: unsere militanten Mobilisierungen von Arbeitern/Schwarzen gegen faschistische Provokationen in den USA – ein Ausdruck unseres konsequenten Verständnisses, daß der Kampf gegen Rassenunterdrückung für die amerikanische Arbeiterrevolution entscheidend ist – wurden enthusiastisch begrüßt, ebenso andere rechtliche und soziale Verteidigungsinitiativen des Partisan Defense Committee und seiner internationalen Partner; wir haben gegen jeden Schritt, den der US-Imperialismus gegen die lateinamerikanischen Massen unternahm, protestiert und für Nicaragua Geld gesammelt; bei einigen Teilen der Kommunistischen Parteien in Westeuropa sind wir bekannt geworden als „die Trotzkisten, die die Sowjetunion verteidigen“; unsere offene Parteinahme für die sowjetische Intervention in Afghanistan unter der Losung „Hoch die Rote Armee in Afghanistan – weitet die sozialen Oktobererrungenschaften auf die afghanischen Völker aus!“ wurde widerwillig bewundert von Elementen der westlichen KPen, die sich dem „eurokommunistischen“ Abdriften widersetzen wollten, das in Richtung stärkerer sozialdemokratischer Anpassung an die „eigene“ herrschende Klasse ging. Nach Gorbatschows feigem Rückzug aus Afghanistan schlugen wir eine internationale Brigade vor, um die Mudschahedden, die „Heiligen Krieger“ des CIA, zu bekämpfen; als dieses Angebot nicht angenommen wurde, haben wir eine Kampagne durchgeführt, durch die wir in breiter Öffentlichkeit Geld sammelten für die Opfer unter der Zivilbevölkerung Jalalabads. Diese Arbeit trat auf unerwartet großzügige Unterstützung von Frauen und moslemischen Immigranten und anderen Minderheiten in vielen Ländern, sowie in stalinistischen Milieus. Bei unterdrückten nationalen Minderheiten haben wir Gehör gefunden, weil wir für die riesigen Gebiete der Welt, die durch imperialistische Herrschaft deformiert werden, das Programm der „permanenten Revolution“ verteidigen – d. h. das Proletariat muß die Macht erobern, um selbst diejenigen demokratischen Aufgaben lösen zu können, die früher mit bürgerlichen Revolutionen verbunden waren. Dazu muß es unabhängig sein von der schwachen und feigen Bourgeoisie und den Ideologien des Nationalismus (besonders dem Nationalismus der Mehrheit) eine

Perspektive der sozialen Befreiung entgegenstellen.

Revolutionäre Umgruppierungen auf der Basis des Programms des leninistischen Internationalismus sind der Weg, um das Mißverhältnis zwischen unseren geringen Kräften und unserer Aufgabe aufzuheben. Stalins Erben haben offensichtlich nicht die Fähigkeit, die Sowjetmacht zu verteidigen; seit 65 Jahren sind sie gleichzeitig der parasitäre Verteidiger und der konterrevolutionäre Desorganisator dieser Macht gewesen. Doch im gleichen Maße, wie sie dank ihrer Verbrechen im Namen des „Kommunismus“ diesen in Verruf gebracht haben, haben sie auch ihre Fähigkeit geschwächt, die Loyalität ergebener prokommunistischer Arbeiter in der ganzen Welt zu manipulieren. Nicht länger kann ein Stalin und sein halbes Dutzend bewußter Komplizen „monolithische“ Parteien einsetzen als Instrumente des klassenkollaborationistischen Verrats im Namen des „Aufbaus des Sozialismus“.

Unser Standpunkt ist die authentische kommunistische Tradition der Bolschewiki, die die Russische Revolution machten. Wir wählen den Kommunismus, dessen größter Lehrer in der imperialistischen Epoche Lenin war. Wir wählen den Kommunismus von Lenins Genossen Trotzki, der schon 1923 in Grundzügen überblickte, was getan werden mußte. Wir wählen den Kommunismus, den Stalin ganz und gar verraten hat, als er die Dritte Internationale absichtlich zerstörte. Wir wählen den Kommunismus einer neuen Vierten Internationale, die ein für allemal die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen abschaffen und eine sozialistische Gesellschaft errichten wird, die auf der Perspektive der steten Ausweitung menschlicher Freiheit in allen Bereichen beruht: in Politik, Wirtschaft, Kultur und jeder Sphäre des persönlichen Lebens.

Wir müssen davon ausgehen, daß die Widerschmiedung einer kommunistischen Vierten Internationale, die aus wirklich kommunistischen Parteien auf jedem Kontinent besteht, mühsam und oft gefährlich sein wird, außer wenn es einen unerwarteten Aufschwung proletarischer Kämpfe gibt gegen die Bedingungen kapitalistischen Verfalls. Aber dies ist der einzige Weg vorwärts für die ganze Menschheit. Doch während wir versuchen, dem Programm unter den Arbeitern und Unterdrückten der Welt zum Durchbruch zu verhelfen, sehen wir durchaus, daß eine irrationale imperialistische herrschende Klasse, im Besitz der Technologie des nuklearen Holocausts, die Möglichkeiten verkürzt: Wir haben wahrscheinlich nicht viel Zeit.

Aber Erfahrung, nicht zuletzt bittere negative Erfahrung, kann auch ein überzeugender und anspornender Lehrer sein. Laßt uns lieber die Grundsätze und Praktiken von Genossen wie Lenin und Trotzki befolgen. So könnten wir um Monate oder Jahre die Zeit verkürzen, die wir brauchen für die notwendige Neubewaffnung der kommunistischen Bewegung.

Nach Workers Vanguard  
Nr. 479, 9. Juni

## Dr. Theissen...

Fortsetzung von Seite 9

daß die Kirchen so viel für das ungeborene Leben getan haben. Da wollte ich nur kurz erwähnen, daß die Kirche vor allem sehr viel dafür getan hat, Lebendige ins Jenseits zu befördern. Dann sollten sie daran gehen, in christlicher Demut ihre Vergangenheit aufzuarbeiten, ehe sie sich groß als Moralisten aufspielen. Und da haben sie weiß Gott einen großen Nachholbedarf. Denn jeder weiß, daß auch im Dritten Reich die Kirche nicht furchtbar viel gegen die Nazis getan hat. Und wer nichts tut, macht sich mitschuldig.

Die werden ihrem Auftrag nicht gerecht. Das ist das Schlimme. Und das ist das, was mir die Frauen alle gesagt haben. Sie haben eigentlich keinen Ansprechpartner, mit dem sie über ganz persönliche Probleme reden können. Da haben alle versagt, die dafür potentiell in Frage kommen: die Pfarrer und Lehrer und Respektpersonen, die Ärzte, alle, die in Aktion treten sollen. Darum kam vielfach alles bei mir zusammen, weil die Leute automatisch zu mir kamen. Es hatte

sich herumgesprochen, und damit war ich automatisch der Ansprechpartner, alles in einem. Aber da gibt es viele, die jetzt als Moralhüter und Lehrmeister der Nation große Predigten halten. Sie hätten sich lieber damals an der Basis bewähren sollen.

Zu Jasenovac – da sind 750 000 serbische Juden damals umgebracht worden. Das war nicht nur mit Duldung, sondern mit offizieller Genehmigung des Papstes. Das ist inzwischen nachgewiesen und dokumentiert. Im Mittelalter die Hexenverbrennungen – da haben die Katholiken Millionen von Leuten umgebracht. Es gibt Fakten, die akzeptiert werden müssen. Da gibt es keine Diskussion, wie auch mit der „Auschwitzlüge“.

**Spartakist:** Dr. Theissen, wir danken Ihnen herzlich für das Gespräch.

### Schulungstag der TLD

**Sowjetische Industrialisierungsdebatte: Trotzki vs. Bucharin**

**China: Für proletarisch-politische Revolution**

Samstag, 1. Juli 1989  
Hamburg

Nähere Informationen:  
Tel.: (0 40) 33 17 94  
oder Kontaktadresse

### Spenden auf das Konto:

**Sonderkonto Dr. Theissen**  
Kontonummer 1 700 678 604  
Bank für Gemeinwirtschaft,  
München (BLZ 700 101 11)

# Verteidigungskampagne für die Antifaschisten von Moabit

Mitten im unheilverkündenden Westberliner Wahlkampf mit ihrem rassistischen „Lied vom Tod“ unternahmen die Republikaner am 14. Januar eine bewaffnete Provokation, einen physischen Angriff auf Gäste in einem Moabiter Restaurant. Das Lokal ist als Treffpunkt für Linke und antifaschistische Veranstaltungen sehr bekannt. Früher am Abend des 14. Januar zeigte die TLD dort ein antifaschistisches Video. Jetzt wird gegen acht Opfer dieses Republikaner-Angriffs ermittelt wegen Landfriedensbruch, Körperverletzung, Nötigung bis zu Beleidigung (weil die Republikaner zu Recht Faschisten genannt wurden). Siehe dazu „Republikaner-Provokation gegen antifaschistisches Meeting in Moabit“, *Spartakist* Nr. 61, April/Mai 1989.

Polizei und Justiz, professionelle Schützer der Faschisten, bedrohen und verfolgen zunehmend die Antifaschisten. Ein Teilnehmer der Protestaktion gegen die Republikaner vor dem ICC am 18. Januar, die von der Polizei brutal angegriffen wurde, erhielt nun 18 Monate Haft ohne Bewährung. Zwei Gewerkschafter, die ihr Transparent „Gewerkschafter gegen Rassismus und Faschismus“ gegen einen Republika-

nerstand hielten, wurden festgenommen und werden jetzt mit Anklagen wegen Körperverletzung bedroht.

Die Republikaner gehen nicht nur mit Gewalt gegen Gegner vor, sondern auch untereinander. Der Pistolen-Mann der Provokation am 14. Januar, Bert Handschumacher, wurde inzwischen von seinem Chef Andres tötlich angegriffen und dann von ihm ausgeschossen. Der Führer des Überfalls auf die Moabiter Antifaschisten, Carsten Pagel, der durch dieses Viertel mit einem Baseballschläger patrouilliert, versucht dem Bullen Andres die Führung der Partei abzunehmen.

Wir rufen alle Gegner des faschistischen Terrors auf, sich den über 150 Organisationen und Einzelpersonen anzuschließen, die die sofortige Einstellung der Ermittlungsverfahren gegen die Antifaschisten von Moabit von Staatsanwalt Verheyen fordern (Staatsanwaltschaft beim Landgericht Berlin, Turmstr. 91, 1000 Berlin 21). Bis zum 1. Juni erhielten wir außerdem DM 2650 Spenden. Eine erfolgreiche Verteidigung wird noch mehrere tausend Mark kosten. Wir bitten Euch, dafür zu spenden und auch in Euren Organisationen zu sammeln.

## Liste der bisherigen Unterstützer

**Antifaschistisches Plenum Saar**; Otto Baldur, IGM\*, Eckernförde; **Wolfgang Brauer**, Mitglied des Kreisvorstandes der DKP Altona\*; **Rolf Burgard**, Hamburg; **Comité de défense sociale (CDDS)**, Frankreich; **CUT-Chile**, Hamburg; **Dr. Peter Degkwitz**, DKP-Bezirksvorstand Hamburg\*; **Demokratische Frauenorganisation Irans**, Hamburg; **Ernst Duschinski**, IGM\*, VVN-BdA\*, Gesellschaft BRD-COCCP\*, DKP\*, Kiel; **Thomas Ebermann**, Hamburg; **Gertrud Ehrenreich**, SPD-Ortsvereinsvorsitzende Ehndorf\*; **Hans-Jürgen Eisermann**, Stellvertretender OV-Vorsitzender DPG Kiel\*; **Fahimeh Farsaie**, Schriftstellerin, Köln; **Frente Patriótico Manuel Rodríguez**, Hamburg; **Hermann L. Gremliza**, Herausgeber Konkret, Hamburg; **Grün-Alternative Liste (GAL) Mitgliederversammlung**, Hamburg; **Grün-Alternative Liste (GAL) Universität Göttingen**; **Kollektiv des Buchladen Gegenwind**, Hamburg; **Zihni Gülgen**, DGB-Kreisvorstandsmitglied Flensburg\*; **Eric-Holger Hanisch**, IGM\*, Betriebsrat\*, VKL Philips GmbH Hamburg\*; **Dr. Ludger Heid**, Dozent für deutsch-jüdische Geschichte, Duisburg; **Info-Büro zum Hungerstreik**, Hamburg; **Kay Iversen**, IGM\*, VKL Stock Guss GmbH\*, Neumünster; **Hanno Jensen**, IGM-Vertrauensmann\*, Süderbrarup; **Kamerun Komitee e.V.**, Hamburg; **Serge Klarsfeld**, Frankreich; **Körösi**, IGM\*, Betriebsrat Sauer\*, Neumünster; **Komitee für soziale Verteidigung (KfsV)**; **Mariene Koppe**, Mitglied der Deputation für Bildung der SPD Bremen\*; **Ali Kurtuldu**, IGM\*, Betriebsrat Hauni Bergedorf\*, Hamburg; **Matthias B. Lauer**, SAG\*, SOdZDL\*, Neunkirchen; **Lutte Ouvrière**, Frankreich; **Farzad Narimany**, Komitee gegen den Golfkrieg\*, Hamburg; **Peggy Parnass**, Schriftstellerin; **Volker Peters**, IGM\*, Betriebsrat NWBM\*, Neumünster; **Klaus Petersen**, DGB\*, VKL\*, Flensburg; **Kai Reiflin**, Vorsitzender der VVN Altona\*; **Angelika Reuter**, VVN\*, GEW\*, RCU\*, Hamburg; **Günther Rohr**, Ortsbeirat der Grünen in Rodgau 1\*; **Werner Schröder**, Geschäftsführender Vorstand VVN-BdA Hamburg\*; **Peter Schütt**, Schriftsteller, Hamburg; **SPD Ortsverein Bremen-Mahndorf**; **Petra Stengert**, GdED\*, Gewerkschaftsangestellte, Neumünster; **Rainer Trampert**, Die Grünen\*, ehemaliger Bundesvorstand; **Türkische Sosyal Demokraten in Hamburg**; **Luise Tyroller**, GEW\*, DKP\*, Palästina-Komitee\*, Hamburg; **Verein der Menschenrechte in der Türkei**, Ankara; **Siegfried Wied**, IGM\*, Betriebsrat Sauer-Sundstrand\*, Neumünster;

**WESTBERLINER UNTERSTÜTZER**: **Alternative Liste (AL)**; **Andenbuch**; **Werner T. Angress**, emeritierter amerikanischer Professor; **Antifaschistisches Aktionsbündnis** (Moabit); **Anti Fasist Gençlik** (Antifaschistische Jugend von Halkevi); **AusländerInnenreferat des AstA TU-Berlin**; **Bildungs- und Aktions-Zentrum Dritte Welt e.V.**; **Dr. Peter Brandt**, ÖTV\*, SB\*, Privatdozent für Geschichte und freier Publizist; **Buchladen Prinz Eisenherz**; **Buchladen am Savignyplatz**; **Cinti-Union Berlin**; **Demokratik İşi Birliği** (Demokratischer Arbeiterbund); **Egit, Demokrat\*** (kurdische Zeitschrift); **GewerkschafterInnen gegen Rassismus und Faschismus**; **Necati Gürbaca**, IGM-Gewerkschaftssekretär\*; **Gruppe IV. Internationale**; **Ismail Kosan**, AL-Ausländerbereich\*; **Helmut Kusch**, SEW\*; **Kurdischer Arbeiterverein (KOMKAR)**; **Partiya Rizgariya Kurdistan Berlin**; **Alexandra Rossberg**, Hilfsstelle für ehemals rassistisch Verfolgte\*; **Schwarze Rose**; **Sozialistische Einheitspartei Westberlins (SEW)**, Kreisorganisation Tiergarten; **Sozialistischer Jugendverband (SJV)**, Tiergarten; **Sozialistischer Schülerbund Berlin**; **TKP/M-L (Hareketi)**; **Dr. Gerburg Treusch-Dieter**, Dozentin; **Türkenzentrum**; **Verein iranischer Flüchtlinge e.V.**; **Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes (VVN/VdA)**; **Brigitte Ziegler**, Betriebsräte- und Vertrauensleutekörperleitung\*; **und viele andere mehr**  
\* Organisationsname nur zum Zweck der Identifikation

**Ich/meine Organisation (Zutreffendes unterstreichen) fordere/fordert die sofortige Einstellung aller aufgrund der Republikaner-Provokation vom 14. Januar eingeleiteten Ermittlungen und Verfahren gegen Antifaschisten!**

(Datum) \_\_\_\_\_ (Unterschrift) \_\_\_\_\_

Name \_\_\_\_\_ Organisation \_\_\_\_\_

Funktion \_\_\_\_\_ o Unterschrift der Organisation  
o Organisationsname nur zum Zweck der Identifikation

Adresse \_\_\_\_\_

PLZ \_\_\_\_\_ Ort \_\_\_\_\_ Tel. \_\_\_\_\_

**Spendet auf das Konto:**  
Werner Brand, Anti-Rep-Verteidigung, Commerzbank Hamburg,  
BLZ 200 400 00, Konto 13 48267

Wir möchten betonen, daß die Unterzeichner nicht notwendigerweise mit Einzelheiten der Erklärung des Komitees übereinstimmen.

**Kontakt über:** Hamburg (0 40) 33 17 94, Westberlin (0 30) 8 82 39 64  
Einsenden an: Komitee zur Verteidigung der Antifaschisten von Moabit, c/o Werner Brand,  
Postfach 11 22 86, 2000 Hamburg 11

# Rassistischer Mord ...

Fortsetzung von Seite 16

Bei der Kundgebung am 19. Mai sagte der türkische Vertreter des Solidaritätsbündnisses für Şahin: „Nur vier Monate nach den Wahlen zum Abgeordnetenhaus und dem Einzug der ‚Republikaner‘, nach ihrem Wahlspot, der mit dem Lied unterlegt war ‚Spiel mir das Lied vom Tod‘, trägt diese Gesinnung traurige Frucht“. Und doch erwog die AL noch vor zwei Monaten, diesen „Wahlspot“ vor Westberliner Schulkindern zu zeigen, um sie „aufzuklären“! Ohne eine entschlossene Führung, um den Kampf gegen die Faschisten zu organisieren, werden rassistische Schweine wie Andreas Schulz nur ermutigt, den Aufruf zum Mord im Auftrag der Republikaner und anderer Nazis zu befolgen.

## Entfesselt die Macht der Gewerkschaften!

Die IG Metall beteiligte sich mit einem Banner und einem Sprecher bei dieser Kundgebung; die Gewerkschaft überreichte der



## Eingewanderte Arbeiter – Schlüsselrolle im Kampf gegen Faschismus und für eine sozialistische Zukunft

Familie einen Scheck über DM 1000. Doch diese symbolische Präsenz ist weit entfernt von dem, was nötig ist. Bei ihrer Stillhaltepolitik sollten sich die Bürokraten nicht sehr sicher fühlen. Schließlich füllen die Gewerkschaftskassen hauptsächlich eingewanderte Arbeiter. Notwendig ist aber eine revolutionäre, klassenkämpferische Führung, um die Gewerkschaften von den Knien zu erheben und sie zu mobilisieren im Kampf für die Klasseninteressen der eigenen Basis und aller Unterdrückter!

Ohne entscheidende Beteiligung der Arbeiterbewegung, Gewerkschaften und ohne ein entschlossenes Programm, die Faschisten zu stoppen, bleiben Proteste gegen Nazis und rassistischen Terror ohnmächtig. Die Ermordung von Ufuk Şahin und die wütend rassistischen Reaktionen danach zeigen mit schrecklicher Klarheit,

daß der Kampf gegen Rassismus und Faschismus unweigerlich einen Kampf gegen diesen kapitalistischen Staat mit sich bringt. Die reformistische Forderung nach Verbot der Faschisten ist nicht nur illusionär. Wer soll das Verbot durchsetzen? Im Lichte des Bullenaufmarsches vom 10. Mai ist Vertrauen in den bürgerlichen Staat und seine Polizei sogar selbstmörderisch. Die Faschisten, in gefährlicher Weise im Verbund mit großen Teilen der bewaffneten Banden des kapitalistischen Staats, versuchen immer dreister, ihre bonapartistischen Appetite zu erfüllen. Heute wollen sie völlig entfesselt auf Minderheiten eindreschen, um morgen schließlich auf die ganze Arbeiterklasse loszuschlagen zu können.

Die Lösung ist eine Verschmelzung des Kampfes gegen die zwei- und dreifache Unterdrückung von nationalen und anderen Minderheiten mit dem proletarischen revolutionären Kampf. Die organisierte Arbeiterbewegung ist die einzige Kraft, die die soziale Macht hat, um die Straßen von dem faschistischen Abschaum zu säubern. In den Fabriken und Wohnvierteln können Selbstverteidigungsgruppen die Sicherheit aller garantieren durch *gewerkschaftlich organisierte Aktionen*. Die Nester der Nazis müssen weggefegt, ihre Versammlungen und Zeitungen müssen dichtgemacht werden. Um die Hasenheide am 23. Mai vor den Republikanern dichtzumachen, den massiv aufgefahrenen Bullen zu trotzen und den Faschisten eine unmißverständliche Lektion zu erteilen, wären massenhafte gewerkschaftlich organisierte Selbstverteidigungsgruppen nötig gewesen, bestehend aus Deutschen und Immigranten. Die Festung ICC könnte allemal dichtgemacht werden, um Versammlungen der Faschisten, wie die am 18. Januar, zu verhindern. Aber dazu ist die geballte Kraft der Gewerkschaften nötig – Zehntausende, um das ICC zu umringen, mit Fahrzeugen der Stadtreinigung zu umstellen, Strom und Wasser abzuschalten!

Die Genossen der Trotzkiistischen Liga Deutschlands zeigten mit den Losungen und Plakaten, in deutsch und türkisch, in der Protestdemonstration am 20. Mai eine wirkliche Perspektive, um den Kampf gegen Rassismus und Faschismus zu organisieren:

- Für Arbeiter/Immigrantenmobilisierung! Stoppt die Nazis!
- Für gewerkschaftlich organisierte integrierte Selbstverteidigungsgruppen!
- Volle Staatsbürgerrechte für Immigranten!
- Kein Vertrauen in SPD/AL!
- Verteidigt DDR/Sowjetunion gegen Imperialismus und innere Konterrevolution!

Eine neue multinationale klassenkämpferische Führung der organisierten Arbeiterbewegung, die die Gewerkschaften umformt in eine Waffe im Kampf gegen rassistische Unterdrückung, muß die politische Unabhängigkeit der Arbeiterorganisationen erkämpfen. Dabei werden die Immigranten, die die kämpferischsten Teile davon bilden, gewonnen werden für die Partei der proletarischen Revolution, und sie werden in den ersten Reihen dieser Führung sein. Dieser Kampf, um den rassistischen Imperialismus in Westdeutschland und seinen Vorposten Westberlin zu zerschlagen, wird den Weg öffnen für die wirkliche Befreiung der Menschheit. Wir haben uns verpflichtet, diese dringend notwendige Partei aufzubauen, die diesen Kampf bis zur sozialistischen Revolution führt.■



## Dokumente der IKL in Türkisch

- TKP Leninist am Scheideweg:** Stalinismus gegen Troçkismus; Polen und TKP/L **DM 2,-**
- Grundsatzklärung der Spartacist League** **DM 0,30**
- Wohin geht Gorbatschows Rußland?** Kehrt zum Weg Lenins und Troçkis zurück! **DM 2,-**

Zu beziehen über: Verlag Avantgarde, Postfach 11 02 31, 2000 Hamburg 11, Postgirokonto Ffm 119 88-601

# SPARTAKIST

## Nach dem Republikaner-Todeslied:

# Rassistischer Mord in Westberlin

WESTBERLIN – „Ich bin ein Mensch, du bist ein Mensch, was soll das also“, waren die letzten Worte des jungen Arbeiters Ufuk Şahin. Am 12. Mai wurde das 24-jährige IG-Metall-Mitglied im Märkischen Viertel erstochen. Der Mörder, Andreas Schulz, dem jungen Türken völlig unbekannt, hatte Ufuk und einen Freund bei einem Spaziergang mit rassistischen Sprüchen angepöbelt. Wenig später stach Schulz mit den Schlachtrufen „Kanaken raus!“ und „Deutschland den Deutschen!“ zu. Şahin verblutete nur wenige Schritte vor seiner Wohnung; er hinterließ seine junge Ehefrau und einen zweijährigen Sohn.

Als ob Schmerz und Trauer nicht schon genug wären, mußte die Familie Şahin seit dem Mord ständige Beleidigungen bekämpfen. Die Polizei verhöhnt noch den ermordeten Ufuk u. a. im Mordbericht: „Für ausländerfeindliche Tendenzen beim Täter gibt es keinerlei Anhaltspunkte.“ Die Şahins, vor 20 Jahren aus der Türkei eingewandert, sind alle gewerkschaftlich organisierte Arbeiter. Sie kennen nur Kampf – um Ausbildung, Arbeitsbedingungen und Wohnung. Nach dem Mord schwieg sich der Senat tagelang aus. Die Familie schrieb an den regierenden SPD-Bürgermeister Momper: der Hintergrund

„... ist das dafür verantwortliche politische und gesellschaftliche Klima... Fast täglich haben wir mit einer derartigen Tat gerechnet. Jetzt bekommen wir von vielen Seiten Beileidsbekundungen. Dies reicht uns aber nicht.“ (Die Wahrheit, 23. Mai) Ja, der rassistische Terror muß gestoppt werden – durch harten Klassenkampf! Die Republikaner und anderen Nazis, die offen in den Parlamenten zum Mord hetzen, haben vielleicht 1000 Mitglieder in Westberlin. Aber es gibt Zehntausende Gewerkschafter, nicht zuletzt immigrierte Arbeiter, in Wedding, Spandau und Reinickendorf und anderen Bezirken. Wenn die IG Metall ihres Namens würdig wäre, hätte sie am Tag, als Şahins Ermordung bekannt wurde, einen Aufruf herausgegeben und die Stadt durch Aktion aller DGB-Gewerkschaften dichtgemacht. Dann hätte der Nazi-Abschaum gar nicht gewagt, den Imbißwagen der Familie Şahin sechs Tage nach dem Mord zu demolieren, und die täglichen Angriffe auf der Straße würden aufhören.

### SPD/AL-Senat verwaltet Rassismus

Als die Faschisten im März ins Abgeordnetenhaus kamen, strömten zwei Tage lang Zehntausende Westberliner Bürger spontan zusammen, um gegen die Nazis zu protestieren. Zorn und Widerstand wurden von SPD/AL mit Hilfe des reformistischen Wasserträgers SEW in eine Kampagne für eine „rot-grüne“ Koalitionsregierung kanalisiert, die eine „multikulturelle Gesellschaft“ versprach. Das Gegenteil ist eingetreten. Der rassistische Terror wächst, und die Stadt wird zunehmend polarisiert. Eine Kindertagesstätte in Kreuzberg, die Wohnung einer türkischen Arbeiterfamilie werden verwüstet; Immigranten werden zusammengeschlagen in Steglitz, Kreuzberg, Neukölln ... Die Familie Şahin konnte ihren Wohnort nicht frei wählen. Auch unter dem SPD/AL-Senat



Ufuk Şahin ermordet. Die Familie Şahin trägt am 19. Mai das Transparent an der Spitze des Trauerzugs für ihren Sohn

gilt unverändert die apartheidartige Zuzugssperre für Immigranten in bestimmten Bezirken Westberlins. Während die Faschisten freien Lauf haben und brandschatzen, stechen und prügeln, werden ihre Opfer vor Gericht gezerrt.

Kleine Mobilisierungen von Antifaschisten, egal wie entschlossen, sind heute immer unfähiger, faschistische Provokationen zu verhindern. Der Erfolg solcher Mobilisierungen hängt schließlich von der „Neutralität“ der Polizei ab. Aber die Polizei ist nicht neutral. Dies ist besonders offensichtlich, wo sie zu den Republikanern strömt; diese werden von vielen als Bullenpartei angesehen. Unter dem „rot-grünen“ Senat hat die Polizei eine noch freiere Hand bekommen, als sie schon unter Dieppen/Kewenig hatte, um Antifaschisten anzugreifen und die Straßen den Faschisten auszuhändigen.

Der gefährliche Aufstieg des deutschen Nationalismus verbunden mit Bonns Austeritätspolitik hat die Nazis ermutigt. Am 20. April drohten die Faschisten, „Hitlers Geburtstag“ mit rassistischen Provokationen und Terror zu „feiern“. Die bürgerlichen Medien, besonders die Springer-Boulevardpresse, betrieben die Nazi-Angst-Kampagne mit, die hauptsächlich immigrierte Jugendliche als Zielscheibe hatte. Besonders in den Vierteln mit einem großen Anteil an Immigranten organisierten viele deutsche und immigrierte Eltern integrierte Gruppen, um ihre Kinder zur Schule zu bringen und abzuholen. Am 19. und 20. April organisierten Jugendliche in Hamburg große Demonstrationen, um der Nazi-Terror-Kampagne zu trotzen. In Westberlin stellten am Abend des 19. und 20. junge antifaschistische Immigranten und Deutsche „Schutztruppen“ auf, die durch die von Immigranten bewohnten Bezirke patrouillierten und die Nazis von den Straßen fernhielten. Aber die „rot-grüne“ Polizei versuchte sich an diesen Jugendlichen

zu rächen und hielt 100 Antifaschisten fest. Die Gewerkschaften hätten am 20. April ihre Macht auf der Straße zeigen und die jungen Antifaschisten, Eltern und Lehrer in ihre Reihen aufnehmen müssen, um zu einem entscheidenden Schlag gegen die Nazis auszuweichen!

Schon am 14. Januar griff in Moabit eine Gruppe von Republikanern unter Leitung von Carsten Pagel Mitglieder und Freunde der Trotzlistischen Liga Deutschlands gewalttätig an, die gegen die Provokationen der Rassisten protestiert hatten. Jetzt werden die Opfer mit der Anklage des Landfriedensbruchs bedroht! Die von SPD-Pätzold verstärkten Bullen laufen Amok. Am 23. Mai drochen die Bullen auf Anti-Republikaner-Demonstranten ein, um eine Nazi-Zusammenrottung in Moabit mit Carsten Pagel unter der Losung „1933–1989: Aufwachen!“



TLD-Block bei Protestdemonstration gegen rassistischen Mord am 20. Mai

zu schützen. Vier Tage später schlugen in Neukölln die Bullen wieder Anti-Republikaner-Demonstranten vor der Hasenheide zusammen und verklagten wenigstens zwei von ihnen wegen „Körperverletzung“.

Am 10. Mai schürte die Regierung die bonapartistischen Gelüste der Polizei. An dem Tag beteiligte sich Momper, freiwillig und ganz ohne Einladung, an der „Volksfront“ non plus ultra: einer „rot“-braunen Demo von über 16 000 Westberliner Bullen komplett mit den Hitler-Verehrern der Republikaner – begleitet von „Hitlergrüßen“ und „Rotfront verrecke!“ Der Vorwand: Am 1. Mai demonstrierten „Autonome“ mit der Parole „DGB zerschlagen“ in der Kreuzberger Grauzone, wo sich „revolutionäre“ Autonome mit den Nazis vermischen. Danach schmissen sie Fenster ein – von türkischen Restaurants, Pornoläden und Spielhallen. Empört hatten sich SPD/AL aber nur über die angeblich 335 verletzten Polizisten. Am Tag des Bullen-Marsches polemisierte die CDU-„Ausländer“beauftragte des Westberliner Senats Barbara Johns: die „Angst der Türken vor Rechtsradikalen“ sei „übertrieben“ (Der Tagesspiegel, 11. Mai). Zwei Tage nach diesem Aufmarsch für eine „starke Polizei“ wurde Ufuk Şahin ermordet.

Am 19. Mai versammelten sich 2000 Menschen bei der Trauerkundgebung nach dem Mord an Ufuk Şahin. Dort wurde die Familie Şahin aus dem ersten Bullenwagen heraus mit „Dreckschweine“ angeschrien. Unter Polizeischutz terrorisierten Naziprovokateure den Trauerzug immer wieder mit Rufen von „Ausländer raus“ und versuchten, den würdevollen Charakter der Kundgebung zu stören.

Fast auf sich allein gestellt, hatte die Familie Şahin Momper eingeladen, sich am Protestzug am 20. Mai zu beteiligen und bei der Abschlußkundgebung zu sprechen. Da diesmal der oberste Dienstherr der Bullen mitmarschierte, hielten sich die Beamten gegenüber den 7000 Demonstranten zurück. Als Momper sprechen wollte, wurde er vom alternativ-autonomen Bündnis gegen Rassismus, Sexismus und Faschismus niedergeschrien. War das nur Dummheit, oder war es etwas Schlimmeres?

Fortgesetzt auf Seite 15

**Mobilisierungen von Arbeitern/Immigranten! Stoppt die Nazis!**